

Ercheint täglich außer Montags. Abonnements - Preis pränum. : Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 35 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags - Nummer mit Illustration Sonntags - Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post - Abonnement : 3,50 M. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post - Zeitungs - Verzeichnisse für 1906 unter Nr. 7277.

Insertions - Gebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Verlags - und Versammlungs - Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm - Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonntag, den 10. Oktober 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Etwas

vom „Staats - Sozialismus“.

Unser neuerlicher Artikel über „Municipal-Sozialismus“ hat wegen der Kritik, die wir darin an dem sogenannten „Staats-Sozialismus“ übten, nach verschiedenen und entgegengekehrten Seiten hin angestoßen. Zunächst beschäftigt sich die bürgerlich-demokratische „Frankfurter Zeitung“ mit unseren Ausführungen. Sie schrieb in ihrer Nummer vom letzten Montag:

In einer der letzten Nummern des „Vorwärts“ findet sich folgende Stelle: „Der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ziel zu setzen, mit der Herrschaft der Ausbeuterklasse die Klassenherrschaft zu beseitigen — das ist das Ziel des Sozialismus, der zu diesem Zweck allerdings die Privatproduktion und den Privatbetrieb abschaffen und durch den staatlichen oder gesellschaftlichen Betrieb ersetzen muß.“ ... Aber wenn der Sozialismus den Privatbetrieb abschafft, so geschieht es, um die Ausbeutung abzuschaffen. Wenn der heutige Klassenstaat irgend einen Privatbetrieb abschafft und dafür den Staatsbetrieb einführt, so thut er es, um die Ausbeutung selber zu üben und sich die Vorteile der Ausbeutung direkt zuzuwenden.“ Deshalb könne man nicht von einem Staatssozialismus sprechen, sondern nur von einem Staatskapitalismus sprechen. Ob diese begriffliche Unterscheidung zutreffend ist oder nicht, interessiert uns sehr wenig. Worauf wir aber nachdrücklich hinweisen möchten, das ist der Doktrinarismus der deutschen Sozialdemokratie, der in diesen Ausführungen des „Vorwärts“ wieder einmal klar zu Tage tritt. Wenn heute irgendwo die Eisenbahnen verstaatlicht werden, so liegt es nach der Ansicht des „Vorwärts“ in der Natur der Sache, daß die Verstaatlichung lediglich zum Zwecke der Ausbeutung erfolgt. Nun ist es aber Thatsache, daß feinerzeit in Preußen Regierung und Volkvertretung, also der Staat, die Verstaatlichung der Eisenbahnen vor allem deshalb wünschten, damit diese wichtigsten Verkehrsmittel möglichst nach gemeinsamen wirtschaftlichen Prinzipien geleitet werden, und als sich dann trotzdem eine Herrschaftswirtschaft entwickelte, sind es stets auch bürgerliche Parteien gewesen, die dagegen energisch protestierten und verlangten, daß die Volkvertretung auf die Bildung der Tarife etc. entprechenden Einfluß nehme. Wenn diese Bestrebungen bisher keinen durchgreifenden Erfolg erzielten, so möge man die Schuld denjenigen Parteien aufhalsen, die dafür verantwortlich zu machen sind, aber das Generalisiren, das Schlagwort von der „einzigsten reaktionären Masse“ ist hier, wie überall, ungerecht und unehrlich. Es ist ja leider heute der Fall, daß einzelne Parteien der Regierung die Möglichkeit bieten, eine sehr kapitalistische Politik zu treiben, aber welche Garantie gibt man uns, daß der Sozialismus mit der Aufhebung des Privatbetriebes wirklich die „Ausbeutung“ abschaffen würde? Der „Vorwärts“ schlägt sich selbst, denn wenige Zeilen nach dem obigen Zitat sagt er:

Der Staat, der die politische Macht mit der wirtschaftlichen in seiner Faust vereint, betreibt die kapitalistische

Ausbeutung und Anechtung viel intensiver, als der Privatkapitalist oder eine Gesellschaft von Privatkapitalisten es vermag.“

Der „Vorwärts“ bezieht diese Aeußerung allerdings auf den „Staatssozialismus“, aber ist sie nicht eine treffliche Charakteristik des „Zustandstaates“? — Es ist eben stets das alte sozialistische Lied: der Marxismus allein kann Heil und Hilfe bringen. Dabei übersehen die Sozialdemokraten nur zu oft, wie außerordentlich viel auf dem ruhigen Wege der Sozialreform zu erzielen ist, und so können auch Erscheinungen, wie der Solinger Seherstreik — der belanulich gezeigt hat, daß die sozialdemokratische Partei just nicht der angenehmste Arbeitgeber ist — nicht Wunder nehmen. Auch diese fatale Geschichte hat die sozialistische Presse aus der heutigen Gesellschaftsordnung erklärt und entschuldigen wollen. Da ist es aber denn doch verwunderlich, daß die Arbeiter manches Privatunternehmens, der nicht auf den großen „Kladderadatsch“ spekuliert, sich einer unvergleichlich günstigeren Lage erfreuen, als die Solinger „Genossen“. Der Grund hierfür wird wohl darin liegen, daß in dem einen Falle das Hauptgewicht auf die praktische Sozialreform gelegt wurde, im andern Falle auf den Kultus des alleinseligmachenden Marxismus. Durch dieses Vorgehen schadet die Sozialdemokratie nur sich selbst, und sie wird erst dann als vollwertig gelten können, wenn sie den orthodoxen Glauben an allgemeine, unsehbare Lösungen aufgibt.

So die „Frankfurter Zeitung“, deren Artikel wir dem Leser vollständig vorgelegt haben.

Man steht, den Fundamentalsatz, welchen wir aufgestellt haben: daß das Wesen des Sozialismus sich gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem richtet, bekämpft die „Frankfurter Zeitung“ nicht direkt. Dann würde die Hinsälligkeit ihrer Kritik allzu offenbar werden. Sie bestreitet bloß, daß die „Verstaatlichung“, also das, was man heute gemeinlich „Staatssozialismus“ nennt, auf dem Boden des kapitalistischen Ausbeutungssystems sich bewege.

Daß die Ausbeutung lediglich Zweck der Verstaatlichung sei, das hat der „Vorwärts“ nicht gesagt. Aber gesagt haben wir, daß der Staatsbetrieb in der kapitalistischen Gesellschaft mit Nothwendigkeit das kapitalistische Prinzip der Ausbeutung befolgen müsse. Dabei ist allerdings ein Unterschied zwischen Ausbeutung und Ausbeutung. Ein demokratischer Staat wie die Schweiz, in der das demokratische Prinzip dem kapitalistischen einigermassen die Stange hält, wird die Ausbeutung nicht so intensiv betreiben, wie ein undemokratischer Klassenstaat, gleich dem Deutschen Reich. Unsere schweizerischen Genossen haben deshalb in bezug auf Staatsmonopole einen anderen Standpunkt einnehmen können, als wir Deutsche. In Deutschland konnte die Verstaatlichung nur die Früchte erzeugen, die sie erzeugt hat. Von einem Junker- und Militärstaat, der alle Machtmittel des Kapitalismus in seiner Hand zusammenfassen will, und seiner Natur nach es wollen muß — von diesem Staat

verlangen, daß er in den Staatsbetrieben die Ausbeutung nicht intensiv betreiben, dem wirtschaftlichen Druck, den er ausübt, nicht den politischen Druck zugesellen solle, das heißt von Dikteln verlangen, daß sie Freigen tragen, oder dem Volk blauen Dunst vormachen. Und wenn die „Frankfurter Zeitung“ unsere Charakteristik des Staatssozialismus auf den „Zustandstaat“ anwendet, so ist das weder gerecht noch ehrlich, und obendrein ein so mäßiger „Biß“, daß das Frankfurter Organ der bürgerlichen Demokratie ihn besser Herr Eugen Richter überlassen hätte. Positiv „ungerecht und unehrlich“ ist es, zu behaupten, wir hätten das Schlagwort von der „einzigsten reaktionären Masse“ in unserem Artikel gegen die bürgerlichen Parteien angewandt. Das ist uns nicht eingefallen. Wir haben im Gegentheil ausdrücklich hervorgehoben, daß bürgerlich-demokratische Forderungen einen Theil unseres Programms bilden. Und wir wissen, — und haben es hundertmal anerkannt — daß die bürgerliche Demokratie da, wo sie sich der absoluten Herrschaft des Kapitalismus entziehen kann, sehr viel Gutes, auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu leisten vermag. Allein außer der Schwere kennen wir keinen derartigen Staat, und auch die schweizerische Demokratie ist nicht im Stande gewesen, schmachvolle Organe des Kapitalismus zu verhindern.

Die „Frankf. Ztg.“ sollte außerdem doch auch wissen, daß wir Sozialdemokraten in dem Großbetrieb einen entschiedenen und notwendigen Fortschritt gegenüber dem Kleinbetrieb erblicken. Schon von diesem Gesichtspunkt aus sind wir keine bedingungslosen Gegner des Staatsbetriebes. Selbst in grundkapitalistischen Ländern, wie England und den Vereinigten Staaten würden wir die Verstaatlichung der Eisenbahnen für einen außerordentlichen Fortschritt halten, um so mehr, als eine Ausübung im Interesse rückständiger Bevölkerungsschichten und reaktionärer Ziele, ähnlich wie es in Deutschland geschieht, dort vollkommen ausgeschlossen erscheint.

Aber der Staatsbetrieb ist doch kein Sozialismus. Und das ist der Punkt, um den es sich in unserem Artikel gehandelt hat.

Das Hineinziehen des Solinger Seherstreiks beweist die Verlegenheit um gute Gründe. Was hat ein kleiner Buchdruckereibetrieb in Solingen mit Staatssozialismus zu thun? Was überhaupt mit Sozialismus? Die Parteigeschäfte der Sozialisten sind ausnahmslos bürgerlich-kapitalistisch verwalter, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die bürgerlich-kapitalistische Welt keine andere Möglichkeit des Bestandes darbietet. Der Unterschied zwischen unseren Parteigeschäften und kapitalistischen Privatgeschäften ist nur der, daß der aus der Lohnarbeit gewonnene

22] Rienz.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Sechstes Kapitel.

Der Sturz.

Es war wie ein Donnereschlag an einem heiteren Tage, der Sturz des Tribunen in dem Zenith seiner Macht, als seine Feinde darniedergerstürzt waren und er mit einer kleinen Schaar tapferer Römer, wenn sie hätten frei sein wollen, für immer die der Freiheit Roms entgegenstrebenden Macht zu vernichten, die Rechte seines Vaterlandes zu sichern und seinen eigenen Ruhm für ewig zu begründen vermochte. Ein solcher Untergang war wie ein Hohnlachen des Schicksals, das ihn im Unglück unterstützte, um ihn auf der Höhe seines Glücks plötzlich zu verlassen.

Am nächsten Morgen sah man keinen Menschen in den Straßen, die Läden waren geschlossen, ja selbst die Kirchen; es war, als feuzte die Stadt unter einem Interdikt. Der schreckliche Fluch der päpstlichen Exkommunikation gegen das Oberhaupt der päpstlichen Stadt schien alle Lebensadern erstarrt zu haben. Der Legat selbst hatte sich unter dem Vorzeichen, er halte sich in Rom nicht für sicher, nach Monte Fiascone begeben, wo die Barone unmittelbar nach der Bekanntmachung des Edikts mit ihm zusammen trafen. Der Fluch sollte besser wirken während der Abwesenheit des Versuchenden.

Gegen Abend sah man einige Personen über den großen Platz des Kapitols gehen, die sich bekreuzten, als sie die an dem Löwen angeheftete Bulle erblickten, und in dem großen Thor des Palastes verschwand. Nach und nach versammelten sich ängstlich einige Gruppen in den Straßen, die sich aber bald wieder zerstreuten. Es war eine plötzliche Unterbrechung alles öffentlichen Verkehrs und Treibens eingetreten. Keine physische Kraft vermochte in jenen Zeiten der geistlichen und unbewaffneten Autorität zu widerstehen, welche, wie die unsichtbare Hand Gottes, den Marktplatz verdödete und die gekrönten Häupter demüthigte. Aber in dem allgemeinen Schrecken erfüllte doch eine

Ueberzeugung die Menge, für sie mußte der Tribun auf der Höhe seines Ruhms dieses erdulden! Die an so vielen Mauern und Säulen gegen ihn angeheftete Bulle machte ihm zum Verbrechen: Rebellion (weil er die Freiheiten Roms wiederhergestellt), Ketzerei (weil er kirchliche Mißbräuche entfernte), Kirchenhäufung (weil er sich in der Porphyrkammer Constantins gebadet hatte). Die Römer fühlten diese Ueberzeugung; sie seufzten, sie klagten, aber in seinem großen Palast war der Tribun, außer von einigen treuen und anhänglichen Herzen umgeben, allein und verlassen!

Die tapfersten von seinen toskanischen Söldnern begleiteten Irene. Seine übrigen bewaffneten Soldaten bestanden, außer einer kleinen Wache, aus besoldeten Bürgern der römischen Miliz, welche, längst unzufrieden, weil sie lange keinen Sold erhalten hatten, jetzt die Exkommunikation als Vorwand benutzten, um unthätig zu Hause zu bleiben.

Am dritten Tage unterbrach ein neues Ereigniß die Todtenstille der Stadt; hundertundfünfzig Söldner, mit Pepin von Nivorbino, einem Neapolitaner, einer Kreatur Monreal's, an der Spitze, rückten in Rom ein, besetzten den Palast der Colonna, und es wurde ein Herold durch die Stadt geschickt, der im Namen des Kardinal - Legaten verkündete, daß ein Preis von zehntausend Florinen auf den Kopf des Cola di Rienz gesetzt sei.

Darauf ertönte, in hellen und lauten Tönen, wie früher, die große Glocke des Kapitols, das Volk, entmuthigt durch die Furcht vor der päpstlichen Autorität (welche Furcht seit der Entfernung des päpstlichen Sitzes von Rom nur noch gesteigert worden war) kam unbewaffnet und auf dem Plage des Löwen erwartete es der Tribun. Seine Schildknappen standen unten an der Treppe mit seinem Pferde, seinem Helm und derselben Streitroß, die er im glorieichen Kampf geschwungen hatte.

Neben ihm standen einige Soldaten von seiner Wache, seine Dienerschaft und zwei bis drei von den vornehmsten Bürgern.

Mit entblößtem Haupt stand er da in gebietender Stellung, die beschämte und unbewaffnete Menge mit einem Blick bitterer Verachtung, indem aber auch der Ausdruck

tiefen Mitleidens nicht zu verkennen war, überschauend und als das Läuten der Glocke aufhörte, redete er das hochehnde Volk mit folgenden Worten an:

„Also, Ihr seid doch noch einmal gekommen! Kommt Ihr als Sklaven, oder als freie Männer? Eine geringe Zahl bewaffneter Söldner ist in Eure Mauern eingebunden; wollt Ihr, die Ihr von Euren Thoren die stolzeften Ritter, die erfahrensten Krieger Roms vertrieben habt, jetzt hundert- undfünfzig Miethlingen und Ausländern Euch unterwerfen? Wollt Ihr Euch bewaffnen für Euren Tribunen? Ihr schweigt? Nun, es sei! Wollt Ihr Euch für Eure eigenen Freiheiten, für Eure eigene Vaterstadt bewaffnen? Ihr schweigt noch. Seid Ihr so entartet? Habt Ihr keine Arme für Eure eigene Verteidigung? Römer, hört mich an! Habe ich Euch Unrecht gethan, so laßt mich sterben durch Eure Hände, dann tretet mit den von meinem Blute noch rauchenden Waffen dem Räuber entgegen, der nur der Verländer Eurer Sklaverei ist, und ich sterbe ehrenvoll und mein Tod wird gerächt werden. Ihr weint! Großer Gott, ihr weint! Ja, auch ich könnte weinen darüber, daß ich es erleben mußte, vergebens zu den Römern von ihrer Freiheit zu sprechen! Weinen! Ist dieses eine Stunde für Thränen? Weint nur, und Eure Thränen werden Verbrechen, und werden Gemalthätigkeiten und Despotismus bald einenten! Römer! bewaffnet Euch! folgt mir zu dem Palast des Colonna! vertreibt diese Schurken; vertreibt Euren Feind.“ er hielt inne, seine Worte schienen keine Begeisterung zu erregen, oder,“ fuhr er fort, „ich überlasse Euch Eurem Schicksal!“

Man vernahm ein allgemeines, tiefes Gemurmel, das endlich sich lauter ausdrückte, und man hörte mehrere Stimmen gleichzeitig schreien: „Die Bulle des Papstes! Du bist von der Kirche verflucht worden!“

„Was!“ rief der Tribun, „und Ihr verlaßt mich, um bereitwillen allein ein Mensch es wagt, den rächenden Blitz Gottes auf mich herab zu rufen! Werde ich nicht um Euretwillen für einen Verbrecher und Rebellen erklärt? Welches sind die Verbrechen, die man mir zur Last legt? Daß ich Rom frei gemacht und daß ich behauptet habe, ganz Italien habe Ansprüche, frei zu sein! Daß ich

Ueberschuss statt in die Tasche eines Privat-Unternehmers, in die der Partei wandert. Sozialistische Geschäfte haben wir nicht und können wir unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht haben. Wir haben nicht das Bedürfnis, durch schöne Worte zu täuschen; und da, wo dies von anderen versucht wird, fühlen wir uns verpflichtet, Protest zu erheben. Es giebt nur einen Sozialismus, und wir lassen uns weder den Wechselbalg der Sozialreform, noch den des Staatssozialismus unterwerfen.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat in ihrem Kampfe für den Staatssozialismus einen Bundesgenossen bekommen, auf den sie nicht stolz sein wird: die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.

Herr Binder Nr. 3 legt eine Lanze ein für die „sozialistischen Forderungen“ des Edinburgher Gewerkschafts-Kongresses, und verkündet der staunenden Welt, daß diese Forderungen, namentlich die Verstaatlichung der Eisenbahnen auf der Grundlage „gemeinwirtschaftlicher“ Prinzipien in der preussischen Monarchie längst erfüllt seien. Der böse „Vorwärts“ — meint Binder Nr. 3 — hat sich ganz willkürlich „den Ausbenterstaat konstruiert“.

Nun, mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ polemisieren wir nicht. Der „Frankfurter Zeitung“ aber rathen wir, ihre früheren Artikel über die „Ehtelensche Gemeinwirtschaft“ zu lesen, und sie wird darin die vollste Befestigung dessen finden, was wir über die Ausbenternatur des „Staatssozialismus“ und über dessen Unterdrückungsfucht gesagt haben. Wir verlangen nur, daß dieser Pseudo-Staatssozialismus bei seinem richtigen Namen genannt werde: Staatskapitalismus.

Politische Ueberblick.

Berlin, 9. Oktober.

Warum man die großen Städte nicht auf dem Lande erbaut? ist eine der neuen Fragen, die schon vor Jahrzehnten von naiven Personen, welche die Uebelstände der großen Städte beklagten, aufgeworfen wurde. Die sonderbaren Dinge, die entstrichen aus den Köpfen derjenigen Kreise und Personen, welche Sozialreformen verlangen, aber vor allen Dingen es vermeiden wollen, radikale oder sozialistische Heilmittel anzuwenden. So zerbricht sich die „Zeit“, das neue Organ der Christlich-Sozialen der Raumann'schen Richtung oder, wie es sich selbst nennt, „Organ für national-liberalen Sozialismus auf christlicher Grundlage“, den Kopf über die Frage, wie man bei der stetigen Zunahme der Bevölkerung in Deutschland es verhindern könne, daß dieser Ueberschuss den großen Städten zufalle, während die Landbevölkerung abnehme. An der letzteren Thatsache soll die Vertheilung des Landes die Schuld tragen. „Je fester der Boden in großen Händen liegt, desto heimathloser wird die Bevölkerung.“ An den Fideikommissen und an dem Erbrecht der großen Güter müsse gerüttelt werden, um den Zuwachs der Bevölkerung auf dem Lande festzuhalten. Die Verschlagung der großen Güter, Domänen u. s. w. ist auch die Forderung des liberalen Kapitalismus, der davon die Hoffnung knüpft, den Grundbesitz zu mobilisieren, der damit dem Schicksale des mobilen Kapitals verfallen würde. Der kleine Grundbesitz würde das Schicksal des Kleinkapitals und des Kleinwerkes theilen, aber kurz oder lang vom Großkapital oder Großbetrieb aufgelesen zu werden. Was aber die Selbstmachung der Landarbeiter betrifft, so ist es der Hauptwunsch der Konservativen, die Arbeiter an die Scholle zu binden, und diesem Zwecke würde es dienen, wenn dem Arbeiter eine kleine Parzelle zugewiesen würde, zu klein, um ihn selbständig zu machen und doch hinreichend, um ihn an der Auswanderung und Preisgabe dieses Besitzes zu hindern. Da die „Zeit“ vorgiebt, die Interessen des vierten Standes zu vertreten, so mußte sie sich doch zunächst fragen, ob dieses im Interesse der Arbeiter zu erwünschten wäre, da die Erfahrung lehrt, daß dieser kleine Besitz den Arbeiter nur in größere Abhängigkeit brächte und noch schlimmerer Ausbeutung preisgäbe. Soll aber der Besitz des Landarbeiters es ermöglichen, diesem eine selbständige Stellung zu gewähren, so ließen sich wohl einige tausend selbständige Bauernstellen schaffen, aber immerhin nur einem winzigen Theile der Bevölkerung würden diese zu gute kommen, und diese müßten noch obendrein im freien Verkehr so harten Fesseln unterworfen werden,

die stolzen Magnaten demüthigte, welche die Geißel, nicht allein des Volkes, sondern auch des Papstes waren. Und Ihr, Ihr macht mir zum Vorwurf, was ich für Euch gewagt und vollbracht habe! Mit Euch würde ich gekämpft, für Euch würde ich mein Leben geopfert haben! Ihr verlastet Euch selbst, indem Ihr mich verlastet, und wenn ich nicht länger über tapfere Männer regieren kann, so überlasse ich meine Macht den Tyrannen, die Ihr mir vorzieht, sieben Monate habe ich das Staatsruder geführt. Der Handel blühte, die Gerechtigkeit waltete unparteiisch, wir waren siegreich gegen unsere Feinde, ich habe Euch bewiesen, was Rom noch jetzt sein kann; und nun, da ich die Regierung, die Ihr mir übertrug, niederlege, vertheidigt wenigstens Eure eigene Freiheit! Es kommt wenig darauf an, wer das Oberhaupt eines kräftigen und edelen Volkes ist. Beweiset, daß Rom noch einen anderen Nienzi besitzt, der glücklicher sein möge, als ich.“

„Ich wollte, er hätte uns nicht mit neuen Abgaben belasten wollen,“ sagte Cecco del Vecchio, der die Volkstimmung getreu darstellte, „und er hätte die Barone enthaupen lassen!“

„Ja,“ rief der Erdtengraber, „aber die heilige Porphyroase!“

„Und weshalb sollen wir uns umbringen lassen?“ sagte der Metzger, „wie meine beiden Brüder, Gott habe sie selig!“

In den Bügen der Menge las man den Ausdruck von Unentschiedenheit und Scham. Manche weinten und wehklagten, wenige (nur die vorher erwähnten Unzufriedenen) machten Nienzi Vorwürfe, aber niemand schien auch geneigt, sich für ihn zu bewaffnen. Es war einer jener seltsamen Zustände der Lethargie und des panischen Schreckens, die oft eines Volkes sich bemächtigen, für das die Freiheit nur eine Art von Feldgeschrei ist, und das noch nicht lange genug ihrer praktischen und gesegneten Erfolge sich erfreute, das durch die Stürme erschreckt wurde, welche gewöhnlich die Morgenämmerung der Freiheit begleiten, ein Volk, wie es deren so viele im Süden giebt, und die selbst dem Norden nicht ganz unbekannt sind, wie vielleicht, hätte Cromwell noch ein Jahr länger gelebt, selbst England es gesehen haben würde. Selbst das edelste Volk wird einer solchen Entartung und Verblendung nicht entgehen können, wenn die Freiheit, die nur durch Jahrhunderte gereift werden, und ihre Wurzeln durch das Erdreich verjährt Sitten und Gebräuche ausbreiten sollte, wie das Gewächs einer Stunde entsteht und mit dem Geist, der sie beschützt, aufblüht und — verwelkt.

(Fortsetzung folgt.)

daß die Segnungen ihres Reiches weit aufgewogen werden. Dieser Versuch würde übrigens unberechnete Millionen kosten, denn es ist nicht anzunehmen, daß irgendwo kapitalkräftige Leute sich um den Besitz eines Bauernhofes drängen werden. Die Zustände in Baden und Württemberg, auf welche die „Zeit“ hinweist, sind allerdings besser wie in Ostpreußen und Schlesien, aber doch gewiß nicht derartige, um ihnen nachzutreten und noch dazu, um tausende Millionen dafür zu opfern. Was die „Zeit“ also verlangt: eine „Agrarverfassung“ zu schaffen, die es den Leuten ermöglicht, auf dem Lande zu bleiben — wäre ein Palliativmittel ohne dauernde Abhilfe gegen das Uebel, das eben nur in dem Privateigentum an Grund und Boden begründet ist, daß der Sozialismus daher beseitigen, das Herr Raumann jedoch fortbestehen lassen will, obwohl er durch dasselbe gerade das Uebel, welches er beseitigen will, vermehrt und das Palliativmittelchen unwirksam macht. Was nun den zweiten Punkt anbetrifft, die Frage: kann man in gewissen Gegenden die Vorbedingungen eines guten Gedeihens der Industrie schaffen, damit die neuen 10 Millionen, um welche nach Raumann'scher Hypothese die Bevölkerung Deutschlands in den nächsten 20 Jahren sich vermehren wird, nicht nur dazu dienen, unsere Großstädte zu vermehren? so ist Herr Raumann hing genug, sie nicht zu beantworten und auch nicht ihre Verantwortung zu versuchen.

Die Zahl der Unglücksfälle während und infolge des Jaren-Nummels in Paris ist eine weit größere als anfänglich gemeldet ward. Sie soll weit über Tausend betragen. Und die Schuld wird der Polizei zugemessen, die über der Sorge um die Person des nervösen Jaren, der überall Dolche und Bomben steht, die Sorge um das Publikum vollständig außer acht gelassen hat. Am den Jaren möglichst erfolgreich zu schützen, wurden russische und französische Geheimpolizisten in Adjutantenuniformen gesteckt, obgleich schon Schwärme wirklicher Adjutanten vorhanden waren.

Die Jaren-Begeisterung ist durch diese Polizeithaten und Anthaten erheblich abgeflüht worden; und der unglückliche Jar, der ja dem Spott reichlich Handhaben bietet, ist bereits dem Pariser Wit verfallen, der spitzer ist als Dolche und giftiger als Blausäure.

Uebrigens war es mit der Begeisterung auch nicht weit her. Sie war auf einen sehr kleinen Kreis beschränkt. Die Massen — das wird ausdrücklich nicht bloß von den sozialistischen sondern auch von den bürgerlich-republikanischen Blättern festgestellt — riefen nicht: Vive l'Empereur! sondern Vive la République! Es lebe die Republik! was nur als ein Protestruf gegen die hindische Speichelleckerei des Mobs der oberen Klassen aufgefaßt werden kann.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Magdeburger „Volkstimme“ theilt an der Spitze ihres Blattes mit: „Redakteur John in Freiheit! Wenn unsere Leser diese Nummer erhalten, ist unser Genosse John aus der Haft entlassen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Landsberg, hat den Bescheid erhalten, daß der gegen John erlassene Haftbefehl nach Hinterlegung von 5000 Mark aufgehoben werden wird. Das Geld ist sofort hinterlegt worden. Die Eile, mit der das Haftentlassungsgesuch des Verteidigers erledigt worden ist, steht in wohlthunendem Gegensatz zu der Verzögerung, über die sich seiner Zeit Genosse Parham zu beklagen hatte, als er im Malibylprozeß unter Hinweis auf die völlige Nichtigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigung somit auf die vorgerückte Schwangerschaft und krankhafte Nervosität seiner Frau das Verlangen aussprach, ihn auf freien Fuß zu setzen.“

Der vielfach wegen Eigentumsvergehen und auch wegen Majestätsbeleidigung mit 2 Jahren Gefängnis vorbestrafter Zigarrenarbeiter Seeger hatte sich am 8. d. M. wiederum vor dem Landgericht zu Altona wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte gab zu, daß er dem Zigarrenarbeiter Paaland gegenüber, als derselbe ihn gefragt habe, ob er Soldat gewesen sei, eine beleidigende Aeußerung über den deutschen Kaiser gethan habe. Auf welche Weise die Sache zur Kenntniss der Behörde gekommen ist, wurde nicht festgestellt.

Vor nunmehr vierzehn Tagen hielt es die Breslauer Staatsanwaltschaft für nöthig, die Broschüre „Dem deutschen Volke ein Volkskaiser. Ein offener Brief an Kaiser Wilhelm II.“, die sich in Angriffen gegen die persönliche, amtliche und politische Umgebung des Kaisers ergeht, zu beschlagnahmen und in Leipzig durch Ansuchen das gleiche Verfahren zu bewirken. Amtsgemäßlich ist das Verfahren bestätigt worden. Mag nun eine Majestätsbeleidigung in der Schrift enthalten sein oder nicht, — es wird vom Verfasser Absicht und Bewußtsein der Beleidigung lebhaft bestritten. — so sind jedenfalls nach dem Wortlaut des § 27 des Preßgesetzes, bei der Beschlagnahme die dieselbe veranlassenden Stellen der Schrift unter Aufschrift der verletzten Gesetze zu bezeichnen. Obwohl nun aber der Verleger der Broschüre, W. Friedrich in Leipzig, schriftlich und telegraphisch sich wiederholt an die Breslauer Staatsanwaltschaft gewandt hat, um die inframirten Stellen zu erfahren, die bei der Beschlagnahme nicht bezeichnet sind, ist jede Antwort auf sein Ansuchen ausgeblieben.

Deutsches Reich.

— Bundesrath. In der gestern abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths machte zunächst der Vorsitzende von der erfolgten Ernennung der Mitglieder der Ausschüsse für das Landwehr und die Festungen und für das Seewesen Mitteilung. Sodann wurden die übrigen Ausschüsse durch Jurisprudenz gebildet. Die Vorlagen, betreffend den Entwurf einer Verordnung über die Funktionen von Beamten beim kaiserlichen Patentamt, sowie betreffend den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Gesetze über Postdampfschiff-Verbindungen mit überseeischen Ländern wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Den Ansuchen, betreffend die Resolutionen des Reichstages zum Entwurf eines Vorzeßgesetzes, sowie betreffend den Entwurf von Bestimmungen über die Führung der Börsenregister, wurde die Zustimmung ertheilt. Ferner wurde über die wegen Wiederbesetzung erledigter Stellen bei verschiedenen Disziplinarakademien zu unterbreitenden Vorschläge, sowie über mehrere Eingaben Beschluß gefaßt.

— Die Agrarier haben Recht. Jetzt ist der gefamnte Pfeffer Kreis infolge des Umschreitens der Maul- und Klauenseuche seitens des Landraths Schröder als seuchebefähigt erklärt worden, was zur Folge hat, daß das gefamnte Klauenvieh (Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine) unter polizeiliche Beobachtung gestellt wird. Ob jetzt wohl Auswand gegen uns die Viehpette verhängen wird? Bedauerndes Oberstes! Nun werden die schon jetzt exorbitanten Fleischpreise dort noch höher steigen.

— Zu der Affäre Hammerstein hatte im Oktober vorigen Jahres im Breslauer freisinnigen Volksverein Franz Ziegler der Vorsitzende Rechtsanwalt Feige Mittheilungen gemacht, aus welchen hervorging, daß sich der ehemalige Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“ Freiherr v. Hammerstein schon vor sechs Jahren als Vorsitzender bezw. Aufsichtsratsmitglied der „Fagel-Versicherungsgesellschaft „Vorussia“ Unregelmäßigkeiten in Schulden kommen ließ, welche nur die Entlassung Hammerstein's als Mitglied des Aufsichtsraths dieser Gesellschaft zur Folge gehabt hätten, die aber mit recht vor den Staatsanwalt gehört hätten. Von diesen Unregelmäßigkeiten — es handelte sich u. a. um die Entnahme von 15 000 M.

ohne die Hinterlegung der entsprechenden Sicherheit und die Aufstellung solcher Bilanzen — hätten w 813 Personen Kenntniss gehabt, die alle zu der Partei des Herrn v. Hammerstein gehörten, und von denen über die Hälfte Grafen und Barone waren. Die Direktoren der „Vorussia“ Geß und Krüger stellten gegen Rechtsanwalt Feige und Dr. Stanzel, den verantwortlichen Redakteur der „Breslauer Zeitung“, die jene Mittheilungen übernommen hatte, Strafantrag wegen Verleumdung, welchem die königliche Staatsanwaltschaft in Breslau auch Folge gab. Rechtsanwalt Feige stellte der Staatsanwaltschaft ein umfangreiches Material zum Beweise seiner Behauptungen zur Verfügung. Jetzt hat nun, neun Monate nach Einreichung des Antragsmaterials, wie der „Niedersch. Anzeiger“ schreibt, der Erste Staatsanwalt v. Rosenberg in Breslau den Herren Feige und Stanzel mitgetheilt, daß das gegen sie eingeleitete Verfahren wegen Verleumdung eingestellt sei.

— Mit der Ausweisung der englischen Gewerkschafter aus der Republik Hamburg beschäftigten sich noch nachträglich fünf zum 7. Oktober abends vom Gewerkschaftsstartell einberufene Volksversammlungen, die sämtlich sehr gut besucht waren. In Lütze's Etablissement am Valentinskamp geistliche Reichstags-Abgeordneter Legien in längeren Ausführungen das Verfahren der Hamburger Polizeibehörde. Die Versammlung spendete dem Redner stürmischen Beifall und nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute am 7. Oktober in Lütze's Etablissement tagende, von 3000 Personen besuchte Volksversammlung erklart in der polizeilichen Ausweisung der englischen Gewerkschafter Tom Mann, Buzzo und Febr einen brutalen Willkürakt gegenüber der hiesigen Arbeiterbewegung, sowie einen ungebührlichen Eingriff in das Koalitionsrecht und in Rücksicht auf den internationalen Handel und Verkehr Hamburgs eine höchst tadellose und blamable Maßnahme. Die Versammlung protestirt um so entschiedener gegen diese unverantwortliche Verletzung der Volkrechte, als sich die Vertretung der Republik Hamburg in Höflichkeit und Ehrerbietungen erschöpft, wenn es gilt, den berechtigenden Klassen genehme, auswärtige bezw. ausländische Potentaten und sonstige Gewaltthäter zu empfangen.“

„In Erinnerung daran, daß die Hamburger Polizei von jeher schon ausländische Arbeiter auswies, wenn sich dieselben gewerkschaftlich bethätigten, und andererseits von den Kapitalisten herangeholte ausländische Streikbrecher nicht nur duldete, sondern zum Schaden der hiesigen Arbeiter weitgehendste Unterstützung ließ, damit solche Leute hier unbehelligt bleiben konnten, erklärt die Versammlung, dafür sorgen zu wollen, daß solcher Polizei- und Kapitalisten-willkür für die Folge mit aller Energie entgegengetreten werde.“

„Die Versammelten sind überzeugt, daß ein derartiger Einfluß nachhaltig nur durch große festgeschlossene Organisationen erfolgen kann und verpöndet deshalb, durch Beitritt zu den Gewerkschaften dieselben zu stärken und für Ausbreitung der Organisation nach Kräften zu wirken.“

In der Versammlung im „Barmbeler Kasino“, welche von 1000 Personen besucht war, referierte Genosse Bömelburg unter lebhafter Zustimmung. — In Eblert's Vereinslokal in Gimsbühl sprach Genosse Kimmel vor etwa 1000 Personen, im „Englischen Tivoli“, St. Georg, Genosse Kölle, und im „Nothenburgvortor Tivoli“ Genosse Martitz.

Leipzig, 8. Oktober. Wegen Verleumdung des königl. sächsischen Ministeriums ist vom Landgericht Zwickau am 1. Juni der Redakteur des sozialdemokratischen „Sächsischen Volksblattes“, der Schriftsetzer Karl Reil, zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Er hatte aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ einen Artikel abgedruckt, in welchem der Entwurf des später angenommenen Wahlgesetzes für den sächsischen Landtag einer abfälligen Kritik unterzogen worden war. — In seiner Revision bestritt der Angeklagte, sich einer Verleumdung schuldig gemacht zu haben, da er doch gar nicht der Verfasser sei und doch jeder Staatsbürger das Recht haben müsse, seine Meinung zu sagen. — Das Reichsgericht erkannte in der heutigen Sitzung auf Verwerfung der Revision.

Stuttgart, 8. Okt. (Fig. Ber.) Wenn zwei dasselbe thun, so ist es doch nicht das gleiche. Dies trifft auch beim Betteln zu, je vornehmer der Bettler, desto weniger läuft er Gefahr, angeempelt zu werden. Vor einiger Zeit war die „Schwäb. Tagwacht“ in der Lage, von einigen dralischen Fällen zu berichten, in welchen arme Frauen, die bei ihren geistlichen Seelsorgern um eine kleine Unterstützung baten, von diesen der Polizei angezeigt wurden und wegen Bettelns bestraft wurden. Einer dieser Frauen wurde sogar ihr Säugling morgens und abends ins Gefängnis geschickt, um ihn zu stillen, und das nur wegen des „Verbrechens“, weil die Frauen bei ihrem Pflarrer, wie überall üblich, um eine kleine Unterstützung baten. Ganz anders werden aber in der frommen Ruderstadt Stuttgart's vornehme Bettler behandelt. Bekanntlich hat das V. Deutsche Sängerefest in Stuttgart mit einem Defizit von circa 20 000 Mark abgeschlossen, was wohl auch dem Umstand zu verdanken ist, daß die Arbeiter-Gesangsvereine und die Arbeiter, durch das prophanhafte Vorgehen des Stuttgarter Vederkranzes veranlaßt, den Festlichkeiten fernblieben. Statt daß nun der großartige Vederkranz diese Bagatelle aus seinen Mitteln deckt, soll nun an das Ausstellungs-Komitee der Stuttgarter Elektricitäts- und Kunstgewerbe-Ausstellung das Ansuchen gerichtet worden sein, aus dem Ueberschusse der Ausstellung das Sängerefest-Defizit zu decken. Da nun der Ueberschuss der Ausstellung zu wohlthätigen Zwecken verwendet werden soll, so ist diese Annahme der vornehmen Bettler eine geradezu unverfrorene. Falls sich dieses Gericht bewahrheitet, sind wir gespannt, ob nun das Stadtpolizeiamt Stuttgart gegen diese vornehmen Bettler ebenso schneidig mit Strafmmandaten vorgehen wird, wie gegen arme Frauen, die einen Zehrpennig erbaten.

Karlruhe, 8. Oktober. (Fig. Ber.) Schuhvereine gegen die Sozialdemokratie ist das neueste Mittel, um der Sozialdemokratie den Garaus zu machen. Im amtlichen Organ der badischen Regierung, der „Karlsruher Zeitung“, macht ein über-eifriges staatsretterisches Genie den Vorschlag, solche Vereine zu gründen, in welchen sich alle bürgerlichen Parteien zusammenfinden, um den Umsturz zu bekämpfen.

Der Gedanke hat nichts Originelles in sich. Hat man doch schon vor Jahren in Mannheim einen Verein nichtsozialdemokratischer Arbeiter gegründet, der berufen ward, unter diesem „hoch“ klingenden Namen die Geschäfte des verkrachten Nationalliberalismus zu besorgen. Das Resultat war ein klägliches Fiasko, welches bei den heute in Mannheim stattfindenden Bürgerauswählungen, wo man den Verein nichtsozialdemokratischer Arbeiter als Sturmbod vorgeschoben hat, eine glänzende Wiederholung gefunden hat. Sehr bezeichnend für den Wind, der gegenwärtig im liberalen Musterlande weht, ist aber diese Anstiftung des Regierungsorgans, das bis heute über die „misteriatische“ Auflösung der Versammlung in Neumühl und die daran sich anschließenden Vorgänge bis heute noch kein Wort gefunden hat, das nicht einmal das Vorgehen der Bezirksämter in Rehl zu rechtfertigen versucht. Die Opposition macht sich über dieses neueste Angstprodukt eines über-eifrigsten Staatsretters nur lustig, denn sie verpöndet nicht die geringste Lust, den bankrotteten Nationalliberalen die Rastanien und dem Feuer zu holen.

In dieser und der nächsten Woche finden in vielen Orten Badens die Bürgerauswählungen statt. Unsere Partei hat eine ganze Anzahl Mandate zu verteidigen, die sie wieder zu gewinnen sucht und wünschlich noch einige Erfolge hinzuzufügen werden die badischen Genossen den gothischen und heffischen Erfolgen noch einige hinzufügen.

Belgien.

Brüssel, 7. Oktober. (Sig. Ver.) Die ununterbrochene Aufeinanderfolge der zahlreichen Wahlen für die gesetzgebenden kommunalen und provinziellen Körperschaften haben während der letzten zwei Jahre unsere Hauptkraft auf die politischen Fragen konzentriert. Diese Einseitigkeit brachte unzweifelhaft einige Gefahren mit sich. Heute ist dies alles vergessen. Die Bündnisse mit anderen Parteien liegen in einer abgeschlossenen Vergangenheit und wir widmen uns mit mehr Eifer, als jemals vorher, der Propaganda im Interesse der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter, der Gewerkschaften und der Genossenschaften. Am diese Propaganda zu fördern, hat die belgische Parteileitung sich entschlossen, ein besonderes Sekretariat für die gewerkschaftliche Bewegung zu schaffen und dasselbe durch Verbreitung von Broschüren, Zirkularen und Zeitungsausschnitten in seinen Bemühungen zu fördern. Kein Zweifel, daß in kurzer Zeit die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in außerordentlichem Maße gestiegen sein wird. Uebrigens ist die „christlich-demokratische“ Partei gezwungen, falls sie nicht jeden Einfluß verlieren will, uns nachzugeben und die Arbeiter ebenfalls gewerkschaftlich zu organisieren, wie z. B. im gegenwärtigen Streit der Tischler. Sie müßten dies thun, wenn sie nicht gleich bei der ersten Gelegenheit, wo sie Farbe zu bekennen hätten, vor dem Kapitalismus die Segel streichen wollten.

Die sozialdemokratische Parteileitung hat ferner beschlossen, ein besonderes Sekretariat zu schaffen, das die Tätigkeit unserer Parteigenossen in den Gemeindevertretungen und Verwaltungen unterstützen soll. Insbesondere hat es die Aufgabe, den sozialistischen Gemeindevertretern alle verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Nachweisungen zu geben, deren sie etwa bedürfen könnten. Es wird ferner alle die Materialien sammeln, die notwendig sind zum Studium der hochinteressanten Probleme der kommunalen Sozialpolitik. Somit wird das Sekretariat auf die Kraft und die Einheitslichkeit unserer Aktion in den Gemeindevertretungen unzweifelhaft von günstigstem Einfluß sein.

Spanien.

Madrid, 9. Oktober. Der Generalgouverneur der Philippinen meldet: Eine Abtheilung Soldaten in Mindanao ist aufrührerisch geworden; spanische Offiziere sind ermordet worden.

Rußland.

Die russische Arbeiterbewegung kann in ihrer fortschreitenden Entwicklung durch keine Unterdrückungsmaßregeln mehr aufgehalten werden. Den zahlreichen in Petersburg vorgenommenen Verhaftungen zum Trotz setzt der Petersburger sozialdemokratische Verein mit frischem Muth und Siegeszuversicht seine agitatorische Tätigkeit unter den Petersburger Arbeitern fort, wie aus seinem Aufruf zu ersehen ist, welchen wir nachstehend zum Abdruck bringen:

„An alle Petersburger Arbeiter! Genossen!

Eine ganze Reihe von Bewegungen im letzten Jahre auf den Fabriken von Laferme, Thornton und anderen haben ihren Abschluß gefunden in dem großen 80000 Mann umfassenden Streik der Weber und der Spinner, von dem die Kunde weit über die Grenzen von Rußland gedrungen ist. Von dieser Zeit an hat sich der russische Arbeiter in seinem Kampfe an die internationale Arbeiterfamilie, an die gesamte Arbeiterklasse angeschlossen. Begeistert jubelten die ausländischen Arbeiter auf dem internationalen Sozialisten-Kongreß in London Plechanow, dem Vertreter des Petersburger „Vereins“, zu, als er unsere Streik erwähnte. Dieser Streik hat auch unsere so für uns sorgende Regierung erschreckt. Mag sie mittels einer elenden Lüge andere irreführen, indem sie die Zahl der Streikenden zweimal geringer angiebt und behauptet, daß die Arbeiter einander nicht unterstützen: sich selbst kann sie durch diese Erfindungen nicht belügen. Sie hat gesehen, daß die Arbeiter nicht mehr eine gefügige Schaafherde sind, sie hat begriffen, daß die geschlossene Arbeitermasse, welche einmüthig für ihre Interessen kämpft, eine Macht ist, welche weder durch einschmeichelnde Versprechungen, noch mit Waffengewalt vernichtet werden kann. Sie hat das verstanden und ist klug geworden. Und jetzt lesen wir in den Zeitungen: „Die Regierung demüthigt sich gegenwärtig, Verbesserungen der Lage der Arbeiter einzuführen.“ Jawohl, wir wissen aus unserer eigenen bitteren Erfahrung, daß Versprechungen der Regierung kein Vertrauen verdienen und daß ohne eindringliche Forderungen unsererseits man uns selbst dasjenige nicht geben wird, was man verspricht. Aber für uns hat schon Bedeutung, daß man die Arbeiter als Macht anerkennt, daß man mit ihnen unterhandelt, daß man sie durch Verprechung von Reformen bestechen will. Alles dies führt uns zur Ueberzeugung, Genossen, daß es in der ganzen Welt nur eine Macht gibt, welche im Stande ist, unsere Lage zu erleichtern. Diese Macht sind wir selbst. Nur indem wir als eine Masse in einem solidarischen, geschlossenen Kampfe auftreten, können wir eine wirkliche Erleichterung unseres gemeinsamen Schicksals erreichen.

Petersburger Arbeiter und Arbeiterinnen! Unser Verein, welcher den Fabrikanten und der Regierung soviel Bemühungen und Betrübnisse bereitet hat, tritt in das zweite Jahr seines Bestehens. Ein gutes Jahr war das erste für uns. Der rauhe Kampf hat uns vieles gelehrt. Wir sind klüger geworden, wir verstehen jetzt besser die uns allen gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Wir wissen jetzt, wie notwendig uns das Recht ist, unbehindert Streiks, Vereine, Kassen und Versammlungen zwecks Besprechung unserer gemeinsamen Angelegenheiten zu veranstalten.

Das Recht dieser Erkenntnis möge auch künftig in uns nicht erlöschen. Wir wollen unsere Kräfte sammeln und trotz aller Verfolgungen durch einen unauflösbaren Kampf Schritt für Schritt und immer neue KonzeSSIONen erobern. Kühn und munter wollen wir den geraden und breiten Weg gehen, Hand in Hand mit den Arbeitern der ganzen Welt — den Weg zu unserem Endziel — der vollständigen Befreiung der arbeitenden Klasse von dem Joch des Kapitals.

Den 15. (27.) September 1896.

Der Verein für den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse.

Türkei.

Kanea, 8. Oktober. („Römisches Zeitung.“) Der Aufruhr auf Krea dauert fort. Vor kurzem verbrannten die Kretenser türkische Regierungsgebäude, Kaffern und Privathäuser, die vorher von den Einwohnern verlassen worden waren. Eine Anzahl von Ortschaften hat sich den Behörden noch nicht unterworfen. Die Einwohner verwehren den Regierungstruppen den Eintritt in die Dörfer. Das Land zwischen Kanea und der südlichen Küste ist in einem Zustande unbeschreiblicher Verwüstung. Kein türkisches Haus, keine Moschee ist verschont geblieben; die meisten Ortschaften stehen menschenleer, da sie ganz unbeschaubar sind. Die muslimanische Bevölkerung, die nach Kandia geflohen ist, ist außer Stande, ohne Geldunterstützung zum Wiederaufbau ihrer Häuser zurückzukehren. Die Konsula in Kanea haben trotzdem darauf gedrungen, daß die Türken ohne Unterstützung zurückkehren sollen.

Partei-Nachrichten.

Den Delegirten zum Gothaer Parteitag hiermit zur Kenntniß, daß die zu ihrem Empfang auf dem Bahnhof in Gotha anwesenden Mitglieder des Lokalkomitees an rothen Rosetten kenntlich sind.

Als Delegirte sind weiter gewählt: Franz Winter, Frankenhäuser i. Th. Hofmann (Saalfeld), Rudolphstadt, Stolpe (Danzig), Wahlkreis Bunzlau-Lützen. Ad. Thiele (Halle), Gisleben. Franz Müller (Rammern), Wahlkreis Zittau. Frau Clara Heinrich, Wahlkreis Preßnitz. Gröbenberg. O. Zahn, Reuß a. L.

Parteiliteratur. Die auf Ende dieser Woche angekündigte Agitationschrift für die sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung „Sittlichkeit, Prostitution und Sozialdemokratie“ von Clara Zetkin konnte nicht zur Ausgabe gelangen, weil die Genossin Zetkin insolge Ueberanstrengung bei der Agitation erkrankt ist; dagegen gelangt: Frauenfrage und Sozialdemokratie von Lily Braun-Sydy am Sonnabend Nachmittag zur Ausgabe.

Zur Wahlbewegung in Brandenburg-Westhavelland. Die „Freisinnige Zeitung“ des Herrn Eugen Richter hat in Beziehung auf einen Versammlungsbericht unseres Brandenburgischer Partei-Organs behauptet, daß die Sozialdemokraten mit den beleidigenden Zwischenrufen gegen die freisinnigen Redner prahlten, daß die Zwischenrufe angeblich einem alten Bauersmann in den Mund gelegt worden, während sie in Wahrheit von dem Rufführer herrührten, der die Sozialdemokraten von Rathenow auf das Land geführt hat.

Darauf erwidert die „Brandenburger Zeitung“: „Was von dem alten Bauersmann berichtet wird, hat der alte Bauersmann gesagt. Beleidigend wurde überhaupt kein sozialdemokratischer Redner; wohl aber haben die freisinnigen Redner sich die denkbar frechsten Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokraten geleistet. Herr Dr. Wiemer, der verantwortliche Redakteur der „Frei. Ztg.“, hat in Gölpe und Spaak selbst gesprochen, weiß also ganz gut, daß das, was er in der „Frei. Ztg.“ schreibt, vollständig erlogen ist.“

Nach diesem Proöben von freisinniger Kampfesweise darf es wohl als ausgemacht gelten, daß Herr Eugen Richter den Sieg des Sozialdemokraten selber für unabänderlich hält, sonst würde der alte Praktikus des „Freisinn“ in seinem Blatte unzweifelhaft mit mehr Verhandlungen lägen lassen.

Der erste Parteitag der Sozialdemokratie von Reuß a. L., der am 4. Oktober in Greiz abgehalten wurde, war sehr zahlreich besucht. Genosse Zahn, der die Verhandlungen als erster Vorsitzender leitete, schilderte den Verlauf der Arbeiterbewegung in Reuß seit dem Jahre 1875, die den großen Erfolg gezeitigt hat, daß die bürgerlichen Parteien gezwungen waren, gegenüber der Sozialdemokratie sich miteinander zu verschmelzen, was ihnen aber auch nichts half, denn bei der letzten Reichstagswahl erlagen sie gleichwohl der Sozialdemokratie. Auch in finanzieller Beziehung konnte erfreuliches berichtet werden. Die sozialdemokratische Arbeiterkraft des kleinen Ländchens hat in den Jahren 1893-96 außer den Kosten der eigenen Agitation noch 2050 Mark für Streiks und für die Zentralkasse aufgebracht. Dabei ist die Agitation in Reuß j. L. schwierig genug. Insbesondere ist der Gewerkschaftsbewegung das Vereinsgesetz sehr hinderlich, indem es die Mitgliedschaft von Frauen nicht zuläßt. Ferner hält das Laster der Vereinsmeierei noch recht viele Arbeiter der politischen und gewerkschaftlichen Organisation fern. Unterhütung der Gewerkschaftsbewegung ist deshalb um so dringender geboten; man faßte dementsprechend eine Resolution, worin der Ruf der Gewerkschaften auseinandergeführt und jeder Parteigenosse ersucht wird, auch der Organisation seines Berufs beizutreten. Weiter wurde beschlossen, sich wiederum an den Gemeinderathsbewahlen zu betheiligen, dabei jedoch betont, daß man bei der Nominierung der Kandidaten sehr vorsichtig sein und nur überzeugungstreue Genossen aufstellen soll. Genosse O. Zahn wurde mit der Vertretung des Kreises auf dem Gothaer Parteitag beauftragt und zum Kreis-Vertrauensmann gewählt. Das Bureau des Parteitags erhielt den Auftrag, Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie eine den Interessen der Arbeiter entsprechende Abänderung des reußischen Vereinsgesetzes erreicht werden kann. Mit einer eindringlichen Ermahnung, für die Ausführung der getroffenen Beschlüsse im Interesse der Gesamtpartei thätig zu sein, schloß der Vorsitzende den Parteitag.

In Darnstadt wurden bei der Delegirtenwahl zur Generalversammlung der Orts-Krankenkasse die sozialdemokratischen Kandidaten mit 678 Stimmen gewählt. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt.

Von der Agitation. Gemäß dem Beschlusse der württembergischen Landesversammlung, „in unbestimmten Zwischenräumen zur Agitation auf dem Lande eine besondere Beilage der Schwäbischen Tagwacht“ herauszugeben, hat der Landesvorstand der württembergischen Sozialdemokratie beschlossen, diese Beilage freitags, den 23. Oktober erscheinen zu lassen. Die Vertheilung soll, wenn möglich, Sonntag, den 25. Oktober, geschehen.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Nürnberg hatte am Schlusse seines letzten Vereinsjahres 2950 regelmäßig zahlende Mitglieder. Die Einnahmen betragen rund 6866 M., die Ausgaben 6080 M.

Die Sag gegen den „Boornit“ hat die von uns, aber nicht von den Urhebern des Unbesinnlichen erwarteten Folgen getragen: die Zahl der Genossenschaftsmitglieder hat sich beträchtlich vermehrt, und die ganze Partei Belgiens hat sich mit Ansehen solidarisch erklärt. Die Veranstalter des betroffenen Streiks tragen ihren Schande auch noch in auswärtige Anarchistenblätter; und diese gewähren dem Schmutz auch Aufnahme und machen sich so zu Mitschuldigen des elenden Vols die Witte und seiner anarchisch-kapitalistischen Helfershelfer und Gönner in Belgien.

Die Unternehmung gegen den „Boornit“ dauert inzwischen noch fort, trotz des Gutachtens, welches die beiden Fabrikinspektoren von Gent zu gunsten des Unternehmens abgegeben haben. Der „anarchistische“ Denunziant hat nämlich den Behörden gewisse angebliche Formfehler und Verstöße angezeigt, und amtliche Einschreiten direkt gefordert. Das nennt sich anarchische Bekämpfung der Autorität!

Aber auch in diesen untergeordneten Punkten wird sich dem „Boornit“ keine Unregelmäßigkeit nachweisen lassen, dafür bürgt die Gewissenhaftigkeit- und Geschäftstüchtigkeit unseres Freundes Ansele.

Jean Volders ist von den belgischen Arbeitern nicht vergessen. Die Arbeiterpartei hat einen Anschlag gebildet, der für ein ihm zu errichtendes Denkmal Geld sammeln und die sonstigen Vorbereitungen treffen soll. Nun, wenn es Einer ein Denkmal verdient hat, so hat es der brave, selbstlose Volders. Das beste Denkmal eines Volksmannes ist und bleibt aber immer die Verwirklichung dessen, was er erstrebt, der Ausbau und die Vollendung seines Werks.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Kaufmann, Redakteur am „Volksblatt“ für Harburg, hat am Donnerstag das Zentralgefängnis in Hameln nach viermonatigem Aufenthalte verlassen. Diese Strafe war ihm auferlegt, weil er nach Ansicht der Richter Staatsentrichtungen verächtlich gemacht hat. Die Behandlung, die er als Gefangener zu erdulden hatte, ist noch in frischer Erinnerung. Selbst ein großer Theil der bürgerlichen Presse konnte diesmal nicht umhin, das gegen einen sozialdemokratischen Redakteur beliebte Verfahren mehr oder weniger scharf zu rügen. Nun, Genosse Kaufmann hat die Qual überstanden und wird den Kampf gegen das System, unter dem die Pressefreiheit zu einem leeren Schall geworden ist, mit verdoppelter Energie fortsetzen.

— Gegen den verantwortlichen Redakteur des Stettiner „Volksboten“ war wegen eines Artikels, überschrieben: „Wieder eine Russen erregende Beleidigung“, ein Verfahren eingeleitet, weil durch die Notiz grober Unfug verübt worden sein sollte. Man hat sich aber eines Besseren besonnen. Das Verfahren ist eingestellt worden.

— Das „Hamburger Echo“ und das „Hamburger Volksblatt“ brachten vor ungefähr einem halben Jahre eine Notiz über die

Behandlung der Arbeiterinnen in der Fischräuchererei des Herrn Ebeling in der Schloßstraße zu Harburg. Es wurde berichtet, daß von den Arbeiterinnen lebhaft Klage darüber geführt werde, daß die Behandlung eine rigorose sei. Herr Ebeling läßt sich beleidigt und strengte gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volksblatts“, Genossen Thiel, Klage an. So kam die Sache vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Die Zeugen bestätigten, daß Worte wie „Sch... gestirbt“, „Trampelthier“, „Kameel“, „Rindvieh“ u. s. w. von Herrn Ebeling den Arbeiterinnen gegenüber gebraucht wurden. Das Gericht sprach deshalb unseren Genossen Thiel frei und legte dem Kläger die Kosten auf.

— So lange der Bürgermeister Suchsland in Luckenwalde auf Urlaub war, hatten unsere Genossen Ruhe. Kaum ist er von Urlaub zurück, so giebt's wieder Differenzen mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Mittwoch Abend hielt der sozialdemokratische Wahlverein eine Versammlung ab, wo Dr. Jost über die Eroberung des Nordpols sprach. Die Versammlung begann 1/2 Uhr. Der Vortrag war noch nicht zu Ende, da löste der überwachende Beamte um 10 Uhr die Versammlung auf. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte er dies damit, daß er zur Schließung strengen Befehl habe, weil in der Annonce gesagt war: „Jedermann hat Zutritt“ und somit die Versammlung eine öffentliche sei. Thatsächlich waren aber nur Vereinsmitglieder zugegen. — Die Auflösung einer Versammlung, wo über das aufreizende Thema der Eroberung des Nordpols gesprochen wurde, ist ein Merkmal so eigenartig sozialpolitischer Befähigung, daß man schwer begreift, warum die sächsische Bourgeoisie nicht alles aufgeben hat, um Herrn Suchsland dem grünweißen Vaterlande zu erhalten, wo er sich als Stadtrath von Burgun um die Bekämpfung der verdammten Sozi unverweilliche Verdienste erlangen hat.

— Wegen Beleidigung eines Stadtoberordneten in Grimmitzschau wurde der verantwortliche Redakteur des „Sächsischen Volksblatts“, Genosse E. H. Reil, vom Zwickauer Landgericht zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt.

— Während der ganzen Dauer des Bierbrauer-Streiks in Speyer erschien im April d. J. an der Spitze der Mainzer Volkszeitung eine Notiz, worin die Mainzer Arbeiterschaft aufgefordert wurde, kein Speyerer Bier zu trinken, bis die Forderungen der dortigen Brauerei-Arbeiter erfüllt seien. Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb gegen den damaligen Redakteur des genannten Blattes Peter Tiesel und gegen den Verleger Ludwig Jost Anklage wegen groben Unfugs und machte diese vom Schöffengericht auf eine Entscheidung des Reichsgerichts, wonach der grobe Unfug nicht verübt zu sein brauche, um strafbar zu erscheinen, sondern es genüge, wenn die gegebenen Momente geeignet waren, eine Beunruhigung der Allgemeinheit, des Publikums hervorzurufen. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen beide Angeklagte eine Geldstrafe von je 50 M. auf Grund § 260 des R.-Str.-G. und § 21 des Preßgesetzes. Die Vertheidigung plädierte auf Freisprechung mit dem Hinweis, daß das Ober-Landesgericht in Darmstadt, welches in diesem Falle letzte Instanz sei, auf anderem Standpunkt stehe als das Reichsgericht, und in Urtheilen wiederholt der Auffassung Ausdruck verliehen habe, daß § 260 auf die Presse überhaupt keine Anwendung finden könne. Das Gericht verurtheilte jedoch den Redakteur Tiesel wegen groben Unfugs zu 20 M. Geldbusse und sprach nur den mitangeklagten Verleger Jost frei. Wegen das Urtheil wird Berufung eingelegt.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Holzarbeiter Berlins! Morgen Sonntag Vormittag 10 Uhr findet im Prenzlauer Park eine öffentliche Versammlung der Holzarbeiter statt, wo Stellung zu der von der Regierung eingebrachten Vorlage über die Organisation des Handwerks genommen werden soll. Diese Vorlage enthält Bestimmungen über Einrichtungen, wie Krankenkassen, Injunng-Schiedsgerichte, Arbeitsnachweis u. s. w., die für die Arbeiter von weittragender Bedeutung sind. Es ist deshalb notwendig, daß die Versammlung von den Kollegen zahlreich besucht wird. Beweisen wir, daß wir allen Vorgängen im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden und dadurch in der Lage sind, unsere eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. Der Vertrauensmann.

Auf die Mittheilung der Firma M. Fürstenheim u. Co. in gestriger Nummer des „Vorwärts“ haben wir folgendes zu erwidern: Herr Fürstenheim erklärt im Namen (sämtlicher) Ballschuh-Fabrikanten, der Streik sei unbegründet, trotzdem Herr Silberberg den Arbeitern und uns gegenüber die Verbesserungsbereitschaft in der Ballschuh-Branchen anerkennt, trotzdem weiter selbst in einer Versammlung der Ballschuh-Fabrikanten vor ca. drei Wochen verschiedene Redner die Bezeugung des Streiks zugegeben haben. Um diese Aussagen zu widerlegen, mußte Herr Fürstenheim mindestens mit Gründen, anstatt mit leeren Redensarten kommen. Gründe hat er aber nicht. Daß unser Streik nur allzu sehr berechtigt ist, ergibt sich aus folgendem: Ein Ballschuh-Arbeiter verdient das Jahr, wenn ihm Frau und Kinder mithelfen, bei 18 stündiger Arbeit im höchsten Falle 600 M., davon kommen noch in Abzug für Fournituren, Wohnung, Heizung und Licht pro Woche mindestens 2 M., so daß im ganzen 750 M. übrig bleiben. Es ist also unwahr, wenn Herr Fürstenheim früher behauptete, die Ballschuh-Arbeiter verdienen im Durchschnitt wöchentlich 24 M. Daß ihm die Lage der Ballschuh-Arbeiter roßig vorkommt, begreift sich, denn er hat allerdings das Vergnügen, wenn's Jahr herum ist, einen kolossalen Reingewinn einzustreichen, während die Ballschuh-Arbeiter nicht nur ungenügend bezahlt werden, sondern auch unter allen Uebeln zu leiden haben, die die Hausindustrie mit sich bringt. Wir können Herrn Fürstenheim nur sagen, daß die Streikenden durch aus nicht gewiß sind, die Arbeit unter den alten Bedingungen aufzunehmen. Sie fürchten das Kartell der Fabrikanten nicht. Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins, J. A.: Karl Willner, Schillingstr. 24.

Au die Textilarbeiter Deutschlands! Der Streik der Spinner in der Kölnischen Baumwollspinnerei dauert unverändert fort. Nachdem die Ausständigen sich bereit erklärten, auf der Grundlage der Beschlüsse des Einigungsamtes eine Einigung herbeizuführen, ist auch hierauf die Direktion nicht eingegangen. Die Arbeiter sollen ohne jedes Zugeständniß die Arbeit wieder aufnehmen. Es liegt nun an den Kollegen Deutschlands, die Spinner in ihrem gerechten Kampf thätig zu unterstützen, vor allem möglichst den Zugang fernzuhalten, weiter für mögliche Geldunterstützung zu sorgen. Durch die Bethätigung der Solidarität seitens der deutschen Kollegen wird es möglich sein, den Streik mit Erfolg zu beenden. Für Zuschriften ist die Adresse: Ernst Deubardt, Rarzhäuserwall 68 I, für Geldsendungen: Th. Urbach, Severinswall 13. Die Lohnkommission der streikenden Spinner.

Den Tabakarbeitern Deutschlands zur Nachricht, daß in den Verhältnissen der streikenden Tabakarbeiter in Fürstenthal, sowie der Tabakarbeiter von Schweden und Geldern bis jetzt keine Veränderung eingetreten ist. Ganz besonders aber machen wir die Berliner Tabakarbeiter nochmals auf den Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 15. September aufmerksam, wonach zum Generalfonds wöchentlich 25 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Kollegen so lange zu erheben sind, bis die Fürstenthaler Kollegen ihre Forderung voll und ganz bewilligt erhalten haben. Diese Beiträge sind entweder auf rothe Karten in den Poststellen oder auf Sammellisten, welche bei Rob. Dreßler, Veteranenstr. 28, Louis Dedand, Ruhplatzstr. 24, Jakob Reul, Barnimstr. 42, und August Nores, Postenstr. 17, in Empfang genommen werden können, zu zahlen. Es wird gleichzeitig gebeten, diese Listen mit dem geeigneten

Betrag möglichst wesentlich an dieselben Stellen, von wo sie entnommen wurden, zurückzuliefern. Die Kommission.

Der Streik der Tabakarbeiter in Fürstentum Walde dauert unverändert fort. Die Fabrikanten lassen sich nicht herbei, die winzige Forderung von 50 Pf. pro Tausend für Zigarettenmacher und 25 Pf. für Wickelmacher zuzulegen. Wir stehen bereits die sechste Woche im Streik, die Haltung der Streikenden ist dennoch eine musterhafte. Im Auslande sind im ganzen noch 77, darunter 25 Verheiratete mit 49 Kindern. Sämmtliche Tabakarbeiter und Arbeiterinnen sind organisiert. Alle Briefe sind zu richten an die Streikkommission (Adresse: H. Grünberg, Zentralschneeberg).

Aus München theilt uns die Firma Gravit- und Zigaretten-Fabrikanten Rudolf Otto mit, daß die Notiz in Nr. 232 des „Vorwärts“ vom 3. Oktober, worin gesagt war, die Gravure bezüglich Zigaretten jener Firma hätten die Arbeit wegen Lohnunterschieden eingestellt, auf Unwahrheit beruhe. Die Differenzen seien wegen Reduktion der Arbeitszeit ausgebrochen, aber bereits seit 23. September ausgeglichen.

Der Konditorgehilfen-Verband (Sitz Frankfurt a. M.) hält am 12. Oktober in Köln a. Rh. einen Delegirten-Tage ab, wo unter anderem über folgende Punkte beraten werden soll: Abwendung einer Petition an den Reichstag betr. bessere Einhaltung der Sonntagsruhe; Erhöhung des Beitrags von 10 auf 15 Pf. pro Monat und obligatorische Einführung des Fachblattes auf Kosten des Verbandes; Stellung zu den Anträgen des Hamburger Zentralverbandes; Stellung zu dem Gesetzentwurf betr. Zwangsorganisation des Handwerks.

Das „**Vereinsblatt**“ der Lederarbeiter Deutschlands erscheint am 15. Oktober an unter dem Titel: „Lederarbeiter-Zeitung“, Organ für die Interessen aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter.

In Hannover hat ein Theil der bei der Firma Okerwald beschäftigten Buchbinder und Buchdrucker wegen Nichtbewilligung der neulich in einer Versammlung der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen aufgestellten Forderungen die Arbeit niedergelegt.

In Aachen ist der Zustand der Weber der Fabrik von Siegfried Herzberg durch Vergleich beigelegt.

Wegen Lohnabzugs ist in der Weberei von Haas-Fahrenberg in Montjoie im Kreise Aachen ein allgemeiner Ausbruch ausgebrochen. Nach der „Frankf. Ztg.“ sind nun an die Webstühle Mädchen gestellt worden.

In Düsseldorf ist der Streik der Klemperer der Firma Werner zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen im Buchbinder-Gewerbe Leipzigs wird uns von dort mitgeteilt, daß sich in den letzten Tagen verschiedene Durchbrechungen der bewilligten Forderungen bemerkbar gemacht haben. Die Gehilfen-Lohnkommission hat daher ein Flugblatt herstellen lassen, das diese speziellen Fälle berührt und die Arbeiter auffordert, energisch gegen die Durchbrechungen Front zu machen. Ein Theil dieser Mißstände ist zur Zeit schon wieder abgestellt. Eine am Dienstag Abend im „Pantheon“, Dresdenstraße, abgehaltene Versammlung, die von über 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht war, beschäftigte sich speziell mit dem Minimaltarif für Buchbinderarbeiten (Alfordtarif) und faßte den Beschluß, eine nochmalige Durchbrechung des Tarifes in Gemeinschaft mit der Prinzipals-Vereinigung vorzunehmen, die dann bis 1. Dezember d. J. endigt sein soll. Am 1. Januar 1897 soll der Tarif dann endgültig in Kraft treten. Früher hatten die Prinzipale eine direkt ablehnende Stellung zum Tarif eingenommen, jetzt wollen sie sich aber bei Zahlung hoher Konventionalsätze verpflichten, den von der beiderseitigen Kommissionen endgültig festgesetzten Tarif streng durchzuführen. Da in der besagten Versammlung den Buchbindergehilfen der Vorwurf des Wortbruchs gemacht worden war, so nahmen von den anwesenden Prinzipalen die Herren Göhre und Häbel das Wort, um den Arbeitern mehr Vertrauen zu empfehlen. Die gemachten Konzeptionen seitens der Unternehmer bezeichneten sie als eine Ertrugenschaft der Organisation der Gehilfen. Das Nachweisen von Arbeitskräften durch den Innungs-Arbeitsnachweis betrachtet Herr Göhre als nicht von belang, da ja die Arbeiter umgekehrt auch so handelten.

Die Lohnkommission der Gehilfen wurde von der erwähnten Versammlung als Tarifkommission eingesetzt und dann von dieser auf Grund der gemachten Erfahrungen der Appell an die Kollegen und Kolleginnen gerichtet, immer kampfbereit zu sein, damit die Ertrugenschaften auch wirklich bestehen bleiben. Die Durchführung eines annehmbaren Alford-Minimaltarifes für Buchbinderarbeiten in Leipzig dürfte grundlegend für die Lohnhöhe im übrigen Deutschland wirken und müssen sich daher wohl die Kollegen anderer Städte der größtmöglichen moralischen Unterstützung der im Kampfe befindlichen Buchbinder Leipzigs befleißigen.

Die **Werstarbeiter Dresdens** hielten am Donnerstag in Pieschen abends eine von circa 2000 Personen besuchte Versammlung ab. Genosse Arno Reichardt erörterte die Mißstände auf den Werften, wobei er mittheilte, daß die letzte Versammlung schon insofern gewirkt hat, als in Neuburg die Werstdirektion die Arbeitszeit auf zehn Stunden herabsetzte. Die Versammlung faßte einstimmig folgende Resolution: „Die 2c. Versammlung der Arbeiter der Schiffswerften der „Kette“ und „Oesterreichischen Nord-Weit“ erklärt die Zustände auf diesen Werftplätzen für unhaltbar und fordert die Direktionen beider Werften auf, die Mißstände abzustellen, die Arbeitszeit zu verlängern, den Lohn zu erhöhen und vor allen Dingen darauf zu achten, daß die Behandlung eine andere wird. Weiter beauftragt die Versammlung die im September gewählte Lohnkommission der Metallarbeiter aller Branchen für Dresden- und Umgegend, einen Lohnvertrag auszuarbeiten, damit mit bestimmten Forderungen im geeigneten Moment an die Werstdirektionen herantreten werden kann.“

Die **Vereinigung Großhändler Schuhwaaren-Fabrikanten** hat wegen des Streiks des Personals der Firma G. W. Heyl in Großsch. l. S. ein Zirkular an die deutschen Schuhwaaren-Fabrikanten erlassen, worin ersucht wird, niemand von dem Personal zu beschäftigen; den Adressaten wird für Streikfälle gleiches Entgegenkommen zugesichert. Die Vereinigung besteht aus dem Firmen U. Göhe u. G. Fischer, Robert Gutschahn jun., G. W. Heyl, Albert Heyne, Richard Langrod u. Komp.

Der **Vorzellanarbeiter-Streik in Triptis i. Th.** dauert fort. Zum 13. Oktober sind die Ausständigen wegen „Kontraktbruch“ vor Gericht geladen.

Ein **allgemeiner Rutscherstreik** steht in Nürnberg in Aussicht. Die Rutscher klagen über schlechte Lohnverhältnisse und übermäßig strenge Behandlung durch die Polizei.

Aus **Prag** wurde unterm 9. Oktober telegraphirt: Die Streikbewegung der Werkstättenarbeiter der Staatsbahngesellschaft ist entschieden in der Abnahme begriffen. Gehehr nahmen 130 Arbeiter die Arbeit wieder auf; für heute werden weitere Arbeitsaufnahmen gemeldet. Den Wiener Arbeitern hat die Direktion die Meldung zugehen lassen, sie sollten die Arbeit ruhig wieder aufnehmen, kein Arbeiter werde in seinen erworbenen Rechten geschädigt und niemand gemahregelt werden.

Aus **Brüssel** wird der „Köln. Ztg.“ zum Ausstand der Tischler berichtet: In den Werkstätten von Damman in Rolendree nahmen am Montag an 40 Tischler die Arbeit wieder auf.

Die **Hafenarbeiter-Organisation in Antwerpen**. Die belgische Gewerkschaftsbewegung hat einen glänzenden Erfolg

aufzuweisen. Die Doker von Antwerpen, die zu organisieren früher unmöglich war, bilden jetzt eine der kräftigsten Gewerkschaften. Während sie noch im Juli nur einige hundert Mitglieder zählte, hat sie jetzt deren 3500.

Soziales.

Kapital und Arbeit. Das „Volksblatt für Harburg“ berichtet: Auf den Vereinigten Gummimatre-Fabriken Harburg-Wien ist wieder einmal eine Lohnreduktion vorgenommen worden. Auf dem Schulsaal wurden bisher für das Zuschneiden von Obergummi, Stoß und Vorderkappe pro 100 Paar 40 Pf. gezahlt. Jetzt, nachdem der Lohn herabgesetzt ist, nur 30 Pf. Für das Schneiden von Gummiporen (eine äußerst komplizierte Arbeit) wurden gezahlt pro 100 Paar 30 Pf. Jetzt nur 27 Pf. Für das Transportieren der Bänder für Obergummi belanden die Arbeiter bisher pro 100 Paar für gewöhnliche Gummischuhe 18 Pf., jetzt nur 10 Pf. Für den Transport der Bänder für Gummischuhe sonst 7 Pf., jetzt nur 6 Pf. Die Berechnung erfolgt nach der Zahl der täglich angefertigten Schuhe, wobei es nicht selten vorkommt, daß die Arbeiter die Bänder in den Saal bringen und auch wieder heranziehen müssen, obwohl sie nichts dafür bezahlt bekommen. Vor allem trifft dies zu, wenn mehrere Arbeiterinnen fehlen, was bei der großen Zahl der auf dem Schulsaal beschäftigten Arbeiterinnen nicht selten vorkommt. Für das Tragen der Gummimatre (eine sehr schwere Arbeit) wurde bisher auf je 100 Paar Gummischuhe 25 Pf. gezahlt. Jetzt nur 22 Pf., und für Gummischuhe früher 15 Pf., jetzt nur 12 Pf. Die Arbeit ist zum Theil sehr schwer, aber trotzdem muß noch der Lohn geschmälert werden!

Dieselbe Fabrik hat im vorigen Jahre 25 Prozent Dividende vertheilen können.

In **Krefeld** zahlt die Stadtverwaltung, wie das Oberbürgermeister-Amt bekannt machte, den arbeitslosen Webern während der Zeit der Beschäftigungslosigkeit die Krankenkassen-Beiträge.

Eine **erfreuliche Nachricht** bringt der Offenburger „Volksfreund“ aus dem badischen Städtchen Billingen. Er schreibt: In unserem stillen Schwarzwaldstädtchen und Ladoort Billingen herrscht gegenwärtig eine Epidemie, wie sie nicht jedes Jahr austritt, zwar keine unglückbringende, sondern eine Epidemie zum Glück und Wohle der Arbeiterklasse. Während nämlich die Uhrenfabrik von Maurer, Pfaff u. Maier schon vor Jahresfrist freiwillig und ohne Lohnkürzung die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt hat und zwar zur beiderseitigen Zufriedenheit, hat vor etwa 4 Wochen die Uhrenfabrik von R. Werner dieses rühmliche Beispiel nachgeahmt und seit dieser Zeit weiter die Fabrikanten mit einander, denn keiner will dem andern nachsehen, und so wurde, theils freiwillig, theils auf Anregung der Arbeiter, in den Fabriken von H. Brautmann, Waldvogel u. Co., Gebr. Wilde und von A. Seeger die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Ferner hat die Bau- und Möbelfabrik von Gebr. Risterer die Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt. Wir müssen dieses Vorgehen der hiesigen Fabrikanten rühmend anerkennen und hoffen, daß sie mit der Einführung der neun- und dann der achtsündigen Arbeitszeit nicht mehr lange auf sich warten lassen, um so bestimmter, als sie nach ihrer eigenen Aussage mit der zehnstündigen Arbeitszeit sich besser stellen als bei 11 Stunden Arbeit.

Arbeiterrecht in Amerika. Am 1. September d. J. ist das von der Legislatur des Staates New-York beschlossene Gesetz, wo auch die Anstellung und Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, speziell weiblichen Geschlechts, in Ladengeschäften geregelt wird, in Kraft getreten. Die Hauptbestimmungen dieses „Mercantile Establishment Law“ benannten Gesetzes sind die folgenden: Kinder unter 14 Jahren dürfen in Ladengeschäften überhaupt nicht angestellt werden. Für Knaben unter 16 und für Mädchen unter 21 Jahren soll die tägliche Arbeitszeit in keinem Falle mehr als 10 Stunden oder insgesamt mehr als 60 Stunden im Laufe einer Woche betragen. Nur während der Weihnachtszeit ist eine Ausnahme von dieser Bestimmung gestattet. Die Mittagspause muß mindestens 45 Minuten betragen. Mädchen und Knaben unter 16 Jahren dürfen in Kellerräumen nur beschäftigt werden, wenn diese Räumlichkeiten genügend ventilirt und erleuchtet sind. Für die jugendlichen Angestellten, namentlich für die Mädchen, sind Vorschriften zum zeitweisen Hinsetzen resp. Ausruhen anzubringen. Zur besseren Kontrolle der Befolgung der Gesetzesbestimmungen hinsichtlich des Alters der zu Beschäftigenden muß in jedem Geschäft ein Verzeichniß der Angestellten geführt werden, worin Alter, Geburtsort und Wohnung derselben angegeben sind. Kinder über 14 Jahre, die in Ladengeschäften angestellt sind oder dort Beschäftigung suchen, haben sich von der Sanitätsbehörde ein Zertifikat zu verschaffen, welches besagt, daß sie das vorgeschriebene Alter haben, daß sie gesund und kräftig sind, um die ihnen zu übertragenden Arbeiten verrichten zu können, und daß sie auch bereits den nöthigen Schulunterricht genossen haben. Die Ausstellung dieser Zertifikate erfolgt seitens der Sanitätsbehörde auf Grund beschworener Angaben der Eltern oder Vormünder der betreffenden Kinder.

Versammlungen.

Der **Verband der Bauarbeiter** nahm in seiner Mitgliebersammlung am 4. Oktober die Abrechnung vom dritten Quartal entgegen. Danach betragen die Einnahmen inkl. Bestand 194,68 M., die Ausgaben 178,67 M. Unter Verbandsangelegenheiten weist Roack auf den Streik der Schuhmacher hin und ersucht um rege Unterstützung desselben. Gleichzeitig empfahl Redner, eifrig für den Verband zu wirken, damit durch eine stärkere Beteiligung der Berufsgenossen die Organisation sich zu einer härteren, widerstandsfähigen Macht enthalte. Ein Antrag, das Versammlungslokal zu verlegen, wurde vorläufig zurückgestellt. Zum Schluß forderte Reuther die Mitglieder auf, im Interesse einer pünktlichen Zustellung des Verbandsorgans ihm sofort bei einem Wohnungswechsel die neue Adresse mitzutheilen. Heilmann wünscht, daß ihm unverzüglich die noch ausstehenden Listen eingehändigt werden.

Der **Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen** (Hilvale I.) debattirte am 5. d. M. über den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband. Einleitend referirte Glöcke über dieses Thema, indem er in einem Hinblick auf die Entwidlung der Gewerkschaftsbewegung die Organisation großer zentraler Verbände empfahl. Der Referent erläuterte sodann die Verwaltung, welche die hiesige Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes getroffen hat, damit jede Branche zu ihrem Rechte kommt und ihre Interessen wahren kann. In der sehr lebhaften Debatte erklärte sich die Mehrzahl der Redner für Anschluß an den Holzarbeiter-Verband, jedoch wurde eine definitive Stellungnahme ausgef. Hierauf verlas der Kassirer die Abrechnung vom dritten Quartal. Danach betrug die Einnahme mit einem Bestand von 240,65 M. vom vorigen Quartal 599,40 M. und die Ausgabe 848,50 M.; bleibt mithin ein Bestand von 251,10 M. Die Einnahme vom Sommerfest beläuft sich auf 75,90 M. und die Ausgabe auf 118,05 M. Zwei Anträge zum Reglement des Arbeitsnachweises wurden von der Versammlung abgelehnt.

Der **Verein der Plätterinnen** hatte am 6. Oktober eine Versammlung anberaumt, in der nach einem vorausgegangenen Referat des Genossen Hansen geschäftliche Angelegenheiten zur Erledigung standen. Die von der Kassirerin vorgelesene Abrechnung ergab mit einem alten Bestand 389,77 M. Einnahme und

157,48 M. Ausgabe. In der Unterstufungskasse beliefen sich die Einnahmen auf 145,45 M., die Ausgaben auf 58,45 M. Das Sommerfest hat ein Defizit von 58,45 M. und die Dampferpartie einen Ueberschuß von 22,90 M. ergeben. Zur Revision der Kasse wählte die Versammlung Fel. Henschel, Fräulein Herberg und Frau Müller. Zum Schluß macht Frau Schulz darauf aufmerksam, daß Willes für die Urania-Vorstellung am 15. November bei ihr zu haben sind.

Die **Agitationskommission der Berliner Bureau-Angeordneten** hat bekanntlich im Mai d. J. den hiesigen Anwälten und Gerichtsvollziehern in einem Regulatorisch-nach Denkchrift zahlreiche Forderungen gestellt, welche die Aufbesserung der elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Bureau-Anwaltvereinen sollte. Daraus ist vor kurzem von dem hiesigen Anwaltverein eine Kommission aus fünf Anwälten gewählt worden, welche jetzt an sämtliche hiesige Berufsvereine mit dem Ersuchen herantreten ist, Vertrauensmänner zur Unterhandlung mit der Agitationskommission zu ernennen. Auch an den hiesigen Bureau-Beamtenverein, der sich bisher den gemeinnützigen Bestrebungen der zentral-organisirten Bureau-Angeordneten gegenüber feindlich verhalten hat, ist das gleiche Ersuchen gerichtet worden. Dieser Verein nun sollte sich gestern im Brandenburger Haus mit der Stellungnahme zu den Forderungen der Agitationskommission beschäftigen, weshalb sich hierzu auch zahlreiche Mitglieder des Zentralvereins eingefunden hatten. Ueber die Ränge der Mitglieder hinweg hatte der Vorstand des Bureau-Beamten-Vereins aus seiner Mitte bereits drei Personen zu Vertrauensmännern bestimmt und beantragte, dieselben auch zu wählen. Hiergegen wurde jedoch von Reischer und anderen Rebern energisch protestirt und beantragt, eine geheime Wahl vorzunehmen. Infolge dieses Antrages entstand eine sehr erregte Debatte. Schmidt, der als Vorsitzender sich wiederholt dem minutenlangen Tumult nicht gewachsen zeigte, sah sich schließlich zu der Erklärung gedrängt, daß er nicht nur das Regulatorisch der Agitationskommission gut heiße, sondern der Vorstand des Bureau-Beamten-Vereins noch mehr Forderungen stellen und vertreten wolle. Bauer wies darauf hin, daß diese Erklärung dem bisher in dem Vereinsorgan, der „Schreibstube“, eingenommenen Standpunkt geradezu widerspreche und versuchte einen kurzen Uebersicht vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus zu geben. Ohne begründetes Recht aber wurde ihm und sämmtlichen Gästen das Wort entzogen und schließlich die vom Vorstand vorgeschlagenen gewählt.

In einer **öffentlichen Versammlung der Schmiede** am Donnerstag referirte Genosse Jahn über „Die Arbeiterchuh-Fabrikation“ mit besonderer Berücksichtigung des gegenwärtigen Standes derselben in Deutschland und den übrigen Kulturländern. Eine Diskussion fand nicht statt. Dagegen führte die in Aussicht genommene Neuwahl der Lohnkommission zu einer lebhaften Auseinandersetzung, ob es überhaupt notwendig ersehe, eine Neuwahl vorzunehmen, da die Agitationskommission dieselbe Thätigkeit verrichten könne. Es war erklärlich, daß die Gründe, welche die frühere Lohnkommission veranlaßt hatte, ihr Amt niederzulegen, zu einer persönlichen Auseinandersetzung führten, weshalb die Versammlung mit geringer Mehrheit beschloß, eine neue Kommission von 7 Mitgliedern zu wählen. Da sich aber nur 8 Personen zur Mandatsannahme bereit erklärten, wurde, nachdem Gehling, Henschel und Pollak gewählt, die Wahl der übrigen vier für eine spätere Versammlung verschoben. Als Revisoren für den Monats wurden Jahn und Wosin gewählt. Dörgeloh berichtete, daß die im Kassenbericht verlesene Summe nicht 222, sondern nur 122 M. betrage. Die vom Vertrauensmann Jahn angeregte Frage wegen der weiteren Thätigkeit der Agitationskommission wurde ebenfalls bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt. Der Bibliothekar Krause ist nach der Kolbergerstraße 28 verzogen. Am Sonntag, den 8. November, abends 5 Uhr, findet eine Versammlung mit Frauen im „Englischen Garten“ statt, in der Genosse Hoffmann referirt; nach der Versammlung: gefelliges Beisammensein mit Tanz.

Charlottenburg. Eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung tagte am 7. Oktober im Lokale „Bismarckshöhe“. Als Referent war Silberschmidt erschienen, der einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Von einer Diskussion wurde einstimmig Abstand genommen und traten mehrere der Anwesenden während der darauf folgenden Pause dem Verbände bei.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 9. Oktober. (W. Z. B.) Bei dem gestrigen Eisenbahn-Zusammenstoß in Auer (Tegrol) wurden vier Personen, darunter drei Soldaten, verletzt.

Wien, 9. Oktober. (W. Z. B.) Eine Versammlung der ausständigen Arbeiter der Staatseisenbahn-Gesellschaft hat angefangen die Erklärung ihres Rechtsbestandes über eine mit dem Generaldirektor der Staatseisenbahn-Gesellschaft geführte Besprechung mit allen gegen eine Stimme beschlossen, die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen.

Chalon, 9. Oktober. (W. Z. B.) Am Schluß des Frühstücks brachte Präsident Faure einen Trinkspruch aus, dessen Schlußsatz lautete:

„Heute bitte ich Eure Majestät im Namen der französischen Armee und der französischen Marine für Ihre Waffen zu Wasser und zu Lande die feierliche Bekräftigung unwan delbarer Freundschaft zu empfangen. Ich trinke auf das russische Heer und die russische Marine und erhebe mein Glas zu Ehren Ihrer Majestät des Kaisers und der Kaiserin!“ Hierauf erhob Kaiser Nikolaus sein Glas, rief mit dem Präsidenten an und ergriff das Wort zu folgendem Trinkspruch: „Bei unserer Ankunft im Hafen von Ebebourg hatte ich Gelegenheit, ein Geschwader der französischen Kriegsmarine zu bewundern; heute, im Begriff Ihr schönes Land zu verlassen, hatte ich das Vergnügen des imposantesten militärischen Schaupieles, indem ich der Truppschau auf gewohntem Übungsgelände bewohnte. Frankreich kann stolz auf seine Armee sein. Sie haben recht zu sagen, Herr Präsident, daß die beiden Länder durch un wandelbare Freundschaft verbunden sind. Ebenso besteht zwischen unsern beiden Heeren ein tiefes Gefühl der Waffenbrüderschaft. Ich erhebe mein Glas zu Ehren Ihres Landheeres und Ihrer Seemacht und trinke auf das Wohl des Präsidenten der französischen Republik.“

Die anwesenden russischen Offiziere und Herren des Gefolges riefen während des Toastes des Kaisers zweimal Hurrah.

San Sebastian, 9. Oktober. (W. Z. B.) Der holländische Kriegstransportdampfer „Paramaribo“ soll an der spanischen Nordküste untergegangen sein.

Petersburg, 9. Oktober. (W. Z. B.) Infolge des gestrigen Sturmes ist die Neva stark gestiegen; die niedrig gelegenen Theile der Stadt sind überschwemmt. Ein erster Unglücksfall ist bisher nicht gemeldet.

Sofia, 9. Oktober. (W. Z. B.) Eine Bande ausständiger Truppen, welche nahe der bulgarischen Grenze von türkischen Soldaten geschlagen wurde, ergriff sich der bulgarischen Grenzprovinz. **Alahabad (Indien), 9. Oktober. (W. Z. B.)** Der „Pioneer“ hebt in einer Besprechung der letzten Kornausstände hervor, daß alle Nachrichten darüber auf das Bestehen einer organisirten Verschwörung schließen lassen, bei der wohlhabende Leute theilhaftig sind. Da die vorbereiteten Aufstände in verschiedenen Städten und Dörfern der großen Provinz gleichzeitig ausbrechen, sei deren Ergebnis leicht vorauszusagen, wenn die Bevölkerung mit Waffen und Schießbedarf versehen ist. Das Blatt giebt der Regierung den Rath, ernstlich Mittel zur Lösung dieser Frage zu erwägen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 238.

Freitag, den 10. Oktober 1896.

13. Jahrg.

Der Achtuhr-Ladenschluß und der Parteitag zu Gotha.

Von einigen Wahlkreisen ist beantragt, den Achtuhr-Ladenschluß auf die Tagesordnung des Gothaer Parteitages zu setzen. Einige andere Wahlkreise haben die in Nr. 78 der veröffentlichten Anträge wiedergegebene Resolution vorgeschlagen, nach der der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß nicht nur für die im Handelsgewerbe Angestellten, sondern für die gesamte Arbeiterschaft „ganz bedeutende“ Vorteile mit sich bringen würde. Beide Arten Anträge sind vor den Versammlungen, in denen sie von Handelsangestellten eingebracht und zur Annahme geführt wurden, nicht öffentlich besprochen. In Nr. 229 des „Vorwärts“ vom 30. September unternimmt ein Parteigenosse den Versuch, den Antrag, den Achtuhr-Ladenschluß auf die Tagesordnung zu setzen, zu rechtfertigen. Er sieht im wesentlichen zu diesem Behufe an, daß der Achtuhr-Ladenschluß ein vorzügliches Agitationsmittel für die 1233 045 im Handelsgewerbe Angestellten sei und daß die Sozialdemokratie die Gelegenheit der Werbung von Sozialdemokraten aus den Kreisen der Handelsangestellten schleunigst ergreifen müsse.

Diese Ausführungen und Anträge scheinen mir eine außerordentliche Ueberschätzung des Wertes eines Achtuhr-Ladenschlusses und eine ebensogroße Unterschätzung der Aufgaben eines sozialdemokratischen Parteitages zu sein.

Wohin geht denn der plötzlich über alle Maßen so gepriesene Vorschlag der Reichskommission für Arbeiterstatistik bezüglich des Achtuhr-Ladenschlusses? Es sollen danach offene Verkaufsstellen während der Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens geschlossen sein müssen und innerhalb der dann möglichen Arbeitszeit von 15 1/2 Stunden (bis 8 1/2 Uhr soll bedient werden dürfen), soll eine Mittagspause von wenigstens 1 1/2 Stunden gewährt werden müssen. Der in der Kommission gemachte Vorschlag, gleichzeitig als Maximal-Arbeitszeit 13 bis 14 Stunden (einschließlich der Mittagspause) festzusetzen, wurde abgelehnt. Ferner enthält der Vorschlag der Kommission für Arbeiterstatistik eine Reihe von Ausnahmen für bestimmte Zeiten und für bestimmte Gewerbe. Und die Durchführung dieser Vorschläge sollen nicht nur für angeblich 1233 045 davon betroffene Angestellte, sondern auch für die gesamte Arbeiterschaft, die bekanntlich die Achtstunden-Arbeitszeit anstrebt, „ganz bedeutende Vorteile“ bieten? Das heißt denn doch die Vorschläge außerordentlich überschätzen und in bürgerlich-sozialreformatorischer Weise aus einer Klippe in eine abgrundtiefe Grube zu werfen.

Zunächst besteht schon heute in weiten Gebieten Deutschlands der Achtuhr-Ladenschluß (z. B. in fast ganz Württemberg) bei einem weit späteren Beginn der Arbeitszeit als die Kommission vorschlägt. Die Kommission selbst hat dies nicht verkannt und will deshalb den Landesregierungen die Anordnung überlassen, daß erst nach 5 Uhr morgens geöffnet oder früher als 8 Uhr abends geschlossen werden darf. Hat in jenen Gebieten der Achtuhr-Ladenschluß „der gesamten Arbeiterschaft“, ja auch nur den Handelsangestellten „ganz bedeutende Vorteile“ gebracht? Ja, ist auch nur eine sozialdemokratisch verbundene Kraft, die ja der Verfasser des Artikels in Nr. 229 besonders hoch ansetzt, jener Einrichtung in den deutschen Gebieten, die sie besitzen, zuzuschreiben? Mit nichten. Nicht anders steht es mit ähnlichen Einrichtungen im Ausland. In den Kolonien Englands besteht Sirenen-Ladenschluß, in Neuseeland muß mindestens an einem Werktag bereits nachmittags von 1 Uhr ab geschlossen werden. St. Gallen verlangt 14, Kanton Glarus 15 Stunden als Maximalarbeitszeit (einschließlich der Pausen), Luzern will die Arbeitszeit der Handelsangestellten auf höchstens 11 Stunden, die in die Zeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends fallen, beschränkt wissen. England sieht für noch nicht 18 Jahre alte Handelsangestellte als Maximum 74 Stunden wöchentlich fest.

Die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik bleiben also weit hinter den in großen Gebieten Deutschlands bestehenden Verhältnissen und hinter den in anderen Ländern gültigen Besetzen zurück. Und da soll die deutsche Sozialdemokratie plötzlich mit aller Energie für diesen kleinen Vorschlag, für dies sozialreformatorische „Wohlfühlmittel“, vor sich nicht auf sich erwärmen? Da soll sie die Achtuhr-Ladenschlußfrage, die doch wahrlich im Verhältnis zu den Fragen, zu deren Erledigung der deutsche sozialdemokratische Parteitag dienen soll, ein „Kinkeltreiben“ ist, gar als besondere Tagesordnungs-Frage behandeln? Mit mehr Recht könnten dann Bauhandwerker begehren, daß etwa die Fensterfrage oder die Kalkofen-Frage auf die Tagesordnung gesetzt werde. Eine politische Partei, die derlei Kleinigkeiten Fragen auf die Tagesordnung ihres Parteitages setzt, verdient nicht den Namen einer Klassenkampf-Partei, sondern den einer spießbürgerlichen Reformpartei.

Der Hinweis auf die vermeintlich verbundene Kraft einer Achtuhr-Ladenschlußfrage beruht auf den irrigen Voraussetzungen, daß die Achtuhr-Ladenschlußfrage jemand zu einem sozialdemokratischen Parteitag geeignet sei, ferner daß der sozialdemokratische Parteitag damit gebiert sein könne, wenn Nicht-Sozialdemokraten sich aus Dankbarkeit für gewerkschaftliche Klein-Agitation Sozialdemokraten nennen und endlich, daß es der Sozialdemokratie geziemend, Bauernfragen schlimmster Art zu treiben.

Eine ganz andere Frage als die, ob der Achtuhr-Ladenschlußfrage ein besonderer Punkt der Tagesordnung sein oder zu einer den Achtuhr-Ladenschluß, den als zu weit gehend kein Sozialdemokrat bekämpft hat, vererbenden Resolution führen soll, ist die: ob der Parteitag sich mit der Achtuhr-Ladenschlußfrage beschäftigen und ihre Kleinreformatur durch eine Resolution zum Ausdruck bringen soll. Nützlich erscheint mir auch dies gegenüber der klaren weitergehenden internationalen Forderung einer Achtstunden-Arbeitszeit und gegenüber unserem Programm nicht. Hält aber der Parteitag eine derartige Galanterie dem künftigen Werden einiger Handelsangestellten gegenüber und im Interesse einer Erleichterung der Agitation Handelsangestellter für angebracht, so wird dagegen schwerlich Widerspruch erhoben werden.

Arthur Stadthagen.

Lokales.

Ein langjähriger Parteigenosse aus dem 6. Wahlkreise, Tischler Gustav Norgel, ist am Donnerstag nach anderthalbjähriger Krankenlager verstorben. Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittag 4 Uhr, vom Krankenhause Moabit statt.

Arbeiter und Arbeiterinnen Vereins! Die Arbeiter-Bildungsschule eröffnet am Mittwoch, 14. Oktober, ihr neues Wintersemester. Das Ziel, dem die Arbeiter-Bildungsschule rastlos und mit wachsendem Erfolge zustrebt, besteht in der planmäßigen Heranbildung von brauchbaren rechnerischen und verwaltenden Kräften, wie sie für die moderne Arbeiterbewegung und ihre Organisationen ein Bedürfnis sind. Ein von berufsmäßigen Lehrern und Fachleuten methodisch geleiteter Unterricht in den für den Bereinigungskampf des Proletariats wichtigen Wissensgebieten, wie Nationalökonomie,

(Volkswirtschaftslehre), Geschichte, Naturwissenschaft, Deutsch und Med. u. e. Übung soll uns diesem Ziele näher führen. Der monatliche Mitglieds- und Unterrichtsbeitrag ist mit je 25 Pf. so niedrig bemessen, daß ihn jeder Arbeiter noch wird erkräftigen können. Um neben der planmäßigen Ausbildung unserer Mitglieder auch gleichzeitig für ihre allgemeine Bildung zu sorgen, veranstalten wir in zwangloser Aufeinanderfolge Vortragabend, für die mehrere unserer berufensten Redner ihre Mitwirkung zugesagt haben; Konzerte und Dichterabende, die im vorigen Semester so ungetheilten Beifall gefunden haben; Besuche von künstlerischen, wissenschaftlichen und gemeinnützigen Institutionen (so hat Herr Professor Wilhelm Förster, Direktor der Sternwarte, auf das bereitwilligste den Besuch der Sternwarte unter seiner Leitung für einen der nächsten Sonntage gestattet) und andere Arrangements crüfter und gefelliger Natur.

Die Südost-Schule befindet sich wie bisher in der Waldemarstraße 14, die Nord-Schule dagegen ist aus der für unsere Zwecke wenig geeigneten Müllerstraße verlegt nach der Brunnenstraße 25, in die unmittelbare Nähe des Rosenthaler Thores. Wir bitten besonders die dort wohnenden Genossen des 5. und 6. Wahlkreises, der Schule zahlreich als Mitglieder beizutreten. Der genaue Lehrplan, der über alles Nähere Auskunft giebt, wird in den nächsten Tagen im Inseraten-Heft des „Vorwärts“ veröffentlicht werden.

Der Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule.

V. v. Heinrich Schulz,

SO. 16, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 7.

Zu der letzten Stadtverordneten-Versammlung hat sich wieder einmal gezeigt, was die freisinnige Stadtverwaltung unter Arbeiterschutz versteht. Bekanntlich hatten die Arbeiter an den städtischen Gasanstalten die Befreiung der alle 14 Tage stattfindenden 15stündigen Sonntagsarbeit verlangt. Vor dem Gewerbeamt, welches mit der Angelegenheit befaßt wurde, fand eine Einigung statt, nach der fortan an Stelle der 15stündigen eine 10stündige Sonntagsarbeit stattfinden soll. Um diesen Zweck zu erreichen, muß das Polizeipräsidium eine Ausnahme von dem Verbot der Sonntagsarbeit gestatten. Ausnahmen sind jedoch gesetzlich nur zulässig, wenn den betroffenen Arbeitern in der Woche eine ununterbrochene Ruhepause von 24 Stunden gewährt wird. Das Abkommen zwischen den Vertretern der städtischen Gasanstalten und den Bevollmächtigten der Arbeiter war am Donnerstag Gegenstand der Verhandlung der Stadtverordneten. In einer Erwiderung auf die scharfe Kritik, die unser Genosse Singer an dem auf den Berliner Gasfabriken herrschenden Ausbeutungssystem übte — wir verweisen auf den ausführlichen Bericht in der gestrigen Nummer — teilte der Leiter des Gasatoriums Stadtrat Ramslan mit, daß die Verwaltung bei der Einführung der 15stündigen Sonntagsarbeit den gesetzlichen Forderungen entsprechend eine 24stündige Ruhepause einführen wolle. Auf die Neußerung Singers, daß mit dieser Einrichtung keinesfalls eine Lohnverminderung verbunden sein dürfe, meinte der Stadtrat, daß selbstverständlich der Anbetrag in der Woche nicht bezahlt werden würde. Unser Genosse Singer nagelte sofort und mit recht diese Art freisinniger Sozialpolitik fest. Es ist nach unserer Ansicht geradezu unerhört, daß die Befreiung einer 18stündigen Sonntagsarbeit in einem der Gesundheits- und schädlichen Betriebe, wie die Gasbereitung es ist, von den Arbeitern bezahlt werden soll mit dem Lohnverlust eines Arbeitstages. Thatsächlich werden die Gasarbeiter, welche jezt einen 15tägigen Lohn von 69 M. haben, nach Einführung der 10stündigen Sonntagsarbeit nur noch 59 M. Arbeitsverdienst in zwei Wochen beziehen. Die sozialen Empfindungen und die Arbeiterfreundlichkeit des in der Berliner Gemeindeverwaltung verkörperten Liberalismus werden durch die vom Stadtrat Ramslan geäußerte Absicht so dralisch gekennzeichnet, daß es überflüssig ist, ein Wort zuzufügen.

Jeder anständige Privatunternehmer würde es verschmähen, eine seinen Arbeitern gewährte Erleichterung von diesen bezahlen zu lassen, aber der Chef einer der bedeutendsten städtischen Verwaltungsbüros unter dem Beifallgehe der den bescheidensten Forderungen der Arbeiter gegenüber blinden und tauben Majorität der Stadtverordneten verkündet, daß die Arbeiter die Gewährung einer durch Sonntagsarbeit erzwungenen Ruhepause in der Woche mit einer Einbuße am Arbeitsverdienst bezahlen müssen. Das ist liberal, freisinnige Sozialpolitik — so sieht der Arbeiter aus, den die Reichshauptstadt ihren Arbeitern gewähren will, — und da wundert sich die bürgerliche Presse noch, daß die Arbeiter in immer stärkeren Haufen der Sozialdemokratie zufließen. Nur weiter so ihr Herren — es leben unsere Freunde — die Feinde!

Aus der Magistratsitzung vom Freitag. Der Magistrat verhandelte in seiner heutigen Sitzung über die Frage der eventuellen Erhaltung einiger Ausstellungsgebäude. Das Kollegium hat beschlossen, nicht allein den Antrag auf Erhaltung des Adlon u. Dressel'schen Hauptrestaurants nebst Wasserthurm und Neuen See abzulehnen, sondern hat auch die weiteren Anträge auf Erhaltung anderer Gebäude, u. a. dasjenige des Vereins für Feuerbestattung, der Spreewaldschule, abzulehnen beschlossen. Ueber diejenigen Anlagen, welche ohnehin auch für die nächstjährige Gartenbau-Ausstellung erhalten bleiben sollen, war ein Beschluß vor der Hand noch nicht erforderlich.

In der Sitzung, welcher auch der Stadtelektiker Dr. Kaufmann beizuhnte, stand ferner die Frage der eventuellen Uebertragung des Eigentums der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke auf die Stadtgemeinde zur Verhandlung. Dem Kollegium war eine größere Zahl von Berichten und Gutachten über diese Frage sowie der Vorschlag der zur Vorbereitung eingesetzten Subkommission mitgeteilt worden. Dasselbe beschloß, diese Angelegenheit der für diese Frage seit jirta einem Jahre eingesetzten gemischten Deputation zur Beratung der Kommissionsvorschläge zu überweisen.

Abendland und Morgenland im Zeichen des Gummischlachs. Im Berliner Lokal-Anzeiger wird von einer an sich überaus gleichgültigen Unterredung berichtet, die ein Vertreter des Blattes mit dem außerordentlichen Gesandten des Sultans in Berlin, Herrn v. Grumbow Pascha, gehabt hat. Das Interview wird interessant nur an einer Stelle, in der türkischerseits die Verwendung der „Knüttelmänner“ bei dem Vorgehen gegen die Armenier in Konstantinopel verteidigt wird. Der türkische Gesandte hat dem Mann des Lokal-Anzeigers bei dieser Gelegenheit erklärt:

Wenn Sie an die Gummischlache denken und sich den Unterschied zwischen den Verhältnissen des Orients und des zivilisierten Westens vor Augen halten, dann wird Ihnen die Verwendung der Spatschis (Knüttelmänner) vielleicht noch immer nicht gerechtfertigt, aber entschuldbar erscheinen.

So glaubt der Vertreter des barbarischen Orients die Verwendung des Knüttels unter Verhältnissen, die immerhin eine starke Gefahr für die Regierenden bedeuteten, nicht gerechtfertigt, wohl aber entschuldigen zu können. Das ist in der That barbarisch und kontrastiert auffällig gegen die Gewohnheiten

abendländischer Kultur, die im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte hie und da im Schwange sind. Als der Gummischlach-Prozess, an dessen Vorgeschichte der türkische Gesandte erinnert, am 8. und 9. Mai 1894 verhandelt wurde, und durch zahlreiche Zeugenaussagen zu Tage getreten war, daß am 18. Januar einzig in der Annahme, daß sich etwas Staatsgefährliches ereignen könnte, am Friedrichshain mit Säbel und Gummischlach in die unbewaffnete Menge hineingehauen worden ist, da erklärte der Staatsanwalt, Benedix mit Namen — die Philippika, die der hochselige Brausewetter in diesem Prozeß hielt, kann ja ernsthaft nicht behandelt werden — da erklärte Benedix also: Das Verfahren der Beamten verdient in jeder Beziehung Dank und Anerkennung und nicht anders. Auch gab Herr Benedix in seinem Plädoyer der bedauerlicherweise unersattlichen Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen — unter Leitung von Brausewetter! — das Publikum zu einem Vertrauensvotum für die Polizei animieren würden.

So geschah in Preußen. In der Türkei wird man hoffentlich einsehen, daß die Regierung des Sultans noch sehr weit von der Höhe christlicher Kultur entfernt ist.

Die Subkommission zur Beratung der in der Organisation der Armenhilfe erforderlichen Änderungen hielt am Donnerstag unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Zelle eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, Armenämter einzurichten, welche möglichst an die Standesämter sich anschließen sollen. Zunächst handelt es sich um einen Versuch mit zwei Armenämtern, für deren Einrichtung die Genehmigung der städtischen Behörden nachgesucht werden soll. In die Spitze der Armenämter sollen Magistrats-Ärztinnen gestellt werden, welche vom Magistrat dahin delegiert werden und während ihrer Amtsdauer den Titel „Amts-Vorsieher“ führen sollen.

Die städtischen Volksbibliotheken werden in der „Päd. Ztg.“ besprochen und bei dieser Gelegenheit gegen unsere Angriffe verteidigt. Seit der Neuauflistung der Bibliotheken habe sich die „Güte“ der Schriften gehoben. Schon eine oberflächliche Durchsicht der neuen Kataloge zeige, daß der „Vorwärts“, der seinerzeit von einer Erziehung „alter Scharfeten“ durch „neue Scharfeten“ sprach, unsere Bibliotheken nur vom Hörensagen kennt. Ueber den Begriff „Scharfete“ gehen die Ansichten allerdings auseinander, das stimmt; selbstverständlich haben aber auch wir unser Urteil über die Neuauflistung der Bibliotheken auf die neuen Kataloge gestützt, von denen wir mehrere sehr eingehend durchgesehen haben. Hätte der Verfasser des Artikels der „Päd. Ztg.“ den „Vorwärts“ etwas gewissenhafter gelesen — was seine Pflicht gewesen wäre, wenn er an unserer Haltung gegenüber den Volksbibliotheken Kritik üben wollte, — so könnte er wissen, daß wir bereits vor drei Jahren die Dürftigkeit des Bücherbestandes der damals eben „neu angefaßten“ 24 Bibliothek (Reichenbergerstraße) an der Hand des neuen Kataloges nachgewiesen haben. Wenn der Artikelschreiber der „Päd. Ztg.“ weiter sagt, für den „Vorwärts“ scheine „das Ideal einer guten Volksbibliothek darin zu bestehen, daß sie nur die Werke aufnimmt, welche einem sozialdemokratischen Verlage entstammen“, so beweist er damit, daß er zu den albernsten Leuten gehört, mit denen man eigentlich besser nicht diskutiert.

Die Geschäftsräume der königl. Ministerial-, Militär- und Bankkommission einschließlich der vereinigten Konfiskatorial-, Militär- und Postkasse, des königl. Domänen-Ventamts Berlin nebst der Thiergartenkassette werden in der Woche vom 19.—24. Oktober von der Nebenallee 89 in das Dienstgebäude Invalidenstr. 52, Ecke Seidenstraße, verlegt werden.

Geme mit der Unterschrift: Ein großer Teil der Beamten (der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft) verhehene Petition ist an den Magistrat gelangt worden, worin zunächst demselben der Dank ausgesprochen wird für seine Fürsorge für sie, die er bei Gelegenheit der Neuerung mit der Direktion zum Ausdruck brachte. Dann heißt es wörtlich weiter: Sie (der Magistrat) würden sich jedoch Tausende der Beamten zu ewigem Dank verpflichten, wenn Sie die Direktion dahin zu bestimmen vermögen, vorweg eine Pensionklasse für die so mit schwerem Dienst belasteten Beamten nach Staatsmuster einzurichten zu lassen; denn von Seiten der Direktion und der Aufsichtsräte, wiewohl die Einnahmen noch so groß, haben die armen Beamten nichts anderes zu erwarten, als frühen Verbrauch ihrer Kräfte und dann eine offene Thür nach außen. Es ist immerhin erfreulich, daß sich nach der vor 4 Jahren verunglückten Bewegung unter den Pferdebahnbeamten endlich wieder so etwas wie Klassenbewußtsein zu regen beginnt. Hoffentlich kommt den rücksichtslos ausgenutzten Leuten auch noch einmal die Ueberzeugung, daß es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, sich in einer tüchtigen Berufsorganisation gegen ihre Ausbeuter zur Wehr zu setzen.

Nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten haben Personen, welche die Prüfung für Heilgehilfen abzulegen wünschen, zunächst 6 M. Prüfungsgebühren bei der königlichen Polizeihauptkasse, Alexanderplatz 5, im Erdgeschoß, Eingang II (Alexanderstraße) in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr gegen Quittung einzuzahlen. Die Anmeldung ist nicht bei dem Polizeipräsidenten, sondern lediglich bei dem königl. Stadtphysikus, Tempelhofer Ufer 29 I bis 9 Uhr vormittags persönlich unter Vorlegung der erhaltenen Quittung zu machen. Dem Stadtphysikus ist außerdem ein ortspolizeiliches Zeugnis über fittliche Führung des Antragstellers, sowie darüber vorzulegen, daß Antragsteller seinen dauernden Wohnsitz in Berlin hat. Personen, die sich nur vorübergehend hier aufhalten, haben ihre Prüfungsgesuche bei dem für ihren dauernden Wohnsitz zuständigen Regierungspräsidenten anzubringen.

Kapitalismus und Sittlichkeit. Ein Leser schreibt uns: „Vor einigen Tagen habe ich mich auf dem großen Omnibusdepot um eine Sattlerstelle bemüht, da ich wußte, daß ein Platz frei werde. Der Meister hatte auch gegen meine Einstellung an sich keine Bedenken, nur sei ihm von oben herab der Befehl geworden, fortan keine verheirateten Leute mehr anzunehmen, und aus diesem Grunde müsse er auf mich verzichten.“ Ist die Mittheilung richtig, dann ist sie ein neuer Beitrag zu dem großen Sündenregister dieser Gesellschaft.

Der Fernsprechehr mit Armenan ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt eine Mark.

Berliner Tischlerlehre. Die unter städtischer Verwaltung stehende Berliner Tischlerlehre beginnt den Unterricht für das Winter-Halbjahr 1896/97 mit dem 14. Oktober. Gegenstände des Unterrichts sind die Arbeiten der Freihandzeichnen, Projektionszeichnen, Stippschneiden, Holzverbindungs- und Formenlehre, Fachzeichnen für Tischler, chemische Behandlung der Hölzer, Modellieren und Holzbildhauen, Fachzeichnen für Drechsler und Werkzeug- und Materialkunde für Drechsler. Der Unterricht findet statt: Kraussstr. 49, Wasserwerkstr. 31, Zehdenickerstraße 17, Thurnstr. 86, Fruchtstr. 88, Reichenbergerstr. 131, Palaststr. 15, Putzstr. 23. Die Schüler zahlen für Kursus

Im Fachzeichnen, Modellieren und Holzbildhauen 4 M.; für den Unterricht in den übrigen Kurfen je 2 M. für das Halbjahr.

Die sogenannten **Sonntags-Fahrkarten** nach Schwedl (Ober) vom Stettiner Bahnhof, nach Zahndorf-Müncheberg von den Stadtbahn-Stationen und nach Lübbenau von diesen und dem Görtz'schen Bahnhofe, die bisher nur in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September jedes Jahres zur Ausgabe kamen, werden von jetzt ab während des ganzen Jahres an jedem Sonntag und Festtage ausgegeben.

Selbstmord verübt hat gestern Vormittag die 33 Jahre alte Schauspielerin Pauline Diez, die seit einem Jahre bei dem Rittmeister a. D. v. J., mit dessen Gattin sie befreundet war, in der Fruchtstraße 33 wohnte. Früher ist sie auf keiner Berliner Bühne beschäftigt gewesen, sondern ausschließlich außerhalb. Schon seit langer Zeit war sie ohne Engagement und wurde von Tag zu Tag schwermüthiger. Schon wiederholt hatte sie die Absicht geküßelt, Hand an sich zu legen, und gestern führte sie die That aus. Als Herr v. J. mit seiner Gattin ausgegangen war, benutzte die Lebensmüde die Gelegenheit, sich mit einer Schnur in ihrer Stube am Kleiderschrank zu erhängen. Der Selbstmord wurde erst bei der Rückkehr des Herrn v. J. entdeckt. Die Leichenstarre war bereits eingetreten.

Der **Wasserstand der Spree** befindet sich seit einigen Wochen im ständigen Rückgang und ist gegenwärtig so niedrig, wie seit Jahren nicht. In den ausgearbeiteten Kanälen Berlins treten an vielen Stellen bereits die Uferseiten zum Vorschein, während das Wasser auf der Obersee von den Ufern ganz bedeutend zurückgewichen ist. Bei einem weiteren derartigen Fallen des Wasserstandes dürften der Schiffsahrt auf der Spree erhebliche Schwierigkeiten entstehen.

Der **Direktor des Untersuchungs-Gefängnisses in Moabit**, Major a. D. Edgar von Bornstedt, ist am Freitag Morgen, 7½ Uhr, 75 Jahre alt gestorben.

Ein **gewaltiger Krach**, wie bei einer Entgleisung, und eine mächtige, aus der Erde emporstehende Feuerfäule von Manneshöhe erschreckte Donnerstag Abend um 7 Uhr die Bewohner der Mauerstraße an der Ecke der Schönenbergstraße. Im Nu waren viele Hunderte zusammengedrängt, die nur noch sehen konnten, daß schon nach einer Minute ein aus zwei Wagen bestehender Zug der elektrischen Bahn Treptow-Wehrensstraße, dem augenscheinlich etwas zugefahren war, weiterfuhr. Man hatte zuerst den Eindruck, als ob ein Eisenbahnzug in die Häuser hineingefahren sei. An dieser Stelle ist unterirdische Stromleitung. Ganz ähnliche erschreckende Vorfälle haben sich, wie die „National-Zeitung“ berichtet, schon früher zugetragen. Vor einigen Wochen war einem spielenden Knaben sein Rad in die Hölle der unterirdischen Leitung gerathen; welche Ursache gestern die Störung herbeiführte, wird erst noch festgestellt werden. Die unterirdische Stromleitung scheint nicht geeignet für die Großstadt.

Am sog. **Nationaldenkmal** an der Schlossfreiheit hat die Firma Belling u. Komp. in Hildesheim 500 Quadratmeter Mosaik anbringen lassen. Diese Arbeiten werden, wie man uns berichtet, nur von Italienern ausgeführt, und als die Firma vor einigen Wochen Arbeitskräfte gebraucht, ließ sie sich drei Marmor-Mosaikmeister aus Italien und einen solchen Arbeiter aus Paris kommen. Obgleich den Fremden zugesichert worden war, daß sie bis Ende November Beschäftigung haben würden und bei täglich elfstündiger Arbeitszeit nur im Stundenlohn arbeiten sollten, erhielten sie doch bald Mordarbeit, die schließlich aber derart schlecht wurde, daß der Wochenlohn bei täglich 13stündiger Arbeitszeit nur 20 M. betrug. Die Arbeiter sind, da es ihnen hier nicht möglich ist, sich auskömmlich zu ernähren, nunmehr gezwungen, wieder in ihre Heimath zurückzukehren, obgleich ein Streit, den sie wegen einer Forderung von 15 M. mit der Firma haben, noch nicht erledigt ist. Vielleicht dient dieser Fall anderen auswärtigen Arbeitern zur Warnung.

Bei einem **Neubau in der Kolonie Grunewald** ist der Arbeiter Christian Wagner schwer verunglückt. Auf dem Grundstück Hubertus-Allee stürzte der 45 Jahre alte Mann infolge eines Fehltrittes auf beträchtlicher Höhe von einer Leiter herab und zog sich außer inneren Verletzungen einen Schenkelbruch zu. Man brachte den Verunglückten in ein Berliner Krankenhaus.

Am **dem Volksbericht vom 9. Oktober**. Am 7. d. M. abends verfuhr die 17jährige Martha B. in der Wohnung ihrer Dienstherrschaft in der Bergmannstraße sich mittels verdünnter Jodessenz zu vergiften. Durch ärztlich verordnete Gegenmittel wurde bald jede Gefahr beseitigt. — Am 8. d. M. vormittags wurde der 25jährige Bademeister Aspirant Georg B. im Flur des Hauses Ewinmündersstr. 108 bewußtlos und aus mehreren Kopfwunden blutend aufgefunden und nach Anlegen eines Verbandes auf der Unfallstation II nach der Charite gebracht. Nach Angabe von Zeugen hat B. vermuthlich infolge von Geistesförmung sich mit einem starken Knüttel so lange gegen den Kopf geschlagen, bis er bewußtlos zu Boden stürzte. — Vor dem Hause Wienerstraße 55 ließ die achtjährige Tochter des Tapezierers Scholz gegen einen in voller Fahrt befindlichen Wagen der elektrischen Straßenbahn der Linie Wehrensstraße-Treptow, geriet unter die Räder und erlitt außer einem Bruch des rechten Fußes schwere innere Verletzungen, so daß sie nach Anlegung eines Verbandes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — Nachmittags wurde in der Alexandrinenstraße der siebenjährige Sohn des Arbeiters Gustav Schmidt durch eine Drochle überfahren. Er erlitt dabei einen Bruch des Schlüsselbeines und wurde durch Vorübergehende in die Wohnung seiner Eltern gebracht. — In der in der Umpfasterung befindlichen Bernauerstraße fiel nachmittags der sechsährige Hans Richardt beim Spiel auf einen Haufen Plastersteine und zog sich eine erhebliche Verletzung im Gesicht zu, so daß seine Ueberführung in die Charite erforderlich wurde. — An der Ecke der Mohren- und Kanonierstraße wurde der auf einem Dreirade übermäßig schnell fahrende Vote der Berliner Privatpost durch einen Kollisionswagen umgestoßen und blieb bewußtlos liegen. Er wurde nach der Charite gebracht. — Abends wurde in der Leipziger Straße das Pferd einer Kutsche scheu, lief gegen einen Pferdeharnwagen und kam dadurch zu Fall. Hierbei wurde der Führer der Kutsche, der Fuhrherr Julius Bensch, vom Boche geschleudert und am Kopfe aufsehend leicht verletzt. Er erhielt auf der Unfallstation II einen Verband.

Aus den Nachbarorten.

Ueber eine recht böse Szene, welche sich in Charlottenburg zwischen Polizeibeamten und einem Drehorgelspieler, dem beide Beine fehlen, abgespielt haben soll, fällt die „Neue Zeit“ folgenden Urtheil: Wenn hier auch Widerstand gegen die Staatsgewalt vorliegt, so kann die Handlungsweise der Beamten, die sich derartig an einem Krüppel vergreifen, gar nicht genug verurtheilt werden. Wir hoffen, daß eine strenge Untersuchung angestellt wird und daß die Beamten, die anscheinend ihre Amtsbefugnisse weit überschritten haben, zur Verantwortung gezogen werden. Wie und von Augenzeugen berichtet wird, ist der Krüppel nicht bis zur Wache, sondern bis zur Ecke der Goethe- und Grolmannstraße geschleift worden, von wo man ihn auf einem Handkarren zur Wache transportierte. Während der Mann noch auf der Straße lag und abwehrende Geberden machte, rief ein Wachmeister ihm zu: Halten Sie Ihren Mund, oder ich steche Sie über den Haufen. Die Antwort des Krüppels war: Stechen Sie doch zu, wenn Sie ein Recht dazu haben. Alsbald stellten die Beamten den Säbel in die Scheide. Ein empfindlicher Vorfall ereignete sich noch nach Beendigung der Wache. Ein feingekleideter Mann trat auf einen an dem Vorfall betheiligten Beamten zu und äußerte laut: Hätten Sie

den Kerl doch geschlagen, daß das Gehirn aus dem Schädel herausspritzt; solches Gesindel treibt sich hier überall auf der Straße herum!

Ein **großer Bankrott** ist in Potsdam und Umgegend gegenwärtig das Tagesgespräch. Derselbe betrifft das dort seit etwa zwölf Jahren bestehende Mehl- und Getreide-Großgeschäft Albert Behrens u. Co. D. hat sich heimlich entsetzt. Die Schulden, die er hinterlassen, betragen ca. 450 000 M. Behrens galt als ein freibarer Kaufmann, ließ sich aber in der letzten Zeit auf sehr gewagte Spekulationen bei Mehllieferungen ein, die ihm große Verluste einbrachten.

Im **östlichen Theil von Schöneberg** befindet sich an der Siegfriedstraße die vom Eisenbahnstrecke zu unterhaltende Schranke über der bis zu zehn Meter ansteigenden Böschung über der Ringbahn in einem trostlosen Zustande. Auf allen, windstiefen rohen Feldsteinen liegen in Meterhöhe verwitterte Balken, während darunter zwischen den Steinen ein einfacher Draht gezogen ist. Der Draht ist längst gelockert, die Ränder schaukeln sich darauf, lehnen sich auch wohl weiter über und schweben so in steter Gefahr, die tiefe Böschung hinabzustürzen. Infolge dessen hatte die Ortshöhe die Eisenbahnverwaltung ersucht, die Bahnböschung gegen etwaiges Hinabstürzen von Personen und namentlich Kindern zu sichern. Der Eisenbahnstrecke aber hat sich geweigert, die gefährdende Schranke durch einen festen Zaun oder dergleichen zu ersetzen, und zwar mit der Begründung, daß ja — noch kein Unglück geschehen sei und mithin auch keine Nothwendigkeit vorliege, die Böschung auf andere als die jetzige Weise abzuschließen!

Ein **Schiffersucht** aus Zerpenschleuse ist vorgestern beim Staken auf der Obersee unweit von Sedan ertrunken. Er war auf einem Obstkahn, der eine Ladung Kirschen nach Berlin zu bringen hatte, beschäftigt. Bei dem Staken verlor der Schiffersucht das Gleichgewicht, stürzte ins Wasser und ertrank, wiewohl der Schiffseigner sowie auch die Mannschaften eines vorüberfahrenden Rahnes sofort Rettungsversuche anstellten. Der Verunglückte ist wahrscheinlich sofort unter die Hölle gerathen.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Bei dem **nahehenden Ende der Ausstellung** ist es jetzt möglich, eine genauere Uebersicht über die Ergebnisse und Erfolge, welche die Ausstellung von der Gewerbe-Ausstellung erhalten, zu gewinnen. Uns wird darüber berichtet: Durch eine Umfrage in den verschiedenen Gruppen ließ sich feststellen, daß den Haupterfolg wohl die Gruppe XIV (Elektrotechnik) zu verzeichnen habe. Der Berliner Elektrotechnik, welche im Auslande ja allerdings schon früher eines bedeutenden Rufes genoss, ist es gelungen, in Frankreich festen Fuß zu fassen und ganz besonders für Telegraphen- und Telephonnetze sich Aufträge zu sichern. Maschinelle Anlagen für elektrische Betriebe, Beleuchtungsanlagen sind allerdings vom Auslande weniger bestellt, dagegen sind wegen Anlegung elektrischer Bahnen mit hiesigen Firmen Unterhandlungen angelaufen. Einen bedeutenden Erfolg hat auch die für Berlin noch jugendliche Gruppe X (Bau- und Ingenieurwesen), welche im Auslande in der Konkurrenz des Auslandes gegenüber eine hervorragende Stellung zu gewinnen. Besonders interessant zeigte sich hier der Maschinenbau, welcher durch den hohen Einfuhrzoll gezwungen, nur wenige Aufträge gab. Aber auch sonst hat Gruppe XIII, speziell im Schiffbauwesen, einige ganz gute Erfolge aufzuweisen. Im Maschinenbau haben den Haupterfolg die landwirtschaftlichen Maschinen, sowie Maschinen für gewerbliche Betriebe errungen. Gruppe I (Textilindustrie) und Gruppe XVI (Papierindustrie) haben verhältnismäßig wenig direkte Aufträge zu verzeichnen, doch sind hier nennenswerthe Handels-Verbindungen angeknüpft worden. Die Gruppe III (Bau- und Ingenieurwesen) ist zwar vielfach bewundert, doch sind auch hier direkte Erfolge in nennenswerther Weise nicht vorhanden. In Gruppe VII (Metall-Industrie) ist es hauptsächlich die Gießschranke-Fabrikation, die einen ganz unerwarteten Erfolg aufzuweisen hat. Gruppe IV (Holz-Industrie) ist ebenfalls durch die Ausstellung sehr zufriedengestellt. Auch hier sind bedeutende Verbindungen, speziell durch die großen Firmen, mit dem Auslande angeknüpft, wodurch auch die kleineren Firmen in Mahrung gesetzt werden. Als Einläufer bei der Holz-Industrie treten hauptsächlich Oesterreich und Rußland hervor, in geringerem Maße auch Frankreich und Schweden. Die hier getroffenen Abschlüsse sind ganz bedeutende. In der Gruppe VI (Galanterie-Waaren) sind die Erfolge ebenfalls fast ausschließlich momentane. Es sind viele Verkäufe in der Ausstellung abgeschlossen, wobei naturgemäß auch das Ausland in nennenswerther Weise vertreten ist. Einen Erfolg hat die Fabrikation von Refraktoren, ein früher ausschließlich französischer Artikel, der erst jetzt längerer Zeit in Deutschland fabrizirt wird, durch einen ganz bedeutenden Markt im Lande gemonnen. Auch die Porzellan-Industrie ist sehr zufriedengestellt und hat in Rußland und Frankreich neue Abnehmer gefunden. Bemerkenswert ist, daß sich gerade Rußland auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung als außerordentlich launisch zeigte und beim Anknüpfen neuer Geschäftsverbindungen in hervorragendem Maße betheiligte ist. Fast in sämtlichen Gruppen haben sich die russischen Interessenten als vorzügliche Käufer erwiesen, mit welchen voraussichtlich dauernde Verbindungen erhalten werden, während Frankreich als das einzige Land sich im großen und ganzen ziemlich ablehnend verhielt.

Auf **eine eigenartige Musik**, die in der — Maschinenhalle der Gewerbe-Ausstellung erklingt, macht die „Musikinstrumenten-Zeitung“ alle musikalischen Sachverständigen aufmerksam. Gemeint ist nicht etwa das Gesumme und Getrumme der Maschinen, welches wohl kaum als Musik erachtet werden kann, gemeint sind vielmehr ganz bestimmte charakteristische Töne, welche manche Dynamos erzeugen und durchaus nicht unangenehm klingen sollen. Derselben rühren davon her, daß das in mehr oder weniger starker Bewegung befindliche Schwungrad, welches zwischen den Elektromagneten ruht, infolge der die Elektrizität auslassenden Bürsten sogenannte Reibungsreibung erzeugt, die ihrerseits je nach der langsameren oder schnelleren Bewegung des Rades tiefer bezw. höher sind. Am deutlichsten vernehmbar zeigen sich die Reibungstöne bei einem großen Dynamo der Union-Elektrizitäts-Gesellschaft, der mit einer Dampfmaschine der Firma Hoppe verbunden ist. Als deutlich hörbaren Grundton konstatirt das Fachblatt das mittlere Bass-C. Dazu erklingen in großer Klarheit Obertöne, von denen das eine Oktave und Quinte hohe eingetrichene C mit dem darunter liegenden C eine so harmonische Quinte bildet, daß ob ihrer absoluten Reinheit Delmholz seine Freunde gehabt hätte. Ein sehr aufmerksames Ohr vermag auch noch den höher liegenden Ton E zu vernehmen. Auf diese musikalische Merkwürdigkeit macht das Fachblatt Musikverständige besonders aufmerksam, da es wohl selten vorkommen dürfte, auch nur einen Oberton in solcher Reinheit und Deutlichkeit zu hören.

Kunst und Wissenschaft.

Wildenbruch und sein Geschlecht regieren gegenwärtig im Berliner Theater, dem Familientheater in der Charlottenstraße. Ein Nachtreter Wildenbruch's, Herr Max Lehner, kam am Donnerstag dort mit seiner Historie „Joachim von Brandenburg“ zu Wort. Wildenbruch ist wenigstens ein lungenkräftiger Trompeter. Sein Nachwuchs aber führt ein hölzernes Kindertrompeten-Kongert auf. Wer einiges Theatergeschick hat, wie Herr Lehner, der darf ruhig an historischen Sinn, auf poetische Form verzichten; auf Klippfuß-Weisheit schier kann er sein Drama stellen. Um 1500 wüthet die Pest in Berlin; ein Wunder versucht sie. Wer aber that dies Wunder? Dürchläuchtung natürlich, der Kurfürst Joachim. Das

Brandenburg'sche Raub- und Mordgethrie, die Lindenberger Köderer und Läderer, und wie die Stegreifritter sonst geheißen haben mögen werden fast im Handumdrehen zu Paaren getrieben und wiederum ist von schweren wirtschaftlichen Kämpfen keine Rede. Joachim hat's geschafft, der allergütige Kurfürst und Zauberer allerhöchst allein. Wie soll da der Bürgermann im Parquet nicht freudig bestimmen, wenn er sieht, wie seine Vorfahren vom weisen Fürsten gegen die wilden Raubritter behütet wurden? Die Darstellung war eigentlich nicht so recht auf das Durrah-Pathos gestimmt, das solche Dramen verlangen. Herr Wehrlich ist weder in der Geste noch in der gesprochenen Sprache der imponierende Komödienspieler. Seiner Sprache wie seinen Bewegungen haftet etwas bürgerlich-gemeines an. Schade um die müthige Kraft des Herrn Krauß, der sich an nichtigen, papiernen Rollen, wie die eines rebellischen Junkers es ist, abzuqualen muß.

Morgen, am Sonntag Nachmittags, findet im Belle-Alliance-Theater die letzte Vorstellung des Schiller'schen Trauerspiels „Kabale und Liebe“ statt. Den Präsidenten spielt Herr Frey als Gast (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater); Louise Olga Lorenz (Stadttheater in Konstanz); Lady Milford; Hedwig Margot; Miller: Wilhelm Ruff; Hofmarschall: Mich. Jürgens (früher Bessing-Theater). Die Vorstellung beginnt um 3 Uhr.

Die **Direktion des Volks-Theaters** hat den Beginn der Wochentags-Vorstellungen auf 8 Uhr, Sonntags auf 7 Uhr festgesetzt. Die Gesangsposse „Ein vorsichtiger Mann“ geht am Sonntag mit neuer Besetzung der Hauptrollen in Szene. Die „Gäste“ wird Fr. Helene Schumann vom Carola-Theater in Leipzig, den vorsichtigen Mann Herr Conrad und den Paul Wendler Herr Heinrich Kamm vom Hoftheater in Würzburg geben.

Für das **Alexanderplatz-Theater** ist das Volksstück in 3 Akten „Liebe“ von Oscar Klein zur Aufführung angenommen worden.

Die **Verlags-Buchhandlung F. A. Brockhaus** in Leipzig hat mit W. A. S. einen Kontrakt abgeschlossen betreffend die Ausgabe des Werkes über seine Polarreise und zwar für Deutschland, Böhmen und Ungarn.

Der **Physiologe Professor Moritz Schiff**, dessen Tod gestern aus Genf gemeldet worden ist, war ein alter Achtundvierziger. 1848 eilte er aus Frankfurt, um sich dem badiischen Revolutionärsheer anzuschließen. Als sich der junge, schon wohlbekannte Gelehrte 1849 in Göttingen als Privatdozent für Zoologie habilitiren wollte, wurde er von der hannoverschen Regierung ausgewiesen, weil seine Lehren der Jugend gefährlich wären. Schiff theilte dieses Schicksal damals mit mehreren anderen berühmten Männern der Wissenschaft, wie Jakob Moschelott, Carl Vogt, Ludwig Feuerbach, Monnien u. a. Gleich ihnen mußte auch er den Staub des Vaterlandes von seinen Füßen schütteln. Die Schweiz gewährte auch ihm eine Heimstätte, die Universität Bern berief ihn als Professor der vergleichenden Anatomie, 1863 berief er nach Florenz über, von wo er 1876 nach Genf zurückkehrte. Hier hat er als Professor der Physiologie sehr erfolgreich bis in seine letzten Tage gewirkt.

Gerichts-Beilage.

Eine **Entscheidung des Kammergerichts**, die am 8. Oktober gefaßt wurde, ist für Berlin von Interesse. In Völgendortmund besteht seit dem Jahre 1892 ein Besondere, dessen Vorsitzender zur Zeit unser Parteigenosse Schritt ist. An diesen erging neuerdings die politische Aufforderung, der Behörde das Mitgliederverzeichnis des Vereins einzureichen. Der Verein wurde als ein solcher angesehen, der bezweckt, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Schritt unterließ dies und die Folge war eine Anschuldigung, sich gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes vergangen zu haben. Das Schöffengericht verurtheilte ihn zu 15 M. oder drei Tagen Haft, wogegen Schritt Berufung einlegte. Er machte geltend, der Verein sei gar kein Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes. Er verfolge nicht politische Tendenzen und sei auch in der Öffentlichkeit nicht hervorgetreten, er wirke demnach auch nicht auf öffentliche Angelegenheiten ein, und dies zu thun sei nicht sein Zweck. Das Landgericht stellt fest, daß der Verein, der seine Mitglieder beehren will, in seiner Bibliothek soziale und freireligiöse Bücher habe und daß im Kreise der Mitglieder auch aus diesen vorgelesen werde. Daraus befähigte die Strafkammer die schöffengerichtliche Entscheidung. In der Revision hob Schritt dann hervor, daß nach dem Wortlaut des § 2 des Vereinsgesetzes die Statuten und die Liste der Mitglieder binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins einzureichen wären. Diese Frist sei aber beim Vorgehen der Polizei schon durch Jahre überschritten gewesen. Der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht glaubte besonders betonen zu müssen, daß der Vereinsvorsitzende Schritt ein sozialdemokratischer agitator sei und der Besondere sicher nur die Arbeiter zu Sozialdemokraten erziehen wolle. Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei. Er habe nicht gegen die §§ 2 und 13 verstoßen, denn es sei seine Darlegung richtig, daß die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses innerhalb dreier Tage nach Stiftung des Vereins zu erfolgen habe; daß die der Angeklagte weit später unterließ, sei keine Uebertretung der genannten Gesetzesbestimmungen.

Wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung hatten sich gestern die Fabrikanten Max Meyer und Siegfried Oppenheim aus Bernau vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Dieselben besitzen je eine Fabrik in Bernau; bei einer Revision, die im Frühjahr d. J. in beiden Fabriken stattfand, wurde konstatiert, daß mehrere jugendliche Arbeiter brüderlei Geschlechts, welche sich im Alter von 14—15 Jahren befanden, während der Frühstücksstunden arbeiteten. Beide Fabrikanten wurden deshalb unter Anklage gestellt. Der Gerichtshof hielt ein Vergehen gegen § 146 II b der Gewerbe-Ordnung für erwiesen und erkannte auf je 25 M. Geldstrafe.

Der **Direktor des Belle-Alliance-Theaters Charles Maurice** stand heute vor der Strafkammer des Landgerichts Berlin I, um sich wegen Körperverletzung und Gewerbevergehens zu verantworten. In bezug auf das letztere Vergehen wird ihm vorgeworfen, das Theatergeräude ohne die erforderliche polizeiliche Konzeption selbständig betrieben zu haben. Er hat das Belle-Alliance-Theater vom Direktor Sternheim gepachtet und sich um die Konzeption beworben, letztere wurde ihm jedoch kurz vor der Eröffnung des Theaters von der Polizei verweigert. Da er schon das gesamte Künstlerpersonal engagirt hatte, suchte er sich dadurch zu helfen, daß er vertragmäßig mit Herrn Sternheim, der eine Konzeption besaß, die Firma Maurice u. Sternheim bildete. Beide vertrugen sich aber nicht und Sternheim schied am 1. Oktober 1893 aus. Ihm folgte bis zum 1. Mai Herr Terumann und dann Herr Häfener. Die Anklagebehörde behauptet, daß letzterer nur eine Art Strohmännchen sei, während der Angeklagte diese Ansicht bestreitet und behauptet, daß es sich um einen regelrechten Associevertrag handle und er selbst arztinischer, Häfener aber wirklicher Direktor sei. Da letzterer diese Anklage unter seinem Eide bestritt, ließ der Staatsanwalt diesen Theil der Anklage fallen. Bezüglich der Körperverletzung gab der Angeklagte zu, dem Schauspieler Dod, der zuerst durch seine Vermittlung wieder engagirt worden sei, und der ihn in unsagbarer Weise gereizt und gekränkt habe, am 10. Mai nach einer heftigen Szene ein paar herbe Obereigen versetzt zu haben. Nach den Bekundungen der Augenzeugen hatte sich der Angeklagte in gewaltiger Aufregung befunden und Dod vielfach Zwist verurteilt,

zu deren zurückgelegtem 15. Lebensjahre. — **A. R. Klein.** 3. Ja. 1. Rein, es darf aber kein Bier verschänt werden. — **A. R. Klein.** 2. Ja. — **C. T., Rixdorf.** Das ist möglich. — **M. R., Schwedenstr. 18.** Welche Legitimationspapiere erforderlich sind, hängt von dem Ermessen des Beamten ab, mit dem Sie ja vorher sprechen können. — **H. B.** Geldstrafe bis 150 M. oder Haft bis zu 6 Wochen. — **Fruchtstr. 24.** 1. Rein. 2. Du. — **J. G. W.** 1. Das hängt vom Schuldgrunde ab, der uns nicht mitgeteilt ist. 2. Eins zum Amtsgericht Sprottau, eins zum Amtsgericht Landeshut in Schlesien. 3. Das ist verschieden, je nachdem, ob Heirat dazwischen liegt oder nicht. Sprechen Sie doch wegen 1 und 2 lieber gelegentlich nach dem 15. d. M. in der Sprechstunde vor. — **H. S.** Zu beiden. — **C. Albr.** Die schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. 1. Wenn sie selbstständig ist; ja. 2. Aufrufen des Vormundschaftsrichters und Klage. 3. Falls sie berechtigt fortgeht; ja. 4. Klage. 5. Ebenso.

— **Mit Warhan.** Im Klagewege könnten Sie nichts anrichten. Erkennt der betreffende nach erreichter Volljährigkeit seine Erbschaftspflicht an, so können Sie klagen. — **Wm. Ja.** — **Scheitlingstr. 34.** Auf eigene Kosten müssen Sie reisen. — **Leo 100, Kranke, A. W. 110; Rein.** — **R. S. 3. 1. Ja.** 2. Der ganze Rückstand kann verlangt werden. 3. Wenn das Vormundschaftsgericht der Ansicht ist, daß dem Kinde die mütterliche Pflege auch nach vollendetem vierten Jahre zuträglich ist, so haben Sie Alimente noch weiter zu zahlen. — **Nothner.** Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Leider steht Ihnen kein Anspruch gegen die betreffende oder andere zu. — **J. P. 30.** 1. Wenn Sie vom 1./1. 1888 bis zum 1./1. 1891 mindestens 14 Wochen in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, welches die Versicherungspflicht begründet haben würde, wenn damals das Rentengefetz bereits in Kraft gewesen wäre; ja. Der Antrag ist an die Altersversicherungs-Anstalt zu richten. 2. Ist

verfährt. — **M. J., Schlemmerstr. 42.** Rein. — **E. 2. 84.** Ist Ihre Braut nach dem 1./1. 1876 geboren, so ist ein standesamtliches Geburtszeugnis erforderlich, sonst genügt das kirchliche. — **C. D. 70.** Die Altersrente würde, falls das Anwartschaftsstatut nicht das Gegentheil bestimmt, abgezogen werden. — **A. D. 86.** 1. Ja. 2. Die Terausgaben des Bürgerlichen Gesetzbuches sind für den Arbeiter sämtlich wertlos. Warten Sie, bis die vom Vieh'schen Verlage angekauften gemeinverständliche Darlegung erscheint. — **H. Fischer.** 1 und 2: soviel uns bekannt ja; 3. nein. — **M. S. 103.** Ist die Wohnung wirklich nachweisbar unbrauchbar, so befinden Sie sich im Recht. Ist das aber nicht der Fall, so thun Sie besser, dem Wirth mitzutheilen, falls er innerhalb der Frist die Reparaturen nicht vornimmt, so würden Sie auf seine Kosten das besorgen lassen und den Betrag vom Mietzins abziehen. — **M. W., Johannisstr.** Ist doch selbstverständlich.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 10. Oktober.
Spernhaus. Oberon.
Schauspielhaus. Die Verschwörung des Fiesco zu Genua.
Deutsches Theater. Morituri. I. Teils. II. Frijchen. III. Das ewig-Männliche.
Berliner Theater. Die offizielle Frau.
König-Theater. Kollege Crampton.
Theater des Westens. Jung gefreit.
Neues Theater. Die Familie Pontbiquet.
Thalia-Theater. Gebildete Menschen.
Walden-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Rinette im Schnee.
Theater Unter den Linden. Der kleine Herzog. Hierauf: Die Bajadere.
Schiller-Theater. Der Sohn der Wildnis.
Central-Theater. Eine wilde Sache.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Selle - Alliance - Theater. Ramsell Biellebchen.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann. Hierauf: Variété fremder Künstler. Zum Schluß: Pladderadau.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Das Käthchen von Heilbronn, oder: Das heimliche Gericht.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Sohn der Wildnis.
Sonntag, Nachmittag 3 Uhr: Was ihr wollt.
Sonntag, abends 8 Uhr: Ein toller Einfall.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
Schauspielstr. 25/26. Dir. Max Samst.
Das Käthchen von Heilbronn
oder:
Das heimliche Gericht.
Romantisches Ritterstück in 5 Akten von H. v. Kleist.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr: Klassiker-Vorstellung:
Othello, der Mohr von Venedig von William Shakespeare.
Abends 8 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.

Thalia-Theater
(vormals: Adolph-Greif-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, königl. preuß. Kommissionsrath.
Gebildete Menschen.
Wiener Volksstück in 3 Akten von Viktor Eöen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Die Soireen der
Stettiner Sängers
(Meysel, Pietro, Britton, Stöckl, Krohn, Röhl und Schröder.)
finden statt:
Sonntag und Donnerstag:
Konzerthaus Saussonci.
Dienstag:
Böhmisches Brauhaus.
Mittwoch:
Moabiters Stadttheater.
Freitag und Montag:
Viktoria - Brauerei.
Neu!
Singpieper's Tanz-Institut.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 80.
Direktion: Richard Schultz.
Sonnabend, den 10. Oktober:
Emil Thomas a. G.
Eduard Steinberger a. G.
Zum 21. Male:
Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstadt und J. Freund.
Musik von J. Gindshofer.
Anfang 7/8 Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132
Direktion: Carl Weis.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Anfang 7/8 Uhr.
Sonntag Nachmittag: Dorf und Stadt.

Karlmann's Variété
Halbe
Menschen
und 20 Elite-Nummern
Sensations-Programm.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
Von 7 Uhr nachmitt. ohne Gewerbe-Anstellungs-Billet zugänglich.
Schaustellungen der Beduinen
5 und 7 1/2 Uhr.
Konzert v. 5 Kapellen.
Entrée 50 Pf. Kinder d. Hälfte.

Nur noch 5 Tage
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Uebertreibt alles bisher dagew. Von Publikum u. Presse einstimmig anerkannt.

Letztes diesjähriges
Rennen - Halensee

Sonntag, den 11. Oktober.
Anfang 3 Uhr.

Kinematograph. (Lebende Photographien. Auch in Naturfarben.) Interessanteste Bilder historischen Charakters und des Gesellschaftslebens in vornehmster Naturwahrheit. Wiedergabe musikalischer und bellamatorischer Vorträge. Für alle Besucher zugleich deutlich hörbar ohne Schläuche.
Phonographische
Eintrittspreis für alle Vorstellungen 50 Pf. Militärs und Kinder 25 Pf.
Vorstellungen ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
21. Unter den Linden No. 21.
Vereine erhalten Preisermäßigung nach Vereinbarung.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Lehrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saal täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschlüge.

Castan's Panopticum
Neu! Die wunderbaren indischen Pygmäen
Neu! Ur-Australier (Kannibalen).

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit.
42 wilde Weiber
aus Dahomey.

Volks-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Jeden Abend 8 Uhr.
Ein vorsichtiger Mann!
Poffe mit Gesang in 3 Bildern.
Um 9 1/2 Uhr: **Gr. Variété.**
Brothers Godart, Gebr. Kasper, Louise Bouwmeester, die kleine holländische Bistolenvirtuosin, und Hella Collier, Chansonette comique, Allererste Kunstkräfte.
Sämtlich neu für Berlin.
Um 10 Uhr:
Pladderadautz.
Berliner Rückblicke in Wort und Bild.
Entrée 50 Pf. bis 8 M.

Brockhaus, Meyer's Lexikon, Brohm's Thierleben, Klassiker, Bücher jed. Wissenschaft kauft **Antiquariat Kochstr. 56.**

Alexanderplatz-Theater.
Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Aufzügen von Wilh. Friedhold.
Anfang 8 Uhr.
(Bons haben Stillezeit.)
Morgen, Sonntag, Nachmittag 4 Uhr:
Eislein deck' dich, Esel deck' dich, Müppel aus dem Sack.
Zauberermählung mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Eugen Prudens.
Abends 8 Uhr:
Ohne sittlichen Halt.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Gilok.
Signor Bernardi
„Il Camaleonte“.
Mlle. Fougère
die Unübertreffliche.
Ducieux und Giralduc.
Robert Steidl. 7 Troubadours u. s. w., u. s. w., u. s. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Flora
Palmen - Garten und Thierpark Charlottenburg.
Sente, Sonnabend, 10. Oktober:
Einmaliges Gastspiel der **Budapest. Operett.-Gesellschaft.**
Kassen-Nachzahlungspreise: Loge 2 M., 1. Parquet 1,50 M., 2. Parquet 1 M., Reservirter Platz 75 Pf. Entrée 50 Pf. Anfang 7/8 Uhr. Kassen-Eröffnung 1/2 7 Uhr.
Entrée zum Park, Palmenhaus u. d. Thiergarten 50 Pf. Kinder 25 Pf. Mit der Pferdebahn ab Kupfergraben, Röhrenplatz oder Pausstr.-Wilhelmsplatz 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Morgen Sonntag
Freie Fahrt nach Charlottenburg für alle Besucher des Flora-Etablissements, die sich bei den Schaffnern der Charlottenburger Straßenbahn ein Entrée-Billet zum Preise von 50 Pf., Kinder 50 Pf. lösen. 881b

Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53.
City-Passage
Das Riesen-Oktoberprogramm enthaltend 14 Sensationsnummern
Li-Hung-Chang!
Das Neueste vom Neuen!
Margarethe Nasarowska.
Josephine von der Heilsarmee.
Miss Ara. The two Gomez.
Lotte Sieger. 3 Bollini.
Adelaide und Erich u. s. w.
Anfang. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf.
R. Winkler.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Sonnabend, 10. Oktober 1896, Abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Sensationeller Erfolg!
Millennium, Bilder a. Ungaru.
Außerdem: Zum 1. Male: Alt-Wien, Neu-Wien, gr. Divertissement, getanzt v. gesammten Corps de Ballet. Austr. des Herrn Eugen Salamonski. Conversano II, echt Lipizaner Schimmelhengst, dress. u. ger. v. Herrn Footitt-Burghardt. 8 russ. Fruchshengste und 6 Trakehner Hengste, abger. u. vorgef. vom Dir. Busch. Die Reitkünstlerin Sign. Thoresa, Miß Bliss mit dem sensationellen Auffschwung zur Decke an den Zähnen. Spezialitäten I. Ranges. Voriggl. Klowns.
Sonntag: 2 Vorstell. Nachm. 4 Uhr (ein Kind unter 10 Jahren frei) und abends 7 1/2 Uhr.
Ein Futter- u. Materialgeschäft billig zu verkaufen. Näheres bei **Eiserle, Liebenwalderstr. 48.**

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Großer Jubel herrscht über das **Neue riesengroße Oktober-Programm.**
Nur noch bis 18. Oktober:
Die urförmlichen Millards!
Die excentrischen Millons!
Die hochdramatische Schattenpantomime!
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. Reservirt 50 Pf.
Sonnabend, den 17. Oktober:
Wegen Privatfestlichkeit geschlossen.

Vogler's Casino
fr. Weltrestaurant, Dresdenstr. 97
Im vorderen Saal:
Tyroler Concert
Entree vollständig frei!
Im ersten Theateraal die unübertreffl. **Hamburger Sängers.**
Im zweiten Theateraal:
Variété u. Spezialitäten-Theater.
Auftreten v. Kunstkräften I. Ranges. Aufführung v. Poffen u. Singspielen. Anf. Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr.
Billards. 4 neue Regelbahnen.
Sorgf. gepf. Biere, anerf. gute Küche.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich: **Konzert, Theater-Vorstellung.**
Auftr. von Spezialitäten.
Künstler I. Ranges.
Karlhens Tante.
Schwank in 1 Akt von Schmalow.
Neu! Neu! Neu!
Berliner Konfektionensen.
Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Gerike. Wufft d. Schmidt.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach d. Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Elysium, Landsberger
5554L*) Jeden Sonntag:
Garten-Konzert u. Ball.
Für Vereine noch Sonnabende frei.
Bergstr. 74a speist jederbz. zu 80 u. 25 Pf.
Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrication, 26 Zigarren 1 Marl. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentafel 2 Pfd. 60 Pfg. 5023L*
H. F. Finslage,
Kottbusserstr. 4. Hof part.

Cohn's Hofenfabrik
und **Reiserhandlung**
befindet sich nicht mehr Ballisadenstr. 7 sondern u r r 5923L*
Pallisadenstr. 3.
Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hiltshke, gegründet 1872
Staligerstr. 13, Ecke Komirastraße am Kottbusser Thor. 5015P*

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Zehnjährig gefattet.
Frz. Müller, Alte Jakobstr. 65.
Meine seit 18 Jahr. bestehende Destillation ist f. 400 Zhr. sof. zu verk. Dalerland, Bellermannstr. 87. 885b
Keine Laden-Miethe, daher die denkbar billigsten Preise in Damen- und Herrenkleidern, vorzügliche Waare.
Wäschefabrik Blumenstr. 6, I.

Empf. d. Genossen mein Holz- u. Kohlengeschäft, Aug. Thomass, Oppelnerstr. 17. 882b
Bestelle mit Muschelansatz u. gr. Spiegel preiswerth zu verk. Rechel, Postoderstr. 48, v. 4 Tr. 885b
Mühlenstr. Nr. 8,
nahe Oberbaum, sind vom 1. Oktober eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche und eine Wohnung von 1 Stube und Küche billig zu vermieten. 5829L*
Der Verwalter.
Anst. Schlafstelle vermietet. Thiele-Sangestr. 10, Quergeb. part. 875b

Die englische Sozialdemokratie und die armenische Frage.

London, den 2. Oktober.

Die englische Sozialdemokratie hat sich in ihrer Mehrheit der Agitation gegen die Mißwirtschaft in der Türkei ablehnend, wenn nicht feindselig gegenübergestellt. Es ist ja begreiflich, daß eine Partei, deren spezielle Mission die Aufhebung und Bekämpfung der Mißwirtschaft dabei, im zivilisierten Europa ist, sich jeder Agitation kritisch gegenüberstellt, welche dazu geeignet ist, die Aufmerksamkeit des Volkes von dieser ab- und fernliegenden Angelegenheiten zuwenden. Eine kritische Haltung erscheint auch schon deshalb angezeigt, weil in der Agitation gegen das Sultan-Regiment die maßlosesten Übertreibungen und unfinnigsten Vorschläge aufgetischt werden. Was die radikale Londoner Presse in dieser Hinsicht geleistet, forderte wirklich den entschiedensten Widerspruch heraus. Diese Blätter übergläubigten den alten Gladstone noch. Wenn dieser von Howards aus die Donner seiner ungewöhnlich tiefempfundenen Entrüstung gegen den Sultan Abdul Hamid ertönen ließ, ihn der Mißwirtschaft an den Niedermehlungen der Armenier anlagte, so wurde im „Star“, „Chronicle“, „Sun“ u. s. w. der Kreuzzug gegen den Attila des 19. Jahrhunderts gepredigt; und wenn Gladstone in Liverpool den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Türkei empfahl, um dadurch einen nachhaltigen Druck auf den Sultan und das europäische Konzert auszuüben, so ward in jenen Blättern und von Rednern, die aus ihnen ihre Inspiration schöpften, schon der halben Welt der Krieg erklärt. Lord Rosebery, der als weiland Minister des Auswärtigen sich der Schwierigkeiten der Situation voll bewußt ist und daher abgelehnt hat, dem derzeitigen Inhaber der Stelle ins Handwerk zu pfuschen, wird vom „Chronicle“ mit ausgefuchter Gedächtnisartikeln — diese Zeitungsdemokratie gleicht dem Wilden, der seinen Fetisch in Stücke zerschlägt, wenn er nicht thut, wie er will oder es grade braucht. Das Rosebery in der Zurückhaltung übertrifft, ist freilich auch meine Ansicht. Als Führer der Opposition dürfte er schon etwas mehr aus sich herauszutreten, dem Bedürfnis seiner Partei nach Betätigung etwas mehr Rechnung tragen. Daß er jedoch in das Kriegsgeschrei des Heer-Street-Radikalismus nicht einstimmen möchte, wird man ihm nicht verargen können. Und ebenso forderte die Gefahr die Kritik der Sozialdemokratie heraus.

Diese hat nun in einer großen Versammlung im Rathsaal des Bezirks Holborn (östliches Mittel-London) ihren Ausdruck gefunden. Die Versammlung war von der Sozialdemokratischen Föderation einberufen und glänzend besucht. James Macdonald, der Sekretär des Londoner Trades-Council, präsidirte und Gynman hielt das Referat. Der Inhalt desselben, das mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde, reflektirt sich in folgender, von der Versammlung beschlossener Resolution:

Die Versammlung erklärt, hinsichtlich der Agitation wegen des Abschachtens von Armeniern in der Türkei, daß, während mit der Erneuerung der Jahrhunderte hindurch von Kriegen und anderen wilden Stämmen an den unglücklichen Armeniern verübten barbarischen Gewaltthaten beklagt und es bedauern, daß die europäischen Mächte zwei Generationen lang veräußert haben, die Durchführung der von der türkischen Regierung feierlich akzeptirten Vertragsbedingungen zu erzwingen, die den derselben unterworfenen Völkern Freiheit und Sicherheit gewährleisten — daß die Versammlung dennoch ernsthaft gegen die jetzt von blutrünstigen Religionsvertretern gemachten Versuche protestirt, Großbritannien in einen einseitig zu führenden Krieg für die unglücklichen Opfer hineinzutreiben, da es klar ist, daß solch unbedenkliches Vorgehen unvermeidlich Greuel über Europa herausbeschwören würde, noch weit größer als die, welche sie mit Recht in der Türkei verurtheilt. Die Versammlung brandmarkt ferner die Verdräher der, welche, unbelämmert um die schändlichen Verbrechen der russischen Regierung gegen Juden, Christen und russische Volksgenossen („Russian patriots“), dafür eintreten, daß die türkischen Völkerschaften in Europa und Asien dem Schrecken moskowitzcher Tyrannei ausgeliefert werden.

Des ferneren beschwört die Versammlung die Arbeiter Großbritanniens, im Auge zu behalten, daß dieselben Leute, welche jetzt über die armenischen Greuel schreien und heulen, gegenüber den massenhaften Abschachtungen von Sudanesen und Nabalais im Interesse der Kapitalisten- und Grundbesitzer-Lasse ebenso gleichgültig gewesen sind und noch sind, wie sie es gegenüber der Hungerrichtung von Kindern, der Auspressung und Vergiftung von Männern und Frauen und der abschlichen Degradation von Millionen unseres Volkes im Interesse derselben Klasse thaten. Die Versammlung richtet daher an alle Sozialisten und Demokraten den Mahnruf, dem wohlberathenen Versuch, durch hysterische Schwindelreden und ekelhafte Heuchelei das Volk irrezuführen und seine Aufmerksamkeit von den eigenen wichtigen Angelegenheiten abzulenken, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken.

Zieht man von dieser Resolution alles ab, was als Gegenregung gegen die Übertreibungen der Radikalen und gewisser Ranzelredner notwendigerweise selbst wieder Übertreibung ist, so wird man finden, daß in der Sache selbst die Resolution sich ebenso entschieden gegen die Fortdauer des jetzigen Regiments in der Türkei wendet, wie die Masse der bürgerlichen Gegner dieses Regiments. So erklärten auch Gynman und andere Redner, die in der Versammlung auftraten, ihre Sympathie mit den für ihre Nationalität sich wehrenden Armeniern. Ferner wurde die Verschleppungspolitik der Großmächte, das System, die Dinge stets bis zum äußersten kommen zu lassen, bis man die Hand rührt — das grundloslose Sichtreibenlassen — scharf gegeißelt. Für den status quo in der Türkei ist heute kein Mensch in England. Die Politik Disraelis, die Türkei — d. h. die ottomanische Regierung — als eine Schutzwehr gegen Rußland zu behandeln, ist selbst vom Groß der Konservativen aufgegeben. Lord Salisbury ist mindestens so antitürkisch gestimmt wie Rosebery, und womöglich auch wie Gladstone. Zwischen den beiden erstgenannten soll eine Art stiller Einvernehmen über die Behandlung der türkischen Angelegenheiten bestehen, vermittelt durch den Prinzen von Wales. Ist das Gerücht, das seit Wochen darüber herumfließt, richtig, — und die Thatsache, daß der Prinz, ehe er nach Balmoral ging, Rosebery besuchte, spricht jedenfalls nicht dagegen — so würde damit die Zurückhaltung des letzteren und noch manches andere erklärt sein. Es liegt auf der Hand, daß Salisbury dem Jaren gegenüber eine sehr viel bessere Position hatte, wenn er ihm Gewähr dafür bieten konnte, daß ein etwaiger Regierungswechsel in England keine Aenderung von dessen auswärtiger Politik bringen wird.

Kein Zweifel, daß Englands maßgebende Staatsmänner eine Annäherung resp. Verständigung mit Rußland suchen. Wenn diese nur dadurch zu erreichen ist, daß der schon sehr beschädigte Berliner Vertrag vollends zerrissen und der Vertrag von San Stefano in allen wesentlichen Punkten wiederhergestellt wird, so wird England wahrscheinlich darauf eingehen. Mit anderen Worten, es wird Rußland offiziell als die vornehmste Schutzmacht der christlichen Untertanen des Sultans an-

erkennen, ihm offiziell das Uebergewicht am Bosporus einzuräumen, das es de facto schon besitzt. Die Frage des nahen Orients wird nach den Wünschen der russischen Diplomatie geregelt, und man kann sich darauf verlassen, daß diese Regelung eine solche sein wird, die Rußland im voraus für spätere Konfliktfälle die Trümper sichert.

Ob England dabei der Hauptverlierer ist? Die meisten Engländer bezweifeln das. Es wird noch lange dauern, bis Rußlands Kriegsschiffe der englischen im Mittelmeer gefährlich werden kann. Auf Jahre und Jahrzehnte hinaus würden in einem Kriegsfalle die englischen Kriegsschiffe die russischen auszuweichen, nicht aber vor ihnen auszuweichen haben. Zudem erobert England nicht um der schönen Augen des Rhebove willen den Sudan. Es giebt kein vitales Interesse seines Weltreiches auf, wenn es darauf verzichtet, Rußland am Bosporus Steine in den Weg zu legen. Und auf dem Weltmarkt hat es noch auf lange hinaus in Rußland mehr einen Geschäftsfreund als einen Rivalen. Eine wirkliche Gefahr wird die beispiellose Machtstellung, die Rußland im europäischen Konzert heute einnimmt, das erhöhte Ansehen, mit dem es aus dem gegenwärtigen Handel herausgeht dagegen für seine Nachbarstaaten — eine Gefahr, die durch immer neue Zugeständnisse wohl zeitweilig verlagert, aber nicht vermindert sondern vergrößert wird. Hier kann man jedoch nur sagen: tu tunc vultu, Georges Dandin. Vor einem Menschenalter mochten ein Robbatus, ein Bassalle und andere davon träumen, daß das geeinte Deutschland dereinst die Erbschaft der Türkei antreten, dort europäische Kulturzustände schaffen werde — heute sind dergleichen Hoffnungen unmöglich. Es ist auch vielleicht nicht schade darum. Aber wenn statt dessen Rußland in Konstantinopel kommandirt, so ist das in erster Reihe das Verdienst der Staatskunst, deren Orakel im Sachsenwalde steht.

Für die Armenier im türkischen Kleinasien wird es ein nur mäßiger Gewinn sein, wenn sie aus der Gewalt der Kreaturen des Sultans unter die Schutzheerschaft Väterchens gelangen, darin haben unsere englischen Genossen sicher recht. Aber kann man es den ersten abel nehmen, wenn sie zur Noth selbst mit diesem mäßigen Gewinn zufrieden sind? Schließlich verspricht er ihnen doch das liebe Leben und ihr längliches Eigenthum, während sie heute selbst dessen nicht sicher sind. Und daß die Wahl nur noch zwischen Jari und Sultan steht, wenn ist dies wiederum geschuldet, als der mitteleuropäischen Diplomatie? So wird man den betreffenden Passus in der oben abgedruckten Resolution auch ihr oder vorzugsweise ihr zum Nachlesen empfehlen dürfen.

Unter dem 3. Oktober schreibt uns unser Londoner Korrespondent ferner: Nachdem ich über die Resolution der Sozialdemokratischen Föderation zur Agitation gegen die Mißwirtschaft in der Türkei berichtet, sei der Vollständigkeit halber auch die Resolution verzeichnet, welche die Nationale Exekutive der Independent Labour Party am 1. Oktober in einer Zusammenkunft in Bradford gefaßt hat. Sie lautet:

Indem der Exekutivrat darauf besteht, daß daheim wirtschaftliche Missethaten verübt werden, die in ihren Wirkungen und Erscheinungen genau so bedrückend sind, wie die Ausbrüche türkischer Brutalität, erkennt er doch an, daß England Armenien gegenüber bestimmte Vertragsverpflichtungen zu erfüllen hat; er beklagt die neuerlichen Verbrechen gegen die Gesehe der einfachsten Menschlichkeit, erklärt sich bereit, alle diejenigen ohne Unterschied der Partei, der Religion und der Nationalität zu unterstützen, welche dafür wirken, derartige Missethaten in der Zukunft zu verhindern, und drückt die Erwartung aus, daß die britische Regierung alles, was in ihrer Macht steht, anbieten wird, dieses Resultat herbeizuführen. Der Exekutivrat wünscht gleichzeitig seinem emphatischen Protest gegen die Massenmissethaten Ausdruck zu geben, die zur Zeit im Namen der britischen Regierung in Südafrika und dem Sudan verübt werden.

Dem Meeting im Hydepark, das morgen — am 4. Oktober — unter der Leitung des Londoner Trades-Council und der meisten Arbeiterabgeordneten im Parlament und Grasschaftsrath abgehalten werden wird, wird folgende Resolution unterbreitet werden:

Dieses Meeting giebt seinem tiefsten Abscheu über die fürchterlichen Missethaten und Gewaltthaten Ausdruck, die im türkischen Reich an wehrlosen Armeniern verübt worden sind. Es fordert die Regierung ihrer Majestät auf, erneuten und verstärkten Druck auf die europäischen Großmächte dahin auszuüben, daß durch unverzügliche, energische und vereinte Aktion dem Sultan endgiltig die Möglichkeit genommen werde, seinen blutigen Karneval länger fortzuführen, und es sichert der Regierung Ihrer Majestät die enthusiastische Unterstützung seitens der Londoner Bevölkerung für jeden Schritt zu, den sie behufs Vermeidung der heute die Menschheit entehrenden Tragödie ergreifen sollte.

Ein Zusatzantrag, der jede Aktion ausgeschlossen wissen wollte, die einen europäischen Krieg herbeiführen könne, fand in der Delegirtenversammlung, in der die vorstehende Resolution vereinbart wurde, nur drei Stimmen Unterstützung. Nach Ansicht vieler ist garnicht daran zu denken, daß die Bestandsmächte ein selbständiges Vorgehen Englands mit einer gemeinsamen Aktion gegen dasselbe beantworten werden. Vielmehr würden im gegebenen Moment die heut zurückgedrängten Interessengegensätze mit elementarer Gewalt sich geltend und jede gemeinsame Aktion gegen England solange unmöglich machen, als dieses sich jeder Aneignung türkischen Gebiets enthalte — eine etwas sehr optimistische Ansicht, die weder von den Führern der Konservativen noch von denen der Liberalen getheilt wird. Nur die Londoner radikale Presse geberdet sich so, als hätte England „nur Gott und sonst nichts auf der Welt“ zu fürchten. — Soweit unser Korrespondent.

Hier die drei Punkte:

Wir können mit den Ausführungen unseres Korrespondenten nicht in allen Theilen übereinstimmen. Zunächst glauben wir nicht, daß die englische Regierung bereit ist, den Russen die Türkei zu überlassen. Und des weitern glauben wir nicht, daß die christlichen Völker der Türkei sich unter dem Jaren besser befinden würden als unter dem Sultan. „Rebellische Untertanen“ werden von „Väterchen“ gewiß nicht sanfter behandelt wie vom Sultan, und wenn die wirklich Geächteten des polnischen Reichenseldes — Polen ist in der Resolution der Social Democratic Federation auffälligerweise nicht erwähnt — gezählt werden, so kommt sicherlich keine kleinere Zahl heraus, als wenn man die des armenischen und der übrigen türkischen Reichenselder zählt. Daß eine Stärkung der russischen Macht im Interesse der Kultur liegt, bezweifeln wir sehr; dagegen ist es ganz gewiß, daß der Sultan sie nicht mehr gefährden kann. Und was die Ueberlassung der Darbanelen an Rußland betrifft, so scheint unser Korrespondent die Tragweite doch zu unterschätzen. Die russische Flotte ist freilich für sich allein den Engländern im Mittelmeer nicht gefährlich, aber mit der französischen vereinigt könnte sie ihnen das egyptische Spiel doch arg verderben.

Soziale Rechtspflege.

Einen Streit um die Grenze des Arbeitsplatzes, der zwischen der Plätterin A. und ihrer Kollegin B. im Betriebe des Wäschefabrikanten Verendson ausgebrochen war, suchte die Direktrice durch ein Nachwort zu erledigen. Sie verlangte, daß Frau A. den von ihrer Mitarbeiterin benutzten Karton, den sie auf die Erde gefetzt hatte, auf dem Tisch dulde. In der Aufregung entfuhr der Zurechtgewiesenen der Ausruf: „Sie haben hier gar nichts zu sagen!“ Frau A. wurde noch an demselben Tage entlassen. Sie klagte dann beim Gewerbegericht gegen Herrn Verendson, indem sie beantragte, diesen wegen unberechtigter Entlassung zu einer Lohnentschädigung an sie zu verurtheilen. Im Termin vor der Kammer I des Gerichts behauptete der Beklagte, die Klägerin habe die Arbeit verweigert, was Frau A. entschieden bestritt. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Assessors Hellwig wies die Klage mit folgender Begründung ab: Die Aneignung, die die Klägerin der Direktrice gegenüber gethan habe, rechtfertige an und für sich schon die sofortige Entlassung. Es liege darin eine Verweigerung des Gehorsams; dem Arbeitgeber und dessen Stellvertreter gehorham zu sein, sei aber eine der ersten Pflichten jedes Arbeiters. Klägerin hätte sich nicht sträuben dürfen gegen das, was die Direktrice anordnete. — An diesem Urtheil ist anzusehen, daß keine beharrliche Weigerung festgestellt worden ist, während doch § 123 Nummer 3 der Gewerbe-Ordnung die Verweigerung „der den Arbeitern nach dem Arbeitsvertrage obliegenden Verpflichtungen“ nur insoweit als Entlassungsgrund gelten läßt, als sie eine beharrliche ist. Ferner verbietet die mit Bezug auf einen Arbeitsvertrag doch etwas sonderbare Betonung des Gehorsams, besonders wenn man bedenkt, wie oft das Zustandekommen des Arbeitsvertrages insolge „freier Vereinbarung“ hervorgehoben wird.

In der Frage, wie in Fabrikbetrieben der Arbeitsvertrag zustande kommt, hat die Kammer III des Gewerbegerichts in einer Entscheidung einen Standpunkt angenommen, der nicht übereinstimmt mit der von anderen Kammern vertretenen Auffassung, und aber richtiger zu sein scheint. Sie hat nämlich ausgesprochen, daß die gesetzlich für Fabrikbetriebe vorgeschriebene Arbeitsordnung nicht schon durch ihren bloßen Aushang rechtsverbindlich wird, sondern daß der Arbeiter darauf verwiesen werden muß, wenn er auf die in ihr enthaltenen Bedingungen verpflichtet werden soll. In dem Aushang an sich sieht die Kammer III nur eine einseitige Willenserklärung. Durch die fragliche Entscheidung ist das in letzter Zeit mehrfach aufgestellte sonderbare Prinzip beiseite geschoben worden, wonach in Fabriken durch den Aushang allein jede Arbeitsordnung verbindlich wird, die so hängt, daß sie der Arbeiter findet, wenn er sich danach umthut. Natürlich war ihre Verbarkeit vorausgesetzt worden.

Thätlichkeiten zwischen Mitarbeitern berechnen nicht zur sofortigen Entlassung. So hat die Kammer VI des Gewerbegerichts in der Klagesache des Wäders R. gegen die Inhaber einer größeren Bäckerei entschieden. Der Kläger verlangte eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung, wogegen der Vertreter der Beklagten geltend machte, daß die Entlassung erfolgt sei, weil R. einen seiner Kollegen während der Arbeitszeit blutig geschlagen habe. Nach den Angaben von Augenzeugen habe der Kläger den Streit zwischen sich und dem anderen veranlaßt und auch zuerst zugesagt. Der Gerichtshof, dem Assessor Krause vorsah, hielt es für überflüssig, zu untersuchen, ob diese Angaben zuträfen. Er verurtheilte die Beklagten mit der Begründung, daß die Gewerbe-Ordnung keine Vorschrift enthalte, nach der Thätlichkeiten zwischen gleichberechtigten Arbeitern, auch wenn sie im Betriebe vorkämen, als ein Entlassungsgrund angesehen werden könnten.

Gerichts-Beilage.

Daß niemand ungekrast unter Palmen wandeln darf, schen die Polizei dem Schankwirth Hahn durch mehrere Strafmandate zu Gemüthe führen zu wollen. Hahn betreibt in der Friedrichstraße ein Schankgeschäft mit Damenbedienung. Zur Ausschmückung seines Lokals hat er in dem Mittelgang desselben auf beiden Seiten in gewissen Entfernungen künstliche Palmen aufgestellt und zwischen diesen und den Wandpfeilern durchbrochene Weinspalieren mit künstlichen Weinranken behangen. Das Polizeipräsidium erblickte in dieser Ausschmückung des Lokals einen Verstoß gegen den § 3 der Verordnung vom 27. Juli 1892 über die Damenbedienungslokale, weil die durch die geschilderte Ausschmückung gebildeten Nischen den freien Ein- und Ausblick im Lokale verhinderten.

Einen weiteren Verstoß gegen diese Verordnung sollte Hahn dadurch begangen haben, daß er seine Kellnerinnen zu auffälliger Kleidung trage lasse. Er trug gegen sämtliche ihm zugewandene Strafmandate auf richterliche Entscheidung an. Im gezeigten Termin vor dem Schöffengericht brachte der Verteidiger des Angeklagten, H. A. Dr. Schöps, eines der Weinspalieren, welche das Lokal schmücken, zur Stelle. Er zeigte dem Gerichtshof an demselben, daß in dem schon an sich sehr schmalen und kleinen Lokale durch dergartiger niedrige, kaum die halbe Wandhöhe erreichende, durchsichtige Spalieren und durch die aufgestellten Palmen der freie Ein- und Ausblick in keiner Weise behindert werde. Die Kostüme der Kellnerinnen seien die der Radfahrerinnen, bis an den Hals geschlossen und bis über die Fußgelenke reichend. Wenn sich die Damen der vornehmsten Gesellschaft in dergartigen Kostümen auf der Straße zeigten, ohne Anstoß zu erregen, werde es auch wohl einer Kellnerin erlaubt sein, sie in geschlossenen Räumen zu tragen. Der Verteidiger stellte zwei Kellnerinnen in diesem Kostüme vor.

Der Gerichtshof vermochte sich ebenfalls nicht der Ansicht der Polizeibehörde anzuschließen und fällt ein freisprechendes Urtheil.

Eilte Saule auf Kolportage. In dem Verlage des Buchhändlers Bartels erscheint eine Druckschrift unter dem Titel „Eilte Saule oder das Schicksal des Dr. Steinthal, Sensationsroman aus dem Leben.“ Auf eine Anfrage von Bartels theilte ihm das Polizeipräsidium mit, daß auf grund des § 56 Ziffer 10 der Reichs-Gewerbe-Ordnung die Druckschrift von dem Heilbeten im Umherziehen und von dem Kolportagehandel ausgeschlossen sei. Hiergegen wendete sich Bartels mit der Klage. Das Polizeipräsidium legte in der Klagebeantwortung dar, wie durch die ausführliche Schilderung fittlich anstößiger Verhältnisse der Inhalt der Druckschrift auf die Vorstellung der Bevölkerungslaffen, für die sie bestimmt sei, in verderblicher Weise wirke und somit in fittlicher Beziehung Aergerniß erzeuge. Der Bezirksauschuß erkannte auf Abweisung der Klage.

Gesundheit und Gericht. Von einem merkwürdigen Prozeß berichtet die „Volks-Zeitung“: Ein Fleischer B. hatte im Schlachthaus die bekannte Polizeiverordnung übertreten, welche jede Verunreinigung dieses Ortes verbietet. B. behauptete, ein Verden zu haben, welches ihn gerade an jenem Tage berart gepeinigt habe, daß es ihm unmöglich gewesen sei, noch rechtzeitig einen

erlaubten Ort zu erreichen. Das Schöffengericht verurtheilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Auf seine Berufung sprach ihn aber die Strafkammer frei, nachdem ärztlich festgestellt worden war, daß B. in der That einen Blasenkatarrh hatte. Von Uebermuth könne hier nicht die Rede sein. B. habe sich im Nothstande befunden. Die Staatsanwaltschaft erhob nunmehr Revision und erklärte einen Nothstand für nicht erwiesen. B. hätte sich nur dann nicht strafbar gemacht, wenn er seine strafbare Handlung in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Nothstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben begangen hätte. Das Kammergericht trat der Auffassung der Staatsanwaltschaft bei und wies die Sache an die Vorinstanz zurück, da aus den Feststellungen des Vorderrichters nicht ersichtlich sei, ob für den Angeklagten zur Zeit eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben vorhanden war.

Wie ein christlicher Mann zum Dieb wird. Aus Mainz wird uns geschrieben: Der Gemeindediener Johann Ried zu Ebersheim in Rheinhesen hat im Jahre 1895 und 1896 von der Gemeinde Beträge in der Höhe von 610 M. zur Bezahlung von Arzt- und Apothekerrechnungen erhalten. Er behielt das Geld und verbrauchte es für sich. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts hat ihn deshalb heute zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Angeklagte eine zahlreiche Familie hat und durch Krankheit schwer bedrängt war. Dabei hatte er ein Jahresgehalt von sage und schreibe einhundertundzwanzig Mark! O beste der Welten!

Versammlungen.

Vier öffentliche Maurer-Versammlungen waren zum Donnerstag für alle Stadttheile von der Lohnkommission einberufen, die sich mit der Tagesordnung zu beschäftigen hatten: „Wie stellen sich die Maurer Berlins zu dem Bestreben der Unternehmer, die Arbeit vor 7 Uhr zu beginnen?“ — Bei Keller, Koppenstraße, wo der Besuch ein guter war, referirte das Mitglied der Lohnkommission A. Richter. Die der Redner anführte, versuchten die Unternehmer durch allerlei Mittelchen die von den Maurern errungenen Vorteile der letzten Lohnbewegung wieder illusorisch zu machen und die früheren Zustände wieder herzustellen. Insbesondere soll in bezug auf die Arbeitszeit, wie das von den Unternehmern verbreitete Fiktular besagt, eine Aenderung eintreten. Mit der Motivierung, daß es abends frühzeitig finstern wird, will man die Maurer veranlassen, bereits vor 7 Uhr anzufangen, andererseits wird versucht, durch die Verkürzung oder Abänderung der Pausen eine längere Arbeitszeit zu erzielen. Auf denjenigen Bauten, wo die Kollegen Energie genug besaßen und Widerstand gegen die Durchbrechung der am 17. April gefassten Beschlüsse leisteten, wurde eine derartige Anforderung nach einer halb- bis zweistündigen Arbeitsruhe wieder rückgängig gemacht, hingegen auf anderen Bauten, wo dies nicht der Fall war, mit der Verlängerung der Arbeitszeit auch eine Reduzierung des Lohnes vorgenommen, so daß auf Bauten, wo 55 Pf. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit bezahlt wurden, jetzt 50 Pf. bei zehnstündiger Arbeits-

zeit berechnet werden. Auch in bezug auf die Banduben, fährt der Redner an, sind noch sehr viele Mißstände vorhanden, unter denen die Arbeiter speziell im Herbst bei den unbeständigen Witterungsverhältnissen zu leiden haben. Die große Arbeitslosigkeit der letzten vier Wochen wühlten die Unternehmer nach jeder Richtung hin für sich auszunutzen und verlangten ein Arbeitspensum geleistet, das bei der größten Anstrengung nicht fertig zu stellen war. Der Redner, der darauf hinwies, daß die Konjunktur gegenwärtig wieder eine bessere sei und mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, forderte die Anwesenden auf, für die Aufrechterhaltung der seiner Zeit gefassten Beschlüsse zu wirken und den Organisationen beizutreten, die, trotzdem, daß sich 3500 Kollegen im Besitz von Arbeitsberechtigungs-Karten befinden und ihren Verpflichtungen auch in finanzieller Beziehung gegenüber der Lohnbewegung nachgekommen sind, noch vielfach vernachlässigt werden. In der darauffolgenden Diskussion, an der sich Bilecke, Dietrich, Knüpchen, Dalske, Jentsch und Richter beteiligten, wurden eine ganze Reihe von Uebelständen auf den verschiedenen Bauten vorgebracht, die, wie von einigen Rednern behauptet wurde, durch die eigene Schuld der Kollegen in letzter Zeit wieder eingetreten sind. In Zehlendorf wird bei einer Firma, die auf ihren Berliner Bauten die neunstündige Arbeitszeit bewilligt hat, bereits um 8 Uhr angefangen, so daß die ca. 50 dortselbst beschäftigten Berliner Maurer, die um 8 Uhr abends nach Hause kommen, schon um 4 Uhr morgens aufstehen müssen, um wieder zur rechten Zeit auf dem Bau zu sein. Von allen Rednern wurde aufgefodert, jeder Abweichung von der Resolution entgegen zu treten, die Sammlungen in der bisherigen Weise fortzusetzen, damit den Absichten der Unternehmer, den Neunstundentag sowie die anderen Errungenschaften der Maurer illusorisch zu machen, zu jeder Zeit ein Parollos gegeben werden kann. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestirt entschieden gegen das Verfahren einzelner Unternehmer, morgens vor 7 Uhr anzufangen zu lassen, indem sie hierbei eine Durchbrechung des Neunstundentages erblickt. Die Versammlung beauftragt die Kommission, auch weiter für die neunstündige Arbeitszeit Propaganda zu machen und dafür zu agitiren, daß auch im Frühjahr die Arbeit nicht vor 7 Uhr aufgenommen wird.“ Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 6. Oktober, im „Englischen Garten“ eine Mitglieder-Versammlung des Vereins stattfindet und weiter mitgeteilt, daß das Bureau von jetzt ab Sonntags nicht mehr geöffnet ist.

In der Versammlung im Königshof, Bälowsstraße, referirte Maurer Frische. Nachdem Redner einen Rückblick auf die Entwicklung der Organisation geworfen hatte, kam er auf die letzten Kämpfe im Maurergewerbe zu sprechen, wobei er sich sehr entschieden für die Innehaltung der errungenen Arbeitszeit aussprach und die Anwesenden in lebhafter Weise aufforderte, die von den Unternehmern geplanten Machinationen durch ein einmütiges Handeln illusorisch zu machen. Eine Anzahl Berufsangehöriger hat bereits auf diesem Wege das Verlangen der Unternehmer erfolgreich zurückgewiesen, während leider bei einigen jedes Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Widerstandes gegen die Zumuthungen der Arbeitgeber vollständig fehlt. In der Diskussion kamen

Meinungsverschiedenheiten nicht zu Tage und gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in der sich die Anwesenden verpflichteten, die Beschlüsse, die im Feenpalast am 17. April gefasst wurden, strikte inne zu halten.

Die Versammlung in Ahrens' Brauerei, Moabit, war gut besucht. Einleitend führte Rater aus, es sei kein gutes Zeichen für die Maurer, daß eine derartige Frage überhaupt noch einmal auf die Tagesordnung einer Versammlung gesetzt werden mußte, und gebiet in scharfen Worten die Interesslosigkeit derjenigen, welche da glauben, jetzt schalten und walten zu können, wie es jedem beliebt. Denn es sei festgestellt, daß die ersten Versuche, den Beginn der Arbeitszeit auf 1/2 Uhr zu verlegen, zumißt von den Arbeitern und nicht von den Unternehmern ausgegangen seien. Soll es also nicht wieder so gehen, wie nach dem Streik 1889, so muß eine scharfe Kontrolle darauf verwendet werden, daß uns unsere Errungenschaften erhalten bleiben. An das Referat knüpfte sich eine sehr ausgedehnte und lebhafte Diskussion, welche sich durchweg in demselben Rahmen bewegte und ihren Abschluß durch Annahme einer Resolution fand, in welcher die Versammlung gegen die Maßnahmen, namentlich gegen das Durchschreiben der Unternehmer energischen Protest erhebt und sich verpflichtet, unter allen Umständen an sämtlichen Errungenschaften fest zu halten. Ferner sollen die Arbeitsberechtigungskarten derjenigen für ungültig erklärt werden, welche auch noch weiterhin die Beschlüsse vom April d. J. durchbrechen. Eine weitere Resolution, daß die auf Zehnstundenbauten Arbeitenden die Arbeit niederlegen sollen, wurde abgelehnt.

Die Versammlung im Suiwemünder Gesellschaftshaus zeigte gleichfalls einen guten Besuch und hatte hier Silber Schmidt das Referat übernommen. In der Versammlung herrschte eine einmütige Stimmung gegen die von den Unternehmern beabsichtigten Bestrebungen, die von den Arbeitern errungenen Vorteile freitig zu machen. In einer Resolution entschied man sich hierauf im gleichen Sinne, wie in den vorausgegangenen Versammlungen.

Arbeiter-Bildungsschule. Südost-Schule, Waldemarstraße 14: G. eschlaffen. Wiedereröffnung Mitte Oktober. — Nord-Schule, Müllerstr. 179a: G. eschlaffen. Wiedereröffnung: Anfang Oktober. — Brunnenstraße 25, vorher Hofstraße 1 Tr. Bei allen Unterrichtsstunden werden neue Teilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Arbeiter-Fingerring und Umgehend. Vorsitzender: Ad. Neumann, Hofenwallerstr. 2. Alle Aenderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Friedrich Körner, Mauersfelderstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Maschinenbauverein und Umgehend. Aenderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an: Karl Müller, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1 Tr.

Hand der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgehend. Wie Aufschreiben, den Bund betreffend, sind zu richten an: Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177 a.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 11. Oktbr., vorm. 9 1/2 Uhr, Rosenhalestr. 25: Versammlung, „Freiwillige Bauektion“. Um 10 1/2 Uhr vorm. ebenfalls Vortrag des Herrn G. Bogner über: „Schiller und die religiöse Frage“.

Verbands-Verein „Kuhle Seelen“. Centre, abends 8 1/2 Uhr, Reichensbergerstr. 10: Sitzung. Morgen, abends 8 1/2 Uhr: Gesellschaftsabend.

Zentralverein der Porenangehörigen Deutschlands. Centre, abends 8 1/2 Uhr, bei Wobler, Rosenhalestr. 57: Vortrag des Herrn Dr. West über: „Berufsangehöriger unter Berücksichtigung des eigenen Berufs. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.“

Belle-Alliance-Theater.

Sonntag, den 11. Oktober 1896, nachmittags 2 1/2 Uhr: Volksvorstellung unter Regie von Julius Türk.

Zum letzten Male: **Rabale und Liebe.** Bürgerliches Trauerspiel von Fr. Schiller.

Die Vorstellung beginnt um 3 Uhr. Die Verlosung. Eintrittskarten à 60 Pf. sind in folgenden Jobstücken zu haben:

- N.: Boyer, Veteranenstraße 18; Kehnert, Diederhofenerstraße 8; Winkelmann, Adersfr. 153; Blocke, Voßringersfr. 67; Hinze, Panstr. 14a; Vogel, Demminstraße 62. NO.: Niemeyer, Weberstr. 19; Raul, Barnimstr. 42. O.: Wilke, Andreasstr. 28; Kothe, Koppenstr. 90; Böhl, Frankfurter Allee 74; Hoffmann, Blumenstr. 14. SO.: Nicolas, Staltheimerstr. 107; Bühlert, Mariannenstraße 5; Tolksdorf, Sorauerstr. 17. Ode Odehlerstraße; Moritz, Mantensfelstraße 69; Scholz, Brangelstr. 32. S.: Gähleke, Geißestr. 99; Schulz, Admiralsfr. 40a; Börner, Ritterstr. 15; Baake, City-Passage, Dresdenerstr. 52/53. SW.: Ochs, Lindenstr. 59; Windhorst, Junkerstr. 1; Böttger, Rosenerstr. 21. W.: Fallor, Poststraße 16; Behrend, Blumenthalstraße 5. NW. (Moabit): Roddemann, Brühlwallerstr. 3. C.: Löwenberg, Neue Schönhauserstr. 18; Horsch, Gipsstraße 27; Scheithauer, Rosenhalestr. 64.

Sonntag, den 18. Oktober, zum ersten Male: **Komödie der Liebe.**

Der Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute feiert sein diesjähriges

Herbst-Bergnügen

am Sonnabend, den 17. Oktober in Jost's Festsaal, Andreasstraße 21, wozu die Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden, recht zahlreich zu erscheinen. Während der Pausen wird die Theatergesellschaft Styrlawitz für Unterhaltungen Sorge tragen.

Billets für Herren à 50 Pf., für Damen à 25 Pf. sind bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern vorher zu haben: Alebb, Mariendorferstr. 2, Seitenfr. 4 Tr.; Menzel, Frankfurter Allee 147; Schulz, Pappel-Allee 5a, Quergeb. 3 Tr.; Kraft, Graunstr. 12, rechter Ausgang 3 Tr.; Sawang, Weizenerstr. 24, v. 3 Tr.; Brunzel, Wilsnackerstr. 61, Stf. 3 Tr.; Vogt, Schwedterstr. 22, Quergeb. 3 Tr.; Schneider, Plan-Wer 31, Hof 2 Tr.; Petermann, Reinickendorferstr. 65, v. 4 Tr. Außerdem bei den Herren Bandelow, Bangestr. 18, im Restaurant; und Schmidt, Münchebergerstr. 29, im Restaurant.

Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee. J. A.: August Alebb, Mariendorferstr. 2.

Achtung! Verein der Former.

Den Mitgliedern und Freunden des Vereins zur Nachricht, daß die diesjährige

Wohlthätigkeits-Matinee

zum besten hilfsbedürftiger kranker Kollegen, wie für die Kinder verorbener Mitglieder als Weihnachts-Unterstützung am 18. Oktober d. J., vormittags 11 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstrassen Ecke, stattfindet.

Billets sind noch bei folgenden Kollegen zu haben: Grünwacker, Beusselstr. 8a. Friedrich, Urbanstr. 111. Gablen, Naunynstr. 14. Morath, Hleberstr. 1. Schröder, Voßringersfr. 83. Adam, Wälderstr. 16. Brendel, Hermannstr. 54. Schubert, Hamlerstr. 14. Schneider, Bergstr. 148, Nixdorf, und beim Vorsitzenden H. Newes, Brangelstr. 68. In anbetragt der guten Sache, und da uns ein gutes Programm versprochen, bitten wir um recht rege Theilnahme.

Der Vorstand. J. A.: H. B. Newes.

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26.

ochten alten Nordhäuser Bitter M. J., 1/2 L. M. 0,50, extra alte Waare „1,40, „ „ 0,70. Kleinverkauf von 10 Pf. an.

Pichelswerder.

Empfehle den geehrten Herren und Damen meine Winter-Lokalitäten, gute Speisen und Getränke stets vorrätzig. Es ladet ein Der alte Freund.

Nothbärte, Stück 50 Pf. Vogelhandl. von Schmidt, ehem. Redtmann, Kleine Andreasstr. 8. 871b

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Versilberer auf Parodonten werden verlangt. Neumann, Hennig & Co., SO. Zeughofstr. 21.

Tüchtige Parodont-Vergolder auf gute Parodonten verlangt Neumann, Hennig & Co., SO. Zeughofstr. 21.

Tüchtiger Feilen Schleifer

(deutsch) für neue und gehobelte Feilen bei gutem Verdienst findet dauernde Stellung.

Ed. Maegdefrau, Pankow-Berlin, Damerowstr. 6-7.

Für's Ausland

gesucht perfecter Dreher für kleinere Theile, muß auch feilen können. Off. sub S. 5 bef. die Exped. d. Btg. 859b

Tüchtige Kürschnergejellen

gegen hohen Lohn verlangt im Hause Louis Gaudowit, Neue Königl. 85.

Parteigenosse, 24 Jahre

alt, welcher bereits bei Parteizugang als Redakteur thätig war, sucht Stelle in Redaktion oder auch Expedition einer Parteizeitung. Höhere Auskunst erteilt Wilh. Pfannkuch, Hamburg-Eimsbüttel u. E. Krumm in Glosion.

Versilberer verlangt Admiralsfr. 7.

Tüchtiger gewandter Nagler verl. R. Steffen Nachf., S.O., Forsterstraße Nr. 54.

Stempel-Sezer.

Ein Schriftsezer, der mit dem Sezen, Herstellen von Matrizen und dem Vulkanisiren von Gummiempfel-Platten vollständig vertraut ist, wird bei gutem Lohn sofort verlangt. 880b H. Bernert, Kastanien-Allee 40.

Packer für Goldleisten verlangen Hugo Rante u. Co., Fichtestr. 3.

Verf. v. Müller, Nixd., Schwedterstr. 27

Simsmacher,

zirka 50 Mann, werden bei Bekannter Lohn sofort verlangt und finden dauernde Beschäftigung auf Mücke's Werke, Lindow i. d. Mark, Bahnhofsstation. Fahrpreis hin u. zurück 2,20 M.

Ein Klavierspieler wird verlangt Frankfurter Allee 3.

Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Verkaufshauses M. Grünberg Nacht, Müllerstr. 181, bei.

Posamentirer.

Sonntag, 11. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei Herrn Keller, Koppenstr. 29: 158/1

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Umfrage betr. der Lohnbewegung und welche Schritte thun wir jetzt. 2. Bericht des Gewerkschaftsleitenden. 3. Wahl des Vertrauensmannes. 4. Wie gewinnen wir die Arbeiterinnen für unsere Organisation? Der Einberufer.

Weihnachts-Ausstellung

verbunden mit grossem

Weihnachtsmarkt

vom 1. bis 31. Dezember d. J.

im Messpalast, Alexandrinenstrasse 110.

Anmeldungen werden im Bureau des Messpalastes Zimmer No. 16 part. vorm. 9-1 und nachm. 3-7 entgegengenommen.

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren

Waare. Franz Tutzauer Tischlermeister, Blücherstr. 14. Ganze Wohnungseinrichtungen in Nussbaum u. Mahagoni zu soliden Preisen.

Deutscher Portier.

Deffert u. Maszkrastbier I. Ranges. Brauerei Burghalter, Potsdam, begr. 1736, bef. f. Blutarme, Brustkr., Weichl., Böchn., Reflow. u. d. leicht verdauml., nahrh. kalte Bier. — Ist blutbild., besch. best. Gesichtsfarbe u. Gewichtszun. überrasch. 14 Bl. drei, 50 Bl. zehn M. egl. In Geb. (1/4, 1/8, 1/16) z. Selbstfab. wesentlich billiger. Allein. Verkaufsst. f. Berlin u. Prov.: Portierkellerei Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152. Nicht Flaschenzahl — Qualität entscheidet!

M. J. Hahlo, Patentanwalt,

Berlin NW., Karlstrasse 8. Patentsachsuchung und Verwerthung. [58242] Rath, Zukunft und Konferenzen kostenfrei. Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Jede Uhr

repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Grobes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Binocles. Carl Lux, Uhrmacher, 35, Chaussee-Strasse 35.

Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Verleih-Institut L. Figner, 1228* Neue Königl. 17. Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

Verband aller in der Metall-Industrie
beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgeg.
Achtung! Gürtler, Drüder und Berufsgenossen.
Der Vorstand bei der Firma
Paul Stabernack, Lindenstraße 70,
dauert unverändert fort. Die Firma Schrammer, Rixdorf, hat ihre Be-
willigung zurückgezogen. Zutritt ist fernzuhalten.
110/12 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Berlin.)
Bezirks-Versammlung:
Friedrichsberg und Himmelsburg: Montag, den 12. Oktober, abends
Heinocke, Friedrich-Karlsstraße Nr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.

Branchen-Versammlung der Drechsler
am Montag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstraße Nr. 27c.
Tages-Ordnung:
1. Unsere letzte Lohnbewegung und wie halten wir das Erreungene fest?
2. Die Maßnahmen der Arbeitgeber und welche Bedeutung legen wir den-
selben bei? 3. Neuwahl zur Werkstatt-Kontrollkommission. 77/20
Das Erscheinen eines jeden Drechslers ist unbedingt notwendig.

Verband der Möbelpolierer!
Heute Abend, 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstrasse 29,
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, Kassiers u. f. w. 2. Wahl. 3. Anträge.
4. Verschiedenes. 145/5
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen und Mitglieds-
buch oder Karte mitzubringen; ferner sämtliche ihnen bekannte Werkstellen
mit Namen, Straße und Nummer anzuschreiben und abzugeben.

Montag Abend 8 Uhr, Badstrasse 12,
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Weholl: „Ist die Hin-
richtung eine gerechte Abhandlung?“ 2. Diskussion. 3. Ausgabe von Büllets
zum Stiftungsfest und Urantia. 4. Werkstellen-Angelegenheiten und Ver-
schiedenes.
Die Kollegen von Hausen, Brunnenstraße, sind hiermit besonders
eingeladen.

Das 11. Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 17. Oktober, in
Keller's Festsaal statt. Das Konzert wird von Zivil-Bernsmustern aus-
geführt. Austritten der Gesellschaft „Ergelwitz“. Zur Ausführung gelangt:
Ein Zimmer zu vermieten, oder: Für immer kurzirt. Prolog, ge-
sprochen von Fräulein Held. Festrede, gehalten vom Kollegen G. Reuter.
Zum Schluss das lebende Bild: Der Sieg der Freiheit, ausgeführt von
Mitgliedern des Verbandes unter gütiger Mitwirkung des Karthaus'schen
Gesangvereins. Während der Vorstellung im Speisesaal, nach der Vor-
stellung in beiden Sälen Tanz. Büllets für Damen 30 Pf., Herren 50 Pf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Leder- und Galanterie-Arbeiter und
-Arbeiterinnen (Portefeuillier).
Montag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des
Herrn Große, Auenstraße 16:
Große Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Neuwahl derselben. 3. Gewer-
schaftliches. — Um zahlreiches Besuch dieser Versammlung ersuchen
Die Vertrauensleute.
J. A.: Eugen Brückner, Memelerstr. 58, pt.
Ehrenpflicht aller Kollegen ist es, die Sperre über folgende Werk-
stellen zu beachten: H. Brasemann, Melchiorstraße 7; Loth & Weiland,
Dresdenerstraße 88/89; Heymann & Co., Dresdenerstraße 82/83; Forns-
mann, Schmidtstr. 15.

Bauhandwerker - Krankenkasse
für Berlin u. Umgegend. (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.)
Ausserordentl. Generalversammlung
am Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr,
im Saale des Herrn Gründel, Brunnenstraße 188,
nahe am Rosenthaler Thor.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassiers vom 3. Quartal 1896,
sowie Revisionsbericht. 2. Der Beschluss der letzten Versammlung betreffs Ab-
änderung des § 8 Abs. 4 des Statuts, den monatlichen Beitrag von 2,40 M.
auf 2,20 M. zu reduzieren, und Streichung des Abs. 5, Extratruer. 3. Ab-
änderung des eingereichten Statuts der Mitglieder- und Frauen-Sterbelasse,
welches von seiten der Behörde beanstandet wurde. 4. Innere Kassen-
angelegenheiten. 261/1
NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.
J. A.: Der Vorstand. D. Mehlke, Oberbergerstr. 10.

Achtung! **Chirurgische Branche.** **Achtung!**
Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Gründel,
Brunnenstraße 188,
Öffentliche Versammlung
aller in der chirurgischen Branche besch. Berufsgenossen.
Tages-Ordnung: 1. Was lehren uns die Streiks? Referent: Genosse
Blauroth. 2. Abrechnung und Neuwahl des Vertrauensmannes. 3. Wie
stellen sich die Kollegen zum Kongress der totalorganisierten Gewerkschaften
Deutschlands? 4. Verschiedenes. 148/1
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Buchbinder.
In folgenden Werkstellen befinden sich die Kollegen noch im Ausstände:
Frensch, Wallstr. 11. Leo Simon, Spandauerstr. 72. Carl
Rehlin, Engel-Ufer 3. Imberg u. Lesson, Alte Jakobstraße 64a.
Bernh. Paul, Wilhelmstraße 22a. Wägenstein, Friedrichstraße 240.
H. Weichert, Andreasstr. 32. Aug. Meimann, Mauerstr. 53. Gebr.
Grunert, Junkerstr. 16. Friz Wegner, Prinzessinnenstr. 26. Gerh.
Charlottenburg, Wilmsdorferstraße 32. — Zutritt ist streng fernzuhalten!
28/6 **Die Lohnkommission.**

Todes-Anzeige.
Nach kurzem Krankenlager verschied
am Donnerstag früh 7 1/4 Uhr die Gast-
wirthin und Herbergsmutter
Friederike Roiffe
geb. Hamm im 70. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Montag,
nachmittags 2 Uhr, vom Leichenhause,
Krausenstr. 11, aus statt. 870b

Todes-Anzeige.
Zentral-Kranken- u. Sterbelasse
der Tischler u.
(Verwaltung Berlin B.)
Am 9. d. M. starb unser Mitglied
Albert Gahn.
Die Beerdigung findet am Montag
Nachmittag um 3 Uhr von der Leichen-
halle des Jakob-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
181/1 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten hier-
mit zur Nachricht, daß unser Mitglied
L. Lüdecke.
im Alter von 49 Jahren am Mittwoch,
den 7. d. M., abends 8 Uhr, sanft
entschlafen ist. 264/2
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 11., vom Trauerhause, Graubenz-
straße 10, aus statt.
Der Vorstand.
des Reichklubs Nord-Osten, Berlin.

Am Mittwoch, den 7. Oktober,
früh 4 Uhr, entschlief sanft meine
inniggeliebte Frau
Friederike Gniss
geb. Sagerl.
Dies zeigt betrübt allen Freun-
den und Bekannten mit der Bitte
um stille Theilnahme hiermit er-
gebenst an
Der trauernde Gatte
Albert Gniss.
Berlin, den 9. Oktober 1896.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 11. Oktbr., nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Georgen-Kirchhofes in der Lands-
berger Allee statt. 878b

Orts-Frankenkasse
d. Bergolder u. Berufsgenossen.
Bekanntmachung.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
die in der außerordentlichen General-
versammlung vom 15. Juli d. J. be-
schlossene vierte Statutenänderung,
betreffend die §§ 5, 14, 24, 26 und 27,
in denen das Wort Kassenarzt in
Vereinsarzt umgeändert ist, unterm
15. September d. J. die Genehmigung
des Bezirksausschusses erhalten hat und
nach Artikel II mit dem 1. Tage nach
erfolgter Bekanntmachung in kraft tritt.
Druckexemplare dieser Abänderung
werden während der Kassenstunden im
Kassenlokal an die Mitglieder aus-
gehändigt.
Berlin, den 9. Oktober 1896.
227/1 **Der Vorstand.**
Paul Höpfer, Herrmann Borchert.
876b **Ehrenerkärung.**
Hiermit erkläre ich alles, was ich
über Herrn Borchert ausgesprochen,
als unwahr. **Reinh. Schauer.**

Hüte mit Kontrollmarke
von 2,50 M. an.
Mützen von 50 Pfg. an.
Ph. Haase,
Reinickendorferstr. 64, ptr.

H. Ebert's Festsäle,
72. Kommandantenstr. 72.
Empfehle meine Säle zu Festlich-
keiten und Versammlungen etc.
Habe noch einige Sonnabende im
Oktober und November frei.
Jeden Sonntag: Ball.
Allen Freunden und Bekannten zur
Nachricht, daß ich meine Schlichterei
nach Liegnitzerstraße 5 verlegt habe.
Ktungs- v. Martin, fr. Wienerstraße.

Paster's
Gesellschafts-Säle
Neue Königstrasse 7.
Säle von 100-400 Personen
mit Garten für Festlichkeiten und
Versammlungen. 5018L*

Pferdebucht, Köpenick,
schöner Laubwald und größte Spiel-
plätze der Umgegend, Kassefläche, Regel-
bahn, Schießstand, Würfelbude.
5849E* **W. Magdberg.**

Johannisthal, Ladner's
Kaiser Wilhelmstraße 6.
Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal,
Berginsg., Regelm., Billard, Sommer-
wohnung u. Ausspannung. 5844E*

Treptow, Partischlöjchen
empfiehlt sich den Vereinen und Gesell-
schaften. **C. Kumpel Ww.**
Jeden Sonnabend Gänse-Ausschieben
bei Boetz, Breslauerstr. 9. 877b

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Genth-Strasse 2.
Soeben ist erschienen:
Frauenfrage und Sozialdemokratie.
Reden
anlässlich des Internationalen Frauentongresses
zu Berlin.
Von Lily Brann-Gizycki.
Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.
■ Bei Partienbezug für Agitationszwecke hoher Rabatt. ■
Diese Schrift widerlegt in knapper, klarer und schöner Darstellung
die in der bürgerlichen Frauenwelt gegen die Sozialdemokratie und
gegen die Arbeiterinnenbewegung herrschenden Vorurtheile
und eignet sich somit ganz besonders zur Agitation für die
sozialistische Frauenbewegung. 238/4

Vereinigung aller in der Schmiederei
beschäftigten Personen. (Zahlstelle Berlin Ost.)
Sonntag, den 11. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, bei Jöhl, Andreasstr. Nr. 26.
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Handwerk sonst und jetzt. Referent Genosse Paul Jahn.
Diskussion und Pause zwecks Aufnahme von Mitgliedern. 2. Geschäftliches.
Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Besonders fordern
wir die Kollegen der Wagensfabrik von Lange u. Outzeit und Beermann's
auf, sämtlich zu erscheinen. 176/12
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Tapezierer.
(Zentrale Berlin I. Zentrum)
Sonnabend, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Ring u. Co., Alte Jakobstr. 68
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 156/1
1. Vortrag des Kollegen Zassenbach über: „Verfassungskämpfe und
Demagogenerfolgungen“. 2. Quartals-Abrechnung. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Sonntag, den 25. Oktober: Aechtes Stiftungsfest in dem neu renovierten
Sälen der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57. Konzert, Theater-Auf-
führung und Ball. Damen 30 Pf., Herren 50 Pf. inkl. Tanz.

Achtung! Schlosser. Achtung!
Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 10 Uhr,
findet im Lokal Englischer Garten, Alexanderstraße 27c, die
Konferenz der Werkstatt-Vertrauensleute
statt. [116/10] **Der Vertrauensmann der Schlosser Berlins.**
Paul Quast, Hochtstr. 4.

Achtung! Schlosser!
In nachstehenden Werkstellen befinden sich die Kollegen noch im Aus-
stande: **Bothmann**, Neue Jakobstr. 5; **de la Vari**, Kasanien-Allee 10;
Rössemann, Kasanien-Allee; **Wihl**, Donner, Rixdorf, Mariendorfer-
Weg 66; **Jean Violet**, Kronenstr. 3; **Pinnow**, Wallfadenstr. 34. 116/11
Zutritt ist fernzuhalten. **Der Vertrauensmann der Berliner Schlosser.**

Achtung! Putzer. Achtung!
Die Lohnunterschiede auf dem Bau Pallaststr. 8 u. 9 sind durch das
einmütige Zusammenhalten der Kollegen nach 4tägigem Kampfe siegreich be-
endet. Unsere Forderungen sind voll bewilligt worden. 181/15
Auf dem Bau Peterburgerstraße (Wagners) arbeiten die Fassaden-
putzer zu den alten Bedingungen unter dem Tarif weiter.
Die Lohnkommission der Putzer Berlins und Umgegend.

Achtung! Schuhmacher.
Sonntag, den 11. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale
Königebau, Gr. Frankfurterstr. 117:
Große öffentliche Versammlung
aller in der
Schuhindustrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage des Streiks der Schuh-Arbeiter, sowie Berichterstattung
von den Verhandlungen mit den Fabrikanten und wie stellen wir uns dazu?
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 189/4
Die Agitationskommission.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4 Uhr, bei Herrn Wilko, Andreasstr. 26.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wilko. 2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 51/1
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.
Entree 10 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
J. A.: Friz Kräger.

Rixdorf.
Sozialdemokratischer Verein Vorwärts.
General-Versammlung
am Dienstag, 13. Okt., abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Zimmer,
Berlinerstr. 55.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars.
3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
232/1 Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Carolinenhof. C. Mandt, Restaurant.
Dampfschiffstation. 5847E*
Zwischen Grünau und Schmöckwitz schönster Punkt der Oberspre.
Stündliche Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. Wald-Spielplätze